



Jörg Roesler

Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik

Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente«
produzieren

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 43

Rosa-Luxemburg-Stiftung

JÖRG ROESLER

Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik

Oder: Wie sich die Neoliberalen
ihre »Argumente« produzieren

Karl Dietz Verlag Berlin

Mit 9 Abbildungen

Bildnachweis: Karl Dietz Verlag Berlin (8), Frankfurter Rundschau (1)

Jörg Roesler:

Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik

(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 43)

Berlin: Karl Dietz Verlag 2008

ISBN 978-3-320-02137-5

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Jörn Schütrumpf

Umschlag: Heike Schmelter unter Verwendung eines Fotos von M. Detering ICA Deutschland

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Bärenruck und Werbung

Printed in Germany

Blick zurück nach vorn?	7
Die Wiederaufbaulüge	11
Das marktwirtschaftliche Rezept des »wohlmeinenden Diktators«	15
Die ersten Wochen nach der Währungs- und Wirtschaftsreform: Gewinner und Verlierer	25
Aufkommender Unmut und spontane Unruhen	31
Der Umgang mit dem Unmut in der Bevölkerung	37
Die »Stuttgarter Vorfälle« vom 28. Oktober 1948	47
Der limitierte Generalstreik vom 12. November 1948	57
Erste Reaktionen auf den »heißen Herbst«	71
Die Einrichtung einer Sozialen Marktwirtschaft als Ausdruck des tatsächlichen Kräfteverhältnisses	81
Vom Nutzen eines Blicks zurück in die Geschichte	93
Anhang	
Abkürzungsverzeichnis	98
Chronik der Ereignisse	99
Genutzte Literatur und Quellen	105
Der Autor	111

Blick zurück nach vorn?

Dieses Buch handelt von den Anfängen einer nationalen Wirtschaftsordnung, die unter dem Namen Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik zu einem Begriff, zu einer Marke, zu einer Ikone geworden ist. Die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft ist durch eine Kette von Ereignissen charakterisiert, über die sich wirtschafts- bzw. ordnungspolitische Entwicklungsbrüche realisierten. Zwei dieser Ereignisse sind heute jedermann bekannt und werden immer wieder (gern) beschrieben: die Währungsreform vom Ende Juni 1948 und der mit ihr verbundene Übergang von der Bewirtschaftung, d. h. der Lenkung der Wirtschaft mit Hilfe administrativer Entscheidungen zur Regulierung der Wirtschaft über den Markt. Bei den anderen für die Herausbildung der Sozialen Marktwirtschaft bedeutsamen Ereignissen handelt es sich um Protestaktionen, die auf ihrem Höhepunkt im Oktober/November 1948 in einem Fall sogar zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Militär, Polizei und Demonstrierenden führten, die sogenannten Stuttgarter Vorfälle und im anderen Fall um einen Generalstreik in zwei der drei Westzonen. Auf diese Ereignisse wird in der bisherigen Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik, im Unterschied zu Währungs- und zur Wirtschaftsreform, wenig eingegangen. Die »Stuttgarter Vorfälle« werden fast vollständig verschwiegen.

Der Phase der Massenmobilisierung, von mir als »heißer Herbst 1948« bezeichnet, steht im Mittelpunkt der Darstellung, auch wenn sie vergleichsweise kurz war. Sie war eine bewusste Antwort auf die Währungsreform und die damit verbundenen ordnungspolitischen Entscheidungen, insbesondere auf deren sozialpolitischen Konsequenzen. Sie war die Antwort der Bevölkerungsmehrheit auf die vor allem durch Ludwig Erhard getragenen Entscheidungen und auf den sozialen Druck auf die werktätige Bevölkerung, die von ihnen ausging. »Die Massen haben selten in die deutsche Geschichte eingegriffen«, schreibt der US-amerikanische Historiker und Deutschlandkenner Charles Maier. Schon deshalb lohnt es sich, auf die Ereignisse des »heißen Herbstes 1948« mehr als nur en passant einzugehen. Vor allem ist dies aber notwendig, weil die Massenmobilisierung – auch für die deutsche Geschichte nicht gerade typisch – einen Wandel bewirkte. Sie führte zu einer Korrektur der Erhardschen Entscheidungen, weg von der Betonung der freien hin zu einer »sozialverpflichteten«, zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Einforderung von Korrekturen der neuen Wirtschaftsverfassung zugunsten des »kleinen Mannes« vollzog sich vielfach spontan. Oft waren die Proteste mit Tumulten verbunden, teilweise auch mit beträchtlicher Gewaltanwendung gegen Sachen und Personen.

Charles Maier hat nicht nur vermerkt, dass die Massen in Deutschland selten auf die Straße gingen, er stellt auch – »im Vergleich zu den kollektiven Manifestationen etwa in Frankreich oder Italien« – fest: Wenn der Dialog von der Bevölkerung eingefordert wurde, »dann streitsüchtig und herausfordernd«. Die unheroische,

die »hässliche« Seite der Aktionen, mit denen sich die Bevölkerung zu Wort meldete, hat sicher dazu beigetragen, dass man ihnen in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik wenig Platz einräumte. Sie waren kein vorzeigbares Indiz für die Geschichte der Bundesrepublik als »geglückte Demokratie« (Edgar Wolfrum). Das Bemerkenswerteste an den Ereignissen des »heißen Herbstes 1948« sollte aber nicht die Art und Weise sein, in der die Gegensätze zwischen Bevölkerung und Regierenden ausgetragen wurden, sondern die Tatsache, dass die Menschen am Vorabend der Gründung der Bundesrepublik, als sie begannen, gemeinsam zu agieren, einen entscheidenden Einfluss auf ihre eigene Geschichte gewannen. Die Gesellschaft bekam – wohl das einzige Mal in der westdeutschen Geschichte in einem derartigen Maße – Gewicht als eine von den politischen Parteien und Verbänden unabhängige Macht.

Wenn auch die besondere Aufmerksamkeit für die von Ludwig Erhard im Juli 1948 durchgesetzte Wirtschaftsreform in der Geschichte der Bundesrepublik nie erlahmte, so waren die Bezugnahmen der Politiker auf Erhards Tat doch im Verlaufe der Geschichte der Bundesrepublik unterschiedlich stark. In die Schlagzeilen geriet diese Wirtschaftsreform im sechsten Jahrzehnt der Existenz der Bundesrepublik erneut durch die Aktivitäten der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM), einer – wie sie sich selbst charakterisiert – »branchen- und parteiübergreifenden Plattform«, die im Oktober 2000 von Politikern, Wirtschaftsmanagern und Wirtschaftswissenschaftlern aus der Taufe gehoben wurde. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, »das erfolgreiche Modell der Sozialen Marktwirtschaft, aber angepasst an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts«, zu propagieren. Ausgangspunkt für die Gründung der INSM war nach Angaben ihrer Schöpfer die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik. Diese war bis ins zweite Halbjahr 2006 hinein alles andere als rosig. Ihre Wachstumsraten liegen bis heute deutlich unter denen der Zeit des »Wirtschaftswunders«.

»Zehn Jahre sind wir nur wenig mehr als ein Prozent im Jahr gewachsen«, klagte der Chef des Bundes Deutscher Industrieller (BDI), der wohl mächtigsten deutschen Unternehmerorganisation, in einem 2004 erschienen Buch und nannte die niedrige Wachstumsrate »eines unserer Kernprobleme«. »Wenn es uns gelänge, wieder auf Wachstumsraten von drei Prozent zu kommen und mehr, dann würde sich manches unserer momentanen Probleme von selbst lösen.« Der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer präziserte, angesichts der in den Medien lautstark begrüßten, aber real nicht wesentlich höheren Wachstumsraten seit 2006: »Wir brauchen nicht nur für ein oder zwei Jahre, sondern über längere Zeit ein Wachstum, das deutlich über zwei Prozent liegen sollte.«

Doch dauerhaft höheres Wirtschaftswachstum sei unter den gegebenen Bedingungen kaum zu erreichen: »Unser Land«, so das Resümee der »Erinnerungen« von Rogowskis Vorgänger an der Spitze des BDI, Hans-Olaf Henkel, »stagniert seit langem in verkrusteten Strukturen«. Diese hat Thomas Straubhaar, Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, in einem Aufsatz in der »Welt« vom Februar

2007 so beschrieben: »Staatliche Bevormundung ist in zu vielen Bereichen an Stelle des für die Soziale Marktwirtschaft so zentralen Prinzips der individuellen Freiheit getreten. Überall und jederzeit wird in die Marktwirtschaft eingegriffen. Sozialpolitisch motivierte Eingriffe in den Arbeits-, Wohnungs- oder Gesundheitsmarkt setzen den Markt außer Kraft. Die Diskussion um Mindestlöhne ist hierfür das beste Beispiel.« Eine derartige Politik führe zu »hoher staatlicher Steuerbelastung, Kostenexplosionen in den sozialen Sicherungssystemen und einer hohen Arbeitslosigkeit«, alles »Anzeichen eines überforderten Wohlfahrtsstaates«, konstatiert der Steuer- und Finanzexperte der CDU, der wirtschaftskonservative Bundestagsabgeordnete Friedrich Merz 2002 in einer programmatischen Kampfschrift.

Der Wohlfahrtsstaat treibe inzwischen absurde Blüten. Rogowski weiß von Sozialhilfeempfängern zu berichten, die »kurz vor Einführung der Hartz-IV-Gesetze die Ämter mit einer Flut von Anträgen für Einmalleistungen wie Fernseher, Sofas, Schränke, Computer etc. überschwemmen«. Tietmeyer schließt daraus: »Es besteht ... kein Zweifel, dass wir die Sozialleistungsquote bremsen müssen und dass sie bei uns schon sehr hoch ist und tendenziell eher abgesenkt werden muss«. Ein großer Teil der politischen Klasse, von den Vertretern der Unternehmerverbände und rechtskonservativen Christdemokraten bis zum Managerkreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, ist wegen dieser »Fehlentwicklungen« der Auffassung, dass das Wirtschafts- und Sozialgefüge der Bundesrepublik erneut überdacht werden müsse. »Angesichts des Wildwuchses von sich überschneidenden und oft widersprechenden Regelungen brauchen wir wieder ein klares ordnungspolitisches Denken«, mahnt Merz. »Erst durch Reformen werden wir zukunftsfähig. ... Notwendig ist deswegen mehr Deregulierung, Anreize zur Aufnahme von Arbeit statt Arbeitslosenhilfe, weniger Bürokratie und Belastung des Mittelstandes.«

Derartigen Reformen würde die Bevölkerung keineswegs ablehnend gegenüberstehen – im Gegenteil: »Viele Bürger wollen nicht mehr den paternalistischen Staat und die bürokratische Betreuung durch wohlfahrtsstaatliche Fürsorge«, weiß Merz. Man müsse dieser Bereitschaft nur »ein klares ordnungspolitisches Ziel« geben und die Gewissheit vermitteln, dass auch und gerade Einschnitte in ein zu dicht gestricktes Sozialnetz, das Eigeninitiative ersticke, wieder zu steigenden wirtschaftlichen Wachstumsraten führen wird. Verwiesen wird von den selbsternannten Reformern gern auf Länder, in denen auf diese Weise langjährige Wachstumsschwächen überwunden worden seien – auf Irland, auf Schweden und auf Thatchers Großbritannien. Öfter jedoch als aufs Ausland wird auf ein Paradebeispiel in der Geschichte des eigenen Landes verwiesen, auf die Zeit des Wirtschaftswunders. Michael von Prollius, Konsultant einer großen deutschen Unternehmensberatung und Verfasser einer 2006 publizierten »Deutschen Wirtschaftsgeschichte nach 1945«, fordert eine Reform, die »einen Urknall auszulösen vermag, der an die ›Wirtschaftswunder‹-Zeit anknüpft«. Damals, in den 1950er Jahren, wird in einem im Auftrage der INSM verfassten Artikel zum »deutschen Wirt-

schaftswunder« erinnert, wuchs die Volkswirtschaft mit durchschnittlich sieben Prozent pro Jahr. »Einen solchen Entwicklungsschub gab es in Deutschland bis heute nie wieder.« Es müssten ja nicht sieben Prozent sein wie in den »stürmischen Jahren aufholenden Wachstums, wie wir sie in Westdeutschland nach dem Krieg erlebten«, attestiert Tietmeyer. Aber »zwei bis drei Prozent« halte er in Deutschland auf mittlere Sicht für erreichbar, wenn ernsthaft und zielgerichtet Reformen durchgeführt werden. Das Rezept dafür brauche nicht erst entwickelt werden, es existiere bereits.

»Wir glauben«, heißt es auf der programmatischen Internetseite des INSM, »dass der Weg in die Zukunft sich an drei Idealen orientiert, die schon Ludwig Erhard hochgehalten hat: Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb.« An die »marktwirtschaftliche Radikalkur«, die Erhard, »der Wirtschaftsfachmann mit großen Visionen ... den Westdeutschen verordnete, müsse heute wieder angeknüpft werden«.

Freilich sei es nicht mit der Rückkehr zum ordnungspolitisch richtigen Rezept der Erneuerung der Marktwirtschaft für den Wirtschaftsaufschwung allein getan. Dazu wäre 1948 die Bereitschaft der Bevölkerung gekommen, anzupacken. »Es war der Fleiß der Arbeitnehmer«, auf den sich Erhard habe stützen können. Der Wille anzupacken sei wieder gefragt. »Mit Bequemlichkeit erreicht man keine Höchstleistungen«, weiß Rogowski. Dem notwendigen Arbeitsenthusiasmus könne aufgeholfen werden, meint Tietmeyer: »Neben einer stärker leistungsorientierten Entlohnung muss es in Einzelfällen wohl auch einen stärkeren Druck geben.« Der Erfolg werde nicht ausbleiben. Mit höheren wirtschaftlichen Wachstumsraten würde es auch allen wieder besser gehen. Schließlich hat Ludwig Erhard, »im Unterschied zu Marx und Engels auch in der real-existierenden Wirklichkeit Wohlstand für alle wahr gemacht«.

Um herauszufinden, ob es vor 60 Jahren wirklich so war, wie die INSM behauptet, dass es gewesen sei, wird in diesem Buch vor allem der Zeitraum zwischen dem Frühjahr 1948 und Anfang 1950 unter ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekten behandelt. 1948 und 1949 sind in der deutschen Nachkriegsgeschichte aber auch aus anderer Perspektive Schlüsseljahre. Während dieser beiden Jahre wurden die entscheidenden Schritte zur Teilung Deutschlands unternommen, die Gründung beider deutscher Staaten vorbereitet und realisiert. Danach war der Traum von der Wiederherstellung der deutschen Einheit auf Jahrzehnte ausgeträumt. Diese politischen Ereignisse sind in das Buch nur insoweit einbezogen worden, als sie die Auseinandersetzungen um das Wirtschaftssystem Westdeutschlands unmittelbar berührt haben. In der diesem Buch beigelegten Chronologie ist der Parallelität der Ereignisse Rechnung getragen worden, in dem auch (gesondert gekennzeichnete) Ereignisse allgemein politischen Charakters bzw. Entwicklungen in der SBZ/DDR aufgeführt werden. Das ist m. E. unerlässlich, um das Umfeld anzudeuten, in dem die für die Herausbildung der Sozialen Marktwirtschaft wichtigen Entscheidungen von den Akteuren getroffen wurden.

Die Wiederaufbaulüge

Wenn das richtige Rezept des richtigen Mannes, kombiniert mit der Bereitschaft der Bevölkerung, dessen Visionen anzunehmen, die Ärmel aufzukrempeln und bei noch kargem Lohn hart zu arbeiten, innerhalb kurzer Zeit und dann noch viele Jahre lang derartig positive Wirkungen erzielt hat, dann besteht in der Bundesrepublik heute wirklich kein Grund länger zu zögern, die »Angst vor Freiheit, Markt und Selbstverantwortung« zu überwinden, dem »bundesdeutschen Sozialstaat, der heute wenig bis nichts mehr mit dem Grundkonzept der Sozialen Marktwirtschaft gemein hat« entschlossen den Rücken zu kehren und zum unverfälschten Erhard'schen Original zurückzukehren. Vorausgesetzt allerdings, die Wende hat sich damals, als Erhard wirtschaftspolitisch das Ruder ergriff, wirklich so abgespielt.

Die Tatsache, dass die INSM im Jahre 2000 von der CDU-Parteivorsitzenden Angela Merkel aus der Taufe gehoben wurde und mit jährlich rund 8,8 Millionen Euro durch das arbeitgebernahe »Institut der deutschen Wirtschaft« in Köln »wissenschaftlich begleitet« wird, mag misstrauisch stimmen und eine zu positive Einschätzung des vor mehr als 50 Jahren Geschehenen vermuten lassen.

Ein Blick in viele Geschichtsbücher der Bundesrepublik scheint jedoch im Wesentlichen zu bestätigen, was von den Propagandisten einer erneuten ordnungspolitischen Wende als gegeben vorausgesetzt wird.

In der jüngst (2006) erschienenen deutschen Wirtschaftsgeschichte von Prollius, publiziert in einer Geschichtsreihe, die in einer Arbeitsgemeinschaft von mehr als einem Dutzend Verlagen gemeinsam und in vergleichsweise hoher Auflage herausgegeben wird, schildert der Autor zunächst das von 1945 bis zur Währungsreform vom Juni 1948 geltende ordnungspolitische System. Es sei durch eine »gleichermaßen umfassende wie unzulängliche staatliche Bewirtschaftung und Preiskontrolle« gekennzeichnet gewesen. Erhard habe im Sommer 1948 mit dem zeitlich an die Währungsreform gekoppelten Leitsatzgesetz »die grundsätzliche Freigabe der Bewirtschaftung und vieler Preise für bewirtschaftete Güter« erreicht. Das freie Spiel der Marktkräfte wurde dadurch möglich. »Der Konsument war wieder als Souverän eingesetzt.«

»Über Nacht wurde nun plötzlich in den Geschäften alles, was bisher gesetzwidrig zurückgehalten worden war, angeboten; der Schwarzmarkt verschwand spurlos«, heißt es in der zweiten, 2003 erschienenen Auflage von Helmut M. Müllers Buch »Schlaglichter der deutschen Geschichte«, dessen massenhafte Verbreitung sich die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) angenommen hat. Nunmehr habe es sich für die Arbeitnehmer wieder gelohnt, »Leistung gegen Lohn« zu erbringen. »Hinzu kam ein enormer psychologischer Effekt, Aufbruchstimmung machte sich breit.« »Die Freigabe der Preise«, schreibt der Historiker Heinrich Winkler in seinem ebenfalls von der BpB verbreiteten Buch der »Deutschen

Geschichte 1933-1990«, »war eine mutige Tat Erhards«. Prollius weist darauf hin, dass es nicht genügte, dass Erhard der Held eines Tages war. Nur »konsequentes ordnungspolitisches Nachsteuern sicherte den wirtschaftspolitischen Erfolg, d. h. ein Durchhalten der eingeschlagenen ordnungspolitischen Richtung ... bis zum selbsttragenden Aufschwung«.

Zum Anspringen der Konjunktur hätten die gleichfalls von der Aufbruchstimung angesteckten Arbeiter beigetragen. Manfred Görtemaker sieht nach der Währungsreform »Zeichen einer neuen Arbeitsmoral und eine Steigerung des individuellen Leistungswillens«. »Außer durch Fleiß und Geschick trugen die Arbeiter noch auf andere Weise zum Wiederaufbau bei«, lobte bereits 1955 der Deutschlandhistoriker Henry C. Wallich, »nämlich durch ihre Bereitwilligkeit, niedrige Löhne zu akzeptieren und auf Streiks zu verzichten. Sie ermöglichten dadurch hohe Gewinne, Sparraten und Investitionen, die für die Industrie eine große Hilfe bedeuteten.«

Das habe Kraft gekostet, denn »Gewerkschaften und SPD protestierten«. Sie hielten die von Erhard eingeleitete konsequente Lossagung der Wirtschaftspolitik vom Bewirtschaftungssystem für katastrophal, hieß es in Helmut Kistlers mehrfach aufgelegter »Bundesdeutschen Geschichte«. »Heftigen politischen Widerstand« habe es gegeben, vermerkt auch Prollius. Aber »Ludwig Erhard und die kleine Schar wirtschaftsliberaler Gefolgsleute ließen sich von den ideologischen Widerständen ... nicht beeindrucken«, lobt Wolfram Weimer in seiner 1998 erschienenen, populären »Deutschen Wirtschaftsgeschichte« und fährt fort: »Während über Preise, Wucher, Inflation und die sozialen Aspekte der Währungsreform noch heftig gestritten wurde, zeigte sich in der Industrie ein fulminanter Durchbruch. Bereits im Sommer übertrafen die Produktionszahlen alle Erwartungen.« Das Wirtschaftswunder, so muss der Leser schlussfolgern, hatte damals bereits begonnen. »Die rasch sichtbaren Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft«, schrieb Rudolf Morsey in seiner wiederholt aufgelegten »Geschichte der Bundesrepublik«, »kamen unter Adenauer länger als ein Jahrzehnt das politische Leben der Bundesrepublik bestimmten«.

Sowohl die jüngeren Publikationen zur Geschichte der Bundesrepublik von Prollius und Weimer wie auch die älteren von Morsey und Kistler enthalten ein passant auch Hinweise darauf, dass die Art der Durchführung der Währungsreform und der Aufhebung der Bewirtschaftung nicht nur von der politischen Opposition, sondern auch von einem Teil der Bevölkerung missbilligt wurde. »Mancherorts« sei es in Zusammenhang mit »Käuferstreiks« zu »turbulenten Szenen« gekommen, weiß Kistler. Der Übergang »von der Mangelwirtschaft zur »Wunderwirtschaft«« sei nicht ohne Turbulenzen abgegangen, vermerkt auch Prollius.

Doch mit Ausnahme Weimers gehen die meisten Historiker nicht näher auf jene eigentlich nicht zu einer erfolgreichen ordnungspolitischen Kehrtwende passenden »Vorgänge« ein. Man hat eher den Eindruck, dass die am Rande erwähnten »Turbulenzen« wie auch der Widerstand von Gewerkschaften und SPD, dem die Autoren bestenfalls einige Sätze widmen, in diesen Geschichtsdarstellungen eher

die Funktion haben, die Leistung Ludwig Erhards und seiner »kleinen Schar wirtschaftsliberaler Gefolgsleute«, die sich durch derartige Widerstände eben nicht beeindrucken ließen, zu unterstreichen, als auf ernsthafte Probleme bei der Ablösung der Bewirtschaftung durch die Marktwirtschaft hinzuweisen. Gewiss habe es auch Misstöne gegeben, aber die Währungs- und Wirtschaftsreform schreibt Winkler resümierend, »bedeutete alles in allem eine Wende zum Guten«.

In eher populären Darstellungen, vor allem in Bearbeitungen der Ereignisse vom Sommer und Herbstes 1948 durch das Fernsehen, erfolgte die »Wende zum Guten« gleich und total mit dem 21. Juni, dem ersten Wochentag nach der Währungsreform. Die im Folgenden zitierte Beschreibung dieses Tages von Karl Heinz Willenborg, 1979 erstmals veröffentlicht und 1990 von Kistler in seine »Bundesdeutsche Geschichte« aufgenommen«, zitiere ich hier deshalb so ausführlich, weil sie genau das beschreibt, was der Bundesbürger über das Thema Währungs- und Wirtschaftsreform vom 1948 wissen sollte und inzwischen auch verinnerlicht hat: Die Westdeutschen »hatten am Sonntag nach stundenlangem Anstehen ... ihre 40 D-Mark in Empfang genommen, den ersten Teil der Kopfquote, voller Skepsis, ob ihnen damit auch wirklich Kaufkraft in die Hand gegeben war. Am nächsten Morgen dann trauten sie ihren Augen nicht: Siehe da, die Heizelmännchen hatten den Tisch gedeckt. In den Schaufenstern und Regalen der Geschäfte türmten sich die Waren geradezu. Dinge, für die man früher von Geschäft zu Geschäft gelaufen war und doch vergeblich, alles war plötzlich wieder da. Und die Händler ... – plötzlich bedienten sie wieder freundlich und zuvorkommend. Es war wie im Märchen, ein Wunder war geschehen. Ein jahrelang angestauter Konsumbedarf brach sich nun Bahn. Viele Konsumenten gerieten bei dem Erlebnis, mit dem neuen Geld wirklich etwas kaufen zu können, in Rauschzustände. Und die Händler hatten nichts Eiligeres zu tun, als mit den frisch verdienten D-Mark sich bei Großhandel und Produzenten mit neuen Waren einzudecken.«

Die bundesdeutsche Geschichtsschreibung bestätigt also, vor allem in ihren weitverbreiteten und populären Darstellungen, was die Repräsentanten der INSM über die Einführung der Marktwirtschaft durch Erhard zu sagen haben. Sie scheint damit auch deren Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft zu bestätigen: Nur eine »marktwirtschaftliche Radikalkur«, wie sie Erhard 1948 durchsetzte, kann in Deutschland einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung bewirken und das Leben auch wieder sozial sicher machen, da »sich mangelndes Wachstum als größte Quelle sozialer Ungerechtigkeit erwiesen« habe.

Doch die Versprechen der Vertreter der INSM auf solide wirtschaftliche Zuwachsraten und eine daraus erwachsende Chancengerechtigkeit für jedermann stehen auf tönernen Füßen. Denn der Grundstock, auf dem die Prophezeiungen für die Zukunft basieren – die Geschichte vom Wirtschaftsfachmann Erhard, dem es gelang, seine großen Visionen von der Marktwirtschaft 1948 mit einem Schlag (oder doch in historisch kürzester Frist) zu verwirklichen, weil sie richtig waren und von der Bevölkerung mitgetragen wurden – ist weniger ein Bericht über den

Wiederaufbau als eine Wiederaufbaulüge. Da helfen auch Dutzende von bestätigenden Zeitzeugenberichten nicht.

Umfassende Auswertungen von Zeitzeugeninterviews, wie sie z. B. von Sönke Neitzel durchgeführt wurden, zeigen, wie insbesondere die öffentliche Meinung die Erinnerung der Zeitzeugen beeinflusst und überlagert. Je intensiver ein historisches Thema von den Medien behandelt werde, desto mehr verstärkte sich (oft bis ins Wörtliche) der durch Presse, Rundfunk und vor allem Fernsehen vorgeprägte Eindruck, beobachtete Neitzel. Für die Zeitzeugenberichte über die Währungs- und Wirtschaftsreform von 1948 gilt dieser Standardisierungseffekt der Aussagen natürlich auch, ja sogar in besonderem Maße. Denn die Währungsreform ist, wie Weimer in seiner »Deutschen Wirtschaftsgeschichte« schreibt, »für die meisten Deutschen das herausragende (wirtschafts-)politische Ereignis der Nachkriegszeit; im kollektiven Gedächtnis spielt sie die Rolle des Türöffners zu einer neuen Zeit« – der Zeit des Wirtschaftswunders. Die Schönung der Vorgänge um die Währungsreform im Prozess fortschreitender Erinnerung bestätigt auch Siegfried Freick, der sich bei der Abfassung seines Buches »Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland« intensiv mit Zeitzeugenberichten zum Thema befasst hat: »Allgemein ist festzustellen, dass die Darstellungen umso euphorischer sind, je später sie niedergeschrieben wurden.«

Jene, die die Währungsreform erlebt haben, erinnerten sich später vor allem an ihren ersten Blick in die Auslagen der Läden nach dem Geldumtausch. Die meisten können sich nicht mehr darauf besinnen, dass sie nicht nur die Waren, sondern auch die Auspreisungen betrachtet haben. Sie haben vergessen, dass viele von ihnen bei einem zweiten Blick – in ihr Portemonnaie – feststellen mussten, dass sie sich eine große Anzahl der angebotenen Waren überhaupt nicht leisten konnten. Das ist verdrängt, weil in den populären Geschichtsdarstellungen das Warenangebot, aber nicht das Kaufkraftproblem hervorgehoben wird.

Ein wichtiges Anliegen dieses Buches ist es, von der einseitigen Betrachtung der Maßnahmen des 20. Juni 1948 weg zu einer allseitigen Beleuchtung des Ereignisses zu kommen, um besser seine Auswirkungen zu verstehen, zu denen eben auch der »heiße Herbst 1948« gehörte. Nimmt man Erhards Wirtschaftsreform so einseitig, wie sie bis heute zumeist dargeboten wird, dann bleibt echter Widerstand gegen deren sozialen Folgen unverständlich, dann kann es sich bestenfalls um marginale Turbulenzen gehandelt haben, hervorgerufen durch ewig Unzufriedene. Das war jedoch nicht der Fall.

Die Geburt der Sozialen Marktwirtschaft zu analysieren setzt eine bis ins Detail gehende Kenntnis der Ereignisse des »heißen Herbstes 1948« voraus. Die Rekonstruktion des Geschehens wurde von mir auf zwei Wegen vorgenommen. Einerseits wurde versucht, die in historischen Darstellungen vorhandenen, aber verstreuten Informationen über die damals vonstattengegangene Massenmobilisierung zu sammeln und zu ordnen, andererseits wurden Primärquellen erschlossen. Es wird also Wiederentdecktes präsentiert und Neues vorgestellt.

Das marktwirtschaftliche Rezept des »wohlmeinenden Diktators«

Wenn Ludwig Erhard die mit der Währungsreform einhergehende Wirtschaftsreform vom Juni 1948 so eindeutig gestalten konnte, dann war das auf zwei Ursachen zurückzuführen. Erhard hatte, anders als die großen Parteien CDU und SPD, klare ordnungspolitische Vorstellungen von dem, was auf die Periode der Bewirtschaftung folgen sollte. Außerdem saß er 1948 an den entscheidenden Schalthebeln der Macht. Am 2. April 1948 war Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gewählt worden. Seine Position war angesichts der zur Lösung anstehenden Wirtschaftsprobleme die einflussreichste deutsche im von der britischen und amerikanischen Besatzungsmacht regierten »Vereinigten Wirtschaftsgebiet«, der sogenannten Bizone. Bei seiner Nominierung hatte er – als ein der Wirtschaftslehre des Ordoliberalismus anhängender Ökonom – keinen Zweifel an den seiner Meinung nach dringend notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gelassen. Erhard übernahm das Direktorat mit der erklärten Absicht, einen wirtschaftspolitischen Wandel herbeizuführen. Er wolle eine Wirtschaftsordnung etablieren, die – wie er es selbst ausdrückte – »die Leistung messen und vergleichen (konnte), die Leistungssteigerung an die Spitze« stellt und die nicht mehr dem direkten Druck des staatlichen Dirigismus ausgesetzt ist. Die an die Währungsreform gekoppelte Wirtschaftsreform¹ bildete für Erhard den Beginn eines dynamischen Prozesses, an dessen Ende eine freie, marktwirtschaftliche Ordnung stand. Am 18. April sprach sich der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsrates, in dem vor allem Wirtschaftswissenschaftler vertreten waren, mehrheitlich für Erhards Anliegen einer grundlegenden ordnungspolitischen Reform durch Abbau der Rationierung und Freigabe der Preise aus.

Bei der Entwicklung seiner programmatischen Vorstellungen hatte sich Erhard auf die im Februar von Ökonomen Leonhard Miksch vorgelegten »Grundsätze der Wirtschaftspolitik für die der Währungsreform folgende Übergangsperiode« stützen können. Miksch war Schüler des Begründers der ordoliberalen Wirtschaftstheorie, Walter Eucken. Miksch zählte – wie auch Alfred-Müller Armack – zum engeren Freiburger Kreis dieser Schule, zu dem auch Erhard gerechnet wird. Da Erhards Auffassung dem ordnungspolitischen Ansatz von Miksch verwandt war, konnten sich beide zusammentun und gemeinsam die neue Richtung der Wirtschaftspolitik ohne wesentlicher Hilfe anderer Mitarbeiter der Verwaltung des

1 Die Wirtschaftshistoriker bezeichnen sie unterschiedlich. Christoph Buchheim spricht von »Bewirtschaftungsreform«, Gerold Ambroisius bezeichnet sie als »Wirtschaftsordnungsreform«. Beide betonen damit unterschiedliche Momente der entsprechenden Gesetzgebung. Der Begriff Wirtschaftsreform, wie er heute benutzt wird, hat den Vorteil, den Umfang, aber nicht die spezifische Ausrichtung von wirtschaftspolitischen Veränderungen anzuzeigen. Er wird im Folgenden verwandt.



Das Leben vor der Währungsreform: Zigaretten waren die eigentliche Währung.

Wirtschaftsrates erarbeiten. Lediglich auf die endgültige Formulierung des Gesetzes im Wirtschaftsrat nahmen noch zwei weitere ordoliberalen Ökonomen, Alfred Müller-Armack und Harold Rasch, Einfluss. Als Erhard mit seinem Programm vor den Wirtschaftsrat trat, befand er sich mit seinen wirtschaftstheoretischen Vorstellungen also keineswegs allein.²

Dem Wirtschaftsrat lag damit auf seiner Tagung am 17. und 18. Juni ein Maßnahmenpaket zur Diskussion vor, das den wenig aufschlussreichen Namen »Leit-satzegesetz« trug. Die entscheidenden inhaltlichen Aussagen waren in der Anlage enthalten. Sie lauteten: »Der Freigabe aus der Bewirtschaftung ist vor ihrer Beibehaltung der Vorzug zu geben. Der Freigabe der Preise ist vor der behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben.« Unter den Artikeln des Gesetzes, die juristisch die Verantwortlichkeiten für die Beendigung der Bewirtschaftungspolitik klärten,

2 Der Einfachheit halber wird trotzdem weiterhin stets von Erhards Ausarbeitung gesprochen.

war Artikel II besonders wichtig. Der zuständige Direktor – also Erhard – hieß es im Artikel, werde beauftragt, im Rahmen der Leitsätze die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft zu treffen und die Waren oder Güter im Detail zu bestimmen, die von den Preisvorschriften freigestellt werden sollten. Mit anderen Worten: Der Wirtschaftsdirektor erhielt freie Hand. Zwar wurde ihm noch ein fünfköpfiger Kontrollausschuss zur Seite gestellt, doch Erhard brauchte sich von ihm nur auf eigenen ausdrücklichen Wunsch beraten zu lassen – worauf er verzichtete. Erhards Konzept wurde vom Wirtschaftsrat nach einer bis in den Morgen des 18. Juli andauernden Debatte mit 50 zu 37 Stimmen gebilligt. Gegen das Leitsätzegesetz stimmten SPD und KPD. Die Kommunisten wollten – analog zum dem sich seit Anfang Juli in der sowjetischen Besatzungszone unter Leitung der SED vollziehenden Prozess – die Bewirtschaftung durch direkte zentrale Planung ersetzen. Die Sozialdemokraten widersprachen dem Leitsätzegesetz aus zwei Gründen: Der erste war inhaltlicher Art. Der gleich nach Erhard ans Rednerpult tretende SPD-Vertreter Kreißig gab den Bedenken seiner Genossen Ausdruck, wenn er es »aufgrund der Mangellage« für eine »undenkbare Situation« hielt, »in Deutschland das freie Spiel von Angebot und Nachfrage in die Praxis umsetzen zu wollen«. Einen Alternativvorschlag unterbreitete er allerdings nicht. Kreißigs Mitstreiter, der Haushaltsexperte der SPD im Wirtschaftsrat, Erwin Schoettler, kritisierte das Leitsätzegesetz aus einem zweiten Grunde: »Es gibt dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft so weitgehende Vollmachten, dass kein Parlament, welches etwas auf sich hält, sie unbesehen hinnehmen und ohne entschiedene parlamentarische Kontrolle akzeptieren kann.«

Die außerordentlichen Vollmachten für Erhard wurden seinerzeit in den westdeutschen Medien mit Skepsis aufgenommen. Die »Süddeutsche Zeitung« gab ihrem Bericht über die Wirtschaftsratssitzung die Schlagzeile »Ein wirtschaftliches Ermächtigungsgesetz«. Die »Frankfurter Rundschau« schrieb von »Bedenklichen Wegen im Wirtschaftsrat« und erinnerte: »Wir haben schlechte Erfahrungen in Deutschland gemacht mit solchen Blankovollmachten.« Durch die Öffentlichkeit geisterte das Wort vom »wirtschaftlichen Diktator«. Erst eine spätere, Erhards Durchsetzung marktwirtschaftlicher Regulierung verherrlichende Geschichtsschreibung, hat aus Erhard den »liberalen« bzw. sogar den »wohlmeinenden Diktator« gemacht, »der, ohne Kanzler, Kabinett, Partei, Fraktion, Parlament oder Verbände fragen zu müssen, einfach das tat, von dem er wusste, es sei richtig«.

Erhard selbst fochten weder die Schelte der SPD noch die schlechte Presse, die er für sein Vorgehen bekam, an. Er wollte nicht, dass seine Deregulierungsmaßnahmen durch irgendwelche bizonale Mitentscheidungsgremien beschnitten oder auch nur durch deutsche Beratungsgremien zerredet würden. Nach seinen Vorstellungen war es notwendig, die Bewirtschaftung für möglichst viele Güter aufzuheben und für diese eine freie Preisgestaltung zuzulassen. Das würde bei den Unternehmen zu einer höheren Rendite führen. Eine höhere Rendite wiederum würde den Unternehmen einen Anreiz liefern, die Kapazitäten voll auszulasten. Diese Produktionska-

pazitäten waren vorhanden, das wusste Erhard. Fünf Jahre später vorgenommene Untersuchungen des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung über die Situation der Wirtschaft der Westzonen im Sommer 1948 bestätigten: »Die industrielle Kapazität muss also schon zum Zeitpunkt der Währungsreform eine beachtliche Höhe gehabt haben, die teils durch vorhandene Kapazitäten zu Kriegsende, aber auch auf Wiederherstellung in der Nachkriegszeit zurückzuführen ist.« Eine Vielzahl abgesetzter Produkte bedeuteten eine größere Profitmasse. Die würde, so Erhards Vorstellung, von den Unternehmern investiert, wodurch auch neue Arbeitsplätze entstünden, die wiederum die Kaufkraft erhöhten, zu Betriebserweiterungen anregten, bei den knapper werdenden Arbeitskräften Lohnerhöhungen mit sich brächten und letztlich einen selbsttragenden Aufschwung bewirken würden.

»Durch Mehrarbeit, durch höhere Leistung, durch höhere Ergiebigkeit unserer Volkswirtschaft«, wollte Erhard »unser Volk aus der Armut herausführen«. Für ihn stand fest: Die angestrebte Wirtschaftsordnung sollte keine »Mittellösung« sein, sondern eine Ordnung ohne systemfremde Elemente aus den Bereichen der Bewirtschaftung bzw. Planung. Mit anderen Worten: Weitere Bewirtschaftungs- und Preisfreigaben sollten so rasch als möglich folgen.

Im Sommer 1948 kamen noch vier historisch singuläre Momente hinzu, die nach Erhards Auffassung die beabsichtigte günstige Renditeentwicklung verstärken würden. Beschleunigend auf die Profitakkumulation würde sich erstens der Verkauf der in Produktion und Handel gehorteten Güter auswirken. Während bei einer zunächst gegebenen Kapazität die Profitmasse nach deren voller Auslastung nur in dem Maße steigen konnte, wie mehr investiert wurde, konnte am Anfang ein über die gegebene Kapazität hinausgehender hoher Umsatz erzielt werden, indem die Unternehmer vor der Währungsreform produzierte, aber zurückgehaltene »gehortete« Waren auf den Markt brachten. Gehortet wurde seitens der Unternehmen – in Erwartung der bevorstehenden, wenn auch noch nicht terminlich festgelegten Währungsreform – spätestens seit dem Frühjahr 1948 in einem Ausmaß, dass die rationierten, auf Bezugschein erhältlichen Konsumgüter, soweit es sich nicht um leicht verderbliche Waren handelte, knapp zu werden begannen.

Erhard unternahm nichts gegen das Horten und achtete nicht auf die Klagen aus der Bevölkerung oder seitens der Gewerkschaften. Er wusste, die Kaufleute und Produzenten würden nach der Währungsreform, von neuem Geld gelockt, ihre Bestände abbauen und somit den Unternehmen zusätzliche Gewinne bringen. Ein zeitgenössischer Beobachter charakterisierte die Politik Erhards in diese Frage rückblickend so: »Er versuchte mit allen Mitteln, die Horter zu schützen, war er doch selbst der Oberhorter, der die fertiggestellten Waren nicht zum Verkauf freigab, weil er sie für sein Wirtschaftswunder nach dem Tag der Währungsreform bereithielt.«

Auch die Westalliierten spielten augenscheinlich mit. Angesichts von Protesten aus der Bevölkerung hatte der Wirtschaftsrat zwar im April 1948 über ein sogenanntes Anti-Hortungsgesetz beraten. Es trat jedoch nicht mehr vor der Wäh-

rungsreform in Kraft, weil die Besatzungsbehörden Monate brauchten, um es beraten zu können. Nach der Währungsreform gaben sie den Gesetzesentwurf an den Wirtschaftsrat mit der Empfehlung, ihn noch einmal zu prüfen, da sich die Verhältnisse unterdessen grundsätzlich geändert hätten.

Das zweite begünstigende Moment, das die Gewinne der Unternehmen beim Start in die Marktwirtschaft in die Höhe treiben würde, waren Steuerreduzierungen, die seitens der Alliierten am 22. Juni, d. h. zeitgleich mit der weitgehenden Aufhebung der Bewirtschaftung, wirksam wurden. Der Alliierte Kontrollrat hatte 1946 – noch für alle Besatzungszonen – Steuern mit hoher Progression eingeführt. Diese wurden in der Bizone jetzt für mittlere und große Einkommen um etwa ein Viertel gesenkt. Erhard hatte noch stärkere Senkungen gefordert. Als Zugeständnis an ihn fügten die Alliierten Steuerbefreiungen für jene Einkommensanteile hinzu, die gespart und investiert wurden. In das Gesetz wurden ferner beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten für die Unternehmen aufgenommen, gleichfalls um Investitionen zu fördern.

Ein drittes Moment, das den von Erhard angestrebten Kurswechsel in Richtung Marktwirtschaft begünstigte, lag darin, dass wenige Tage nach der Währungsreform eine Vielzahl von Bewirtschaftungsanordnungen quasi automatisch wegfiel. Mit dem 30. Juni traten die Bestimmungen des alliierten Bewirtschaftungsnotgesetzes außer Kraft, da ihre mögliche Verlängerung durch den Wirtschaftsrat nicht erfolgte. Für insgesamt über 400 Waren wurde die Bezugschein-Rationierung aufgehoben. Seit dem 1. Juli 1948 war daher nur noch eine eingeschränkte Zahl von Bewirtschaftungsanordnungen gültig. Für die Mehrzahl der Güter unterlagen Lieferung und Bezug keinerlei Beschränkungen mehr. Nur noch besonders wichtige Güter blieben mit festgesetzten Höchstpreisen bewirtschaftet, darunter Kohle, Stahl, Düngemittel sowie Erdöl und Benzin, ferner Agrarprodukte. Auch für Grundnahrungsmittel, Verkehrstarife, Mieten und viele Dienstleistungen gab es noch überwachte Festpreise.

Das vierte Moment, das die Gewinne der Unternehmen über das Normalmaß hinaus steigern würde, war die Beibehaltung des Lohnstopps durch Erhard. Der Lohnstopp war, ebenso wie ein Preisstopp, noch in der Nazizeit erlassen worden. Von Kriegsbeginn an, seit dem Oktober 1939, waren die Löhne in Deutschland eingefroren. Der Preisstopp stammte bereits aus dem Jahre 1936. Allerdings waren auch unter dem Bewirtschaftungssystem der Nachkriegszeit Preisveränderungen möglich gewesen, während die Löhne und Gehälter unverändert geblieben waren. Dass zum Zeitpunkt, als die Preise für eine große Anzahl von Waren freigegeben wurden, der Lohnstopp erhalten blieb, wirkt wie ein Anachronismus. In Erhards Vorstellungen, den Unternehmen beim Start in die »freie Wirtschaft« eine größtmöglichen Gewinnchance zu verschaffen, machte der Verzicht auf den an sich längst überfälligen Schritt jedoch Sinn: Die durch Preissteigerung realisierten Gewinne konnten nicht wieder durch Lohnerhöhungen ganz oder teilweise aufgefressen werden.

In seiner Rundfunkansprache an die Westdeutschen vom 21. Juni nahm Erhard, die Wirtschaftsreform erläuternd, auch zu möglichen Preissteigerungen Stellung. Es gäbe Kräfte, monierte er, die wollten den Zuhörern einreden, dass infolge der Freigabe die Preise steigen würden. Das sei wider alle Vernunft. Vernünftig sei vielmehr die Erwartung, dass die Preise sanken. Es müsse »geradezu als ein Wunder bezeichnet werden, wenn die Preise ... nicht nachgeben sollten«. Mit gewissen Preissteigerungen nach der Preisfreigabe rechnete Erhard allerdings. Zumindest würde es vorübergehend so sein. Später, davon war er überzeugt, würden die Preise wieder fallen. Wenn Erhard trotzdem zum Zeitpunkt der Preisfreigabe den Lohnstopp aufrechterhielt, so hieß das, dass er Reallohnsenkungen für die Arbeiter einkalkulierte. Das wirft die Frage auf, wie es überhaupt um die soziale Komponente der Erhardschen Wirtschaftsreform bestellt war.

Das Leitsatzgesetz war zunächst einmal ein wirtschaftspolitisches Regulativ. In seiner Präambel war zwar nachzulesen, »dass die Wirtschaftspolitik wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte in gleicher Weise in Betracht zu ziehen« habe, aber sozialpolitische Richtlinien enthielt das Gesetz nicht. Das war kein Zufall, sondern entsprach durchaus Erhards Vorstellungen. Der Direktor des Wirtschaftsrats war der festen Überzeugung, dass sich die Durchsetzung des freien Marktes bereits als eine sozial wünschenswerte Maßnahme erweisen werde. Das Wachstum des Wohlstands würde im Ergebnis der Senkung der Arbeitslosigkeit und dank der steigenden Löhne »von selbst« zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen. Durch Auflösung von Preisbindungen aller Art, Freiraum für den sozialen Wettbewerb zu schaffen, erachtete Erhard »geradezu als ein soziales Gebot«. Die Bevölkerung, so Erhard, würde von der Marktwirtschaft also erst richtig profitieren, wenn der selbsttragende Aufschwung erreicht worden sei.

Ungeachtet dessen war der Wirtschaftsdirektor davon überzeugt, dass der Mann auf der Straße vom ersten Tag der Aufhebung der Bewirtschaftung an durch die neuen Wahlmöglichkeiten als Konsument von der Einführung des Marktes profitieren würde. Denn »diese (Bewirtschaftungs-)Institutionen haben die Menschen gedemütigt, entwürdigt und getrennt und haben damit zu einer Spaltung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft geführt«. Sozial war für Erhard jedes Wirtschaftssystem, das an die Stelle der behördlichen Willkür wieder individuelle »Verantwortung, das Verantwortungsbewusstsein, die Leistung und den Leistungswillen« setze. In diesem Sinne sei der Markt eine »einzige wohlthätige Einrichtung«.

Erhards Reformvorstellungen von 1948, das lässt sich unschwer erkennen, stimmen mit denen der Vertreter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft grundsätzlich überein. Hier wie dort existiert der Glaube, dass mehr Marktregulierung an sich nicht nur höheres Wachstum bringt, sondern auch der Schlüssel zur Lösung der anstehenden sozialen Probleme ist. Tietmeyer, Straubhaar und wie sie alle heißen, machen dem Publikum also nichts vor, wenn sie sich auf Erhard berufen. Bei so viel Übereinstimmung fragt man sich, was dann das »Neue« an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft eigentlich sein soll.

Tatsächlich hat es, als das INSW-Projekt im Jahre 2001 innerhalb der CDU als Grundlage für den Leitantrag auf dem Dresdener Parteitag beraten wurden, Stimmen gegeben, die meinten, das es der Bezeichnung »Neu« überhaupt nicht bedürfe. Besonders Friedrich Merz vertrat das Argument, der unter Erhard geprägte Begriff »Soziale Marktwirtschaft« dürfe nicht »verwässert« werden. Merz konnte sich mit seinem Umformulierungsvorschlag nicht durchsetzen. Durchgesetzt hat sich Angela Merkels Auffassung, »Ludwig Erhard würde heute andere Wege gehen, als er es 1948 getan hat. Aber die Wertgrundlage bleibt die gleiche.« (Der Tagesspiegel, 28. August 2001)

Wenn Erhard so überzeugt war, dass die Wiedereinführung der Marktregulierung eine wirklich Erfolg versprechende und alle letztlich beglückende Maßnahme war, dann fragt sich, warum das Leitsatzgesetz so vorsichtig, in mancher Hinsicht fast irreführend formuliert war. Sein Text ließ nicht den radikalen ordnungspolitischen Bruch erkennen, den es beinhaltete, sondern seine Artikel und Richtlinien waren so formuliert, dass die Kontinuität der bisherigen Wirtschaftspolitik irgendwie gewahrt schien. »Der Freigabe der Preise ist vor der behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben«, hieß es im Gesetz.

Aus diesem Satz konnte entnommen werden, dass es demnächst neben den behördlich genehmigten auch auf dem freien Markt gebildete Preise geben würde. Es konnte aus ihm nicht entnommen werden, dass eine an sozialen Kriterien ausgerichtete, gelenkte Preisbildung für Erhard nicht mehr zur Diskussion stand. Diejenigen Preise, die aus diesem oder jenem Grunde noch gebunden waren, sollten, so Erhards Wille, so rasch wie möglich freigegeben werden. Es würde nach dem Gesetz weniger Bewirtschaftung geben, gewiss, aber »die Hauptnahrungsmittel und die Rohstoffe, die eine wesentliche Grundlage für die gewerbliche und landwirtschaftliche Gütererzeugung« bildeten, sollten rationiert bleiben und weiterhin einer behördlichen Preisfestsetzung unterliegen. Dem stand zwar die prinzipielle Forderung des Leitsatzgesetzes gegenüber, den »Markt stärker zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in Erzeugung und Verteilung« einzusetzen und ihm generell den Vorzug vor der behördlichen Reglementierung zu geben. Aber im Detail hing alles davon ab, welche konkreten Ausführungsvorschriften die Verwaltung für Wirtschaft erlassen würde. Die Formulierung des Leitsatzgesetzes gab gewissen Hoffnungen Spielraum, dass die durch die Aufgabe gewisser Bewirtschaftungsbestimmungen ausgelösten Erschütterungen so groß nicht sein würden.

Gerichtet waren die vagen, verschieden interpretierbaren Formulierungen also an schwankende Mitglieder des Wirtschaftsrats der Bizone. Bei ihm handelte es sich um eine Art Vorparlament zum 1949 geschaffenen Bundestag. Seine Abgeordneten waren von den acht Landtagen, den gewählten Abgeordneten der Bizonenländer, delegiert worden. Dem Wirtschaftsrat war Erhard – anders als dem Länderrat der Bizone – unmittelbar rechenschaftspflichtig, d. h. ohne die Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten des Vorparlaments konnte Erhard seine Reformpläne nicht verwirklichen.

Seit Anfang 1948 saßen im Wirtschaftsrat 104 Abgeordnete. Sie bildeten Fraktionen nach ihrer Parteizugehörigkeit. Der CDU/CSU-Flügel verfügte über 40 Mandate, über genauso viel wie die SPD. Da sich der christdemokratischen Fraktion vier Abgeordnete einer kleineren Partei angeschlossen hatten, stellte die CDU/CSU die stärkste Fraktion. Die FDP verfügte im Wirtschaftsrat über acht Abgeordnete. Auf die Unterstützung der FDP-Abgeordneten konnte Erhard bei der Abstimmung über das Leitsatzgesetz auf jeden Fall rechnen. Sie waren es auch, die Erhard Anfang April für den Posten des Verwaltungsdirektors des Wirtschaftsrates nominiert hatte. Um das Gesetz zu verabschieden, benötigte Erhard zumindest noch die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, da klar war, dass die Sozialdemokraten und die Kommunisten – Befürworter der Umwandlung der Bewirtschaftung in unterschiedlich stringente Formen der Planwirtschaft – gegen Erhards Projekt stimmen würden.

Dass sich die christdemokratischen Abgeordneten für die freie Marktwirtschaft entscheiden würden, stand allerdings nicht von vornherein fest. Zwar war Erhards Wahl zum Verwaltungsdirektor mit den Stimmen der CDU/CSU zustande gekommen, jedoch blieb die Reaktion der Fraktion auf seine Ankündigung von Ende April, so rasch wie möglich die Bewirtschaftung durch den freien Markt ablösen zu wollen, verhalten. Es gab innerhalb der CDU einen starken Arbeitnehmerflügel, der zwar prinzipiell die Marktwirtschaft befürwortete, für die Zeit nach der Währungsreform aber die staatliche Lenkung der Wirtschaft zunächst noch beizubehalten wünschte. Die Formulierung des Leitsatzgesetzes in einer Weise, dass das Gesetz dieser Vorstellung nicht widersprach, machte es auch den in den CDU-Sozialausschüssen organisierten »linken« Christdemokraten möglich, das Gesetz zu befürworten. An diese Mitglieder des Wirtschaftsrates richteten sich die vagen Formulierungen im Leitsatzgesetz an erster Stelle.

Wenn der Wirtschaftsrat auch das oberste (vor-)parlamentarische Organ der Bizone war und für die Lenkung der Wirtschaftssektoren legislative Kompetenz besaß, bedurften doch seine sämtlichen Beschlüsse und alle von ihm erlassenen Gesetze der Genehmigung des Zweizonenkontrollamtes, des Bipartite Control Office (BICO) in Frankfurt am Main. Letztlich hatten die Militärgouverneure – Brian H. Robertson für die britische und Lucius D. Clay für die amerikanische Zone – das Leitsatzgesetz und damit den Übergang von der Bewirtschaftung zum freien Markt zu genehmigen.

Ob sie so ohne weiteres zustimmen würden, war keineswegs so klar, wenn man sich die Wirtschaftsverfassung der beiden Staaten zum damaligen Zeitpunkt vor Augen hält. In Großbritannien hatte die Labour Party 1945 einen großen Wahlsieg errungen. Die Regierung Attlee befürwortete Staatsinterventionismus in der Wirtschaft und staatliches Eigentum in Schlüsselbereichen von Banken, Verkehrsbetrieben und Industrie. Die während des Weltkrieges eingeführte Rationierung der Grundnahrungsmittel bestand 1948 fort.

In den USA war 1933 von Präsident Roosevelt das »New Deal« als Antwort auf die in der Weltwirtschaftskrise weitgehend funktionsuntüchtig gewordene freie

Marktwirtschaft eingeführt worden. Die Regulierung durch den Staat hatte für über ein Jahrzehnt in den USA zum Wirtschaftsalltag gehört. Die durchaus positiven Erfahrungen mit der Staatsintervention in der Wirtschaft hatten auch die Anschauungen vieler amerikanischer Experten geprägt, die im Zweizonenkontrollamt BICO saßen und die legislative Aktivitäten der deutschen Institutionen auf wirtschaftlichem Gebiet überwachten. (Die Besatzungsmacht der französischen Zone beteiligte sich zwar an der Währungsreform, behielt jedoch das Bewirtschaftungssystem zunächst noch bei).

In einem Teil der wirtschaftshistorischen Literatur findet sich die Darstellung, dass Erhard, der Probleme gewiss, die es bei der Genehmigung des Leitsätzegesetzes mit den Besatzungsmächten geben würde, den Versuch machte, Clay und Robertson zu überrumpeln, sie durch die rasche Verkündung der Preisfreigaben über den Rundfunk zu zwingen, was nun einmal publik geworden war, auch ihrerseits zu akzeptieren. Der Coup, wie es Weimer nennt, sei Erhard gelungen. Die Militärgouverneure hätten nach dem »Handstreich« »zähneknirschend« Erhards »freche« Ankündigung akzeptieren müssen. Zu dieser Legende beigetragen hat Erhard selbst, als er in den fünfziger Jahren rückblickend schrieb, er wäre 1948 »aktiv vorwärts geschritten«, hätte die Bewirtschaftung »hinweggefegt« und die Widerstände einfach »niedergewalzt«.

Tatsächlich haben die Alliierten die zeitlich parallel zum Währungsumtausch vorgesehene Inkraftsetzung des Leitsätzegesetzes erst einige Tage nach seiner Verkündung, am 30. Juni 1948 gebilligt. Jedoch war das nicht darauf zurückzuführen, dass sich Erhard konfrontativ durchgesetzt hätte. Vielmehr war er sich des Wohlwollens von General Clay sicher. Der amerikanische Militärgouverneur war kein Anhänger des New Deal. Vielmehr war er, wie sein Biograf John H. Backer schreibt, gewillt, »in Deutschland ein orthodox amerikanisches Systems des freien Unternehmertums einzuführen«. Bereits am 24. Mai 1948 hatte Clay seinem Wirtschaftsberater gegenüber verlauten lassen, dass die Kontrollen abgeschafft werden müssen. Die Gestaltungsbefugnisse des Militärgouverneurs auf wirtschaftlichem Gebiet waren vom sonst ein wachsameres Auge auf die amerikanische Militärregierung habenden State Department der US-Regierung so formuliert worden, dass Clay auf Anhänger des New Deal in Washington in seinen Entscheidungen keine Rücksicht zu nehmen brauchte.

Somit war im Prinzip klar, dass Erhard mit dem Leitsätzegesetz bei den Besatzungsmächten durchkommen würde. Denn obwohl Clay und Robertson als BICO-Chefs formal gleichberechtigt agierten, so war doch Clay aufgrund des größeren ökonomischen Gewichts und der wirtschaftlichen Abhängigkeit, in der sich Großbritannien nach dem Kriege gegenüber den USA befand, der »starke Mann« der BICO. Doch hätte auch Clay ein Veto Robertsons kaum verhindern können, wenn Erhards Antrag auf Billigung des Leitsätzegesetzes den »Dienstweg« gegangen wäre. Mit der Verkündung des Gesetzes konfrontiert, blieb Robertson nichts weiter übrig, als bei Clay im Nachhinein gegen Erhards Vorstoß zu protestieren. Der

Überrumpelte war also nicht, wie in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung bis heute gern behauptet wird, Clay. Überrumpelt wurden Robertson und letztlich auch Marie Pierre Koenig, der Militärgouverneur der französischen Besatzungszone.

Sich vorzustellen, dass Erhards »Coup« mit Clay abgesprochen war, liegt nahe. Jedoch gab es weder für Clay noch für Erhard damals – oder auch später – einen Anlass, dies zuzugeben. Vom Westdeutschen Rundfunk 1973 zu seiner Rolle und seinem Verhältnis zu Erhard befragt, gab der frühere amerikanische Militärgouverneur diplomatisch formulierend, aber doch eindeutig zu verstehen, dass Erhard es ihm – und nicht Robertson – zu verdanken hat, dass das Leitsatzgesetz von den Alliierten in der stark marktwirtschaftlich orientierten Fassung verwirklicht werden konnte.

Clay sagte: »Nein, wir erhoben keine Einwände gegen seinen Plan ... Tatsächlich war ich ja damals Vorsitzender des Dreier-Ausschusses der Militärregierung ... Wir hätten alle drei gemeinsam seine Aktion durch ein Veto unterbinden müssen. Und ich kann Ihnen versichern, dass ich niemals die Absicht hatte, für ein Veto zu stimmen ... Und so konnte er ziemlich sicher sein, dass ihm nicht mit einem Einspruch begegnet würde. Freilich war es für meine britischen und französischen Kollegen sehr schwierig, das zu befürworten, da sie aus Ländern stammten, in denen die Zwangsbewirtschaftung noch in Kraft war. Solange ihre eigenen Länder diese Kontrollen hatten, war es für sie äußerst schwierig, sich mit dem Aufheben dieser Kontrollen einverstanden zu erklären. Und hätte Professor Erhard es nicht getan, wäre es nie geschehen.«

Es bleibt noch zu erwähnen, dass Clay Erhard auch gegen Offiziere seiner eigenen Militäradministration, d. h. gegen die Sachverständigen, die in ihrer Mehrzahl New-Deal-Leute waren, unterstützte. Das war also der Weg der Leitsatzvorlage bis zu dem Vermerk unter dem Gesetzestext: »Genehmigung der Militärregierung: 30. Juni«.

Die ersten Wochen nach der Währungs- und Wirtschaftsreform: Gewinner und Verlierer

Anders als bei der Ausarbeitung des Leitsatzgesetzes hatte Erhard auf die Gestaltung der westdeutschen Währungsreform praktisch keinen Einfluss. Sie war seit der Zeit, als im Herbst 1947 der Druck der DM-Scheine in den USA in Auftrag gegeben wurde, Sache der westlichen Alliierten – sowohl was den Zeitpunkt ihrer Durchführung als auch was die konkreten Umtauschbedingungen von RM in DM betraf. Dies hatte der Militärgouverneur Clay dem Wirtschaftsdirektor Erhard unmissverständlich klargemacht. Die Briten hatten von Anfang an mit den Amerikanern in der Währungsfrage zusammengearbeitet, die lange Zeit widerstrebenden Franzosen erst im Juni 1948 zugestimmt. Es waren auch die Westalliierten, die am 19. Juni 1948 – einem Sonnabend – die Westdeutschen in Extraausgaben der Zei-



Das neue Geld, hier ein mit einem »B« gestempelter 20-DM-Schein für die Berliner Westsektoren.

tungen und in Rundfunksendungen informiert: »Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft. Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen. Das neue Geld heißt Deutsche Mark ... Das alte Geld ... ist vom 21. Juni an ungültig.« Am nächsten Tag wurde den Bewohnern der drei Westzonen dort, wo sie gewöhnlich ihre Lebensmittelkarten abholten, ein Kopfbetrag von 60 DM im Umtausch gegen 60 Mark Altgeld übereignet, wovon vorerst aber nur 40 DM ausgezahlt wurden. Die verbleibenden 20 DM sollten ihnen einen Monat später ausgehändigt werden. Tatsächlich mussten sie auf die Auszahlung des Restgeldes noch zwei Monate lang warten. Am 20. Juni hatten die Bewohner der westlichen Zonen die gesamte Summe Altgeldes, die sie insgesamt umtau-

schen wollten, abzugeben. Bis zum 27. Juni blieb unbekannt, in welchem Verhältnis der generelle Umtausch von Reichsmark zu D-Mark erfolgen würde. Der Umtauschkurs wurde dann zehn zu eins festgelegt und vorgenommen. Am 7. Oktober erfuhren die Westdeutschen, dass die Hälfte ihrer gemeldeten Spar- und Bankeinlagen nicht in vollem Umfang freigegeben würde, sondern noch einmal 70 Prozent der Summe gestrichen würden. Das bedeutete: Alle Bank- und Sparguthaben wurden 10 : 0,65 umgestellt, d. h., wer bis dahin 100 Reichsmark auf seinem Konto gehabt hatte, erhielt dafür nur ganze 6,50 DM, womit sich der Verlust auf etwa 94 Prozent der Ersparnisse belief. Von dem Umstellungsverhältnis wurden solche regelmäßig wiederkehrenden Leistungen wie Löhne, Gehälter, Mieten, Pachteinnahmen, die Sozialversicherungsrenten der Arbeiter und Angestellten und Beamtenpensionen ausgenommen, d. h., sie wurden im Verhältnis 1 : 1 ausbezahlt.

So wenig sich an den Umtauschbedingungen irgendeine Ungleichbehandlung von Personengruppen erkennen ließ, so unterschiedlich betroffen waren doch die verschiedenen Schichten der Bevölkerung von der Währungsreform. Tatsächlich waren nur für ein paar Tage, vom Empfang des Kopfgeldes von 40 DM am 20. Juni an gerechnet, alle Westdeutschen – bezogen auf ihre Kaufkraft – gleichgestellt. Danach ließen sich rasch Gewinner und Verlierer ausmachen. Gewinner waren in jedem Fall die Sachwertbesitzer, ob sie nun Fabriken, Häuser, Grundstücke oder Waren besaßen. Ihnen blieb ihr Wohlstand unbeeinträchtigt erhalten. Befanden sich auf den Liegenschaften Hypotheken, dann waren die Eigentümer zusätzlich 94 Prozent ihrer Schulden auf einen Schlag los. Auch das Umstellungsverhältnis der Aktienwerte lag für die Mehrzahl der Gesellschaften bei 1 : 1. Insgesamt ergab sich bei der Neufestsetzung des Aktienkapitals eine Umstellung von 10 : 8,2. Während die Mehrheit der Bevölkerung 94 Prozent ihres Geldvermögens verlor, belief sich der Verlust der Aktionäre lediglich auf 18 Prozent.¹ So begünstigt wurde nur eine Minderheit, denn bei der überwiegenden Mehrheit der Westdeutschen war der Sachwert- bzw. Aktienbesitz außerordentlich bescheiden. Diese Mehrheit wurde somit zum Verlierer der Währungsreform.

Verlierer waren auf den ersten Blick alle, deren Rücklagen sich auf Bank- und Sparkassenkonten befanden. Die Spareinlagen reduzierten sich von 73,7 Milliarden RM auf 3,7 Milliarden DM. Sofern es sich um die einzige Form von Anlagen handelte, verloren deren Besitzer fast alles Vermögen. Unter den Betroffenen befanden sich vielfach Arbeiter und Angestellte, darunter auch Kleinverdiener. Sie hatten seit Beginn des Zweiten Weltkrieges ihr Geld, u. a. als Folge der Konsum einschränkungen, in die öffentlichen Sparkassen getragen. Binnen weniger Jahre stieg die Sparsumme der Deutschen damals auf mehr als das Dreifache. In den öffentlichen Sparkassen hatten sich die Einlagen allein im Jahre 1942 um 15,2 Milliarden auf insgesamt 51,2 Milliarden RM erhöht. »Eisern gespart« wurde mit Blick auf die Zeit nach dem »Endsieg«. Viele Arbeiter und Angestellten versuchten so,

1 Ergebnis des Abschlusses Neufestsetzung der Aktienkapitals Ende 1951 entsprechend den Bestimmungen des Eröffnungsbilanzgesetzes vom August 1949 (Vgl. Chronik).

ausreichend Geld zurückzulegen, um sich nach dem Krieg verschiedene Lebensträume erfüllen zu können. Die Währungsreform machte derartige Träume zunichte, sofern sie überhaupt die ersten Nachkriegsjahre überlebt hatten. Fast die Hälfte der vor der Währungsreform bestehenden Sparkonten erloschen durch die Umstellung. Ein großer Teil der einfachen Leute verfügte seit der Währungsreform über keinerlei Ersparnisse mehr. Besonders hart betroffen waren Flüchtlinge.

Die Währungsreform verschärfte auf diese Weise die Vermögensunterschiede zwischen Klassen und Schichten, polarisierte die Gesellschaft stärker noch als bisher in arm und reich. »Für die Deutschen ist es unverständlich«, kritisierte der Ministerpräsident des Landes Württemberg-Baden (Amerikanische Zone), Reinhold Maier, »dass bei der Währungsreform soziale Gesichtspunkte nicht berücksichtigt worden sind.« Und mit Bezug auf manchen in Jahren mühsam ersparten Notgroschen und die in den ersten Nachkriegsjahren rasch zusammengerafften Guthaben der Schwarzhändler beklagte er: »Es ist untragbar, dass durch die Währungsreform die Notpfennige und Spargroschen der Alten unterschiedslos mit Bankkonten aller Art gleichgestellt werden.« Die neu entstandenen Ungleichgewichte bemängelte ebenfalls ein Monatsbericht des Regierungspräsidenten für Ober- und Mittelfranken an die bayerische Staatsregierung in München von Anfang Juli 1948: »Insbesondere herrscht große Erbitterung darüber, dass jene Bevölkerungskreise, die bisher von ihren sauer und ehrlich verdienten Ersparnissen gelebt hatten, nun vor dem Nichts stünden ... Man habe für kleine Sparguthaben eine Sonderregelung gegenüber dem Unternehmertum und jenen Geschäftsleuten, die im Hinblick auf die Warenhortungen viel besser abschneiden würden, erwartet. ... Es ging nicht an, dass eine Unzahl von Menschen durch die Währungsreform völlig verarme, während andere als Nutznießer aus ihr hervorgingen.«

Nun hatten bei der Vorbereitung der Währungsreform nicht soziale, sondern finanztechnische Überlegungen im Vordergrund gestanden. Der riesige Geldüberhang, entstanden in Vorbereitung auf den Krieg, war angeschwollen mit der weiteren Kriegsfinanzierung durch die Nationalsozialisten und musste nach dem Kriege im Interesse der Wiederherstellung einer funktionierenden Wirtschaft abgebaut werden. Deshalb in aller erster Linie bestanden die Alliierten auf einem scharfen Währungsschnitt. Allerdings war seitens der Westalliierten die soziale Schieflage der Bestimmungen der von ihnen konzipierten Währungsreform nicht unbeachtet geblieben. Sie plädierten daher für einen mit der Währungsreform verbundenen Lastenausgleich – eine Entschädigung der durch die Geldreform (sowie Krieg und Kriegsfolgen) Benachteiligten durch die Vermögenden. Dieser Gedanke fand in der Präambel des Währungsgesetzes seinen Niederschlag. Die Durchführung des Lastenausgleiches überließen die Westalliierten allerdings, im Unterschied zur eigentlichen Währungsreform, der deutschen Seite. Das Währungsgesetz enthielt lediglich den lakonischen Hinweis: »Den deutschen gesetzgebenden Stellen wird die Regelung des Lastenausgleiches als vordringliche, bis zum 31.12.1948 zu lösende Aufgabe übertragen.«

An der geforderten raschen Vermögensumverteilung konnte Erhard aber kein Interesse haben, denn das hätte für die Unternehmer Abstriche beim Einkommen, und damit bei ihrer Bereitschaft zu investieren, bedeutet. Erhard hat wohl kaum daran gedacht, bis zum 31. Dezember 1948 entsprechende gesetzliche Regelungen vorzulegen. Das am 2. September erlassene »Gesetz zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich« leitete jedenfalls keine Umverteilung ein. (Tatsächlich dauerte es bis August 1949, bevor eine vorläufige Regelung der Abgaben und Leistungen für die dringendsten Notfälle Gesetz wurde.) Im ersten Jahr nach der Währungsreform wirkte der Lastenausgleich also überhaupt noch nicht. Bezogen auf die Folgen der Währungsreform galt uneingeschränkt weiter: Gewinner blieb Gewinner – und Verlierer blieb Verlierer.

Die unmittelbaren Folgen der Währungsreform wären für die Verlierer noch eher zu tragen gewesen, wenn sich das Preisniveau für das nunmehr vorhandene reichliche Warenangebot so entwickelt hätte, wie es Erhard vorausgesagt hatte: Der Wirtschaftsdirektor hatte in seiner Ansprache anlässlich der Währungsreform und der Aufhebung der Bewirtschaft nicht nur erklärt, dass Preisaufritte und Preissenkungen sich nach der Freigabe der Preise die Waage halten würden, sondern sogar gesagt, dass die Tendenz zur Preissenkung überwiegen würde. Stattdessen stiegen die Preise für die Mehrzahl der nicht mehr rationierten Verbrauchsgüter rasch an. Bei solchen Waren, die schon zu »Reichsmarkzeiten« gern gekauft wurden, kletterten z. B. die Preise für Straßenschuhe allein zwischen dem 24. Juni und 15. Juli 1948 von 18 auf 25 DM. Der Preis für Kissenbezüge (Leinen) erhöhe sich von 5,60 auf 8,25 DM. Wollstoff (130 cm) wurde zwei Mark teuer und kostete nunmehr 16,80 DM. Selbst für Scheuertücher war ein relativ hoher Preisanstieg zu verzeichnen, von 0,50 auf 0,75 Mark. Spitzenwerte im Preisaufrieb erreichten im Herbst 1948 Damenstrümpfe mit einer Verteuerung auf 200 Prozent. Von Juni bis Dezember 1948 verzeichnete der amtliche Preisindex eine Zunahme bei Nahrungsmitteln insgesamt um 20 Prozent und für Bekleidung um rund ein Drittel. In diese Indizes waren die weiterhin einer behördlichen Preiskontrolle unterliegenden, darunter einige noch auf Lebensmittelkarte erhältlichen Grundnahrungsmittel berücksichtigt. Der Brotpreis wurde weiterhin behördlich geregelt. Die Preise für Eier dagegen waren freigegeben worden. Der Eierpreis wurde – anstelle des Brotpreises – in den Westzonen im Herbst 1948 zum »politischen Preis«, an dem jedermann die Teuerung maß. Für ein Ei, das unmittelbar vor der Währungsreform noch 30 Pfennig gekostet hatte und unmittelbar danach 35 Pfennig, musste die Hausfrau im August 56 Pfennig und im Oktober schon 85 Pfennig zahlen.

Da die Kopftauschsumme gering und die Spareinlagen für die Arbeiter und Angestellten durch die Währungsreform stark reduziert bzw. vollständig vernichtet waren, blieb für die Mehrheit der Bevölkerung der Lohn die einzige Geldquelle, mit der sie ihren Konsum bei steigenden Warenpreisen bestreiten musste. Löhne und Gehälter unterlagen aber weiterhin dem Lohnstopp. Selbst eine im April 1948 mit der »Industrial Relations Directive« von den Alliierten noch genehmigte fünf-

zehnprozentige Lohnerhöhung war in den meisten Fällen bis zur Währungsreform nicht mehr zum Tragen gekommen. Es blieb bei einem Monatslohn von durchschnittlich 140 Mark. Nach der Währungsreform scheiterte die bis dahin herausgezögerte Realisierung der »Industrial Relations Directive« am hartnäckigen Widerstand der Unternehmer. Ein Teil der Unternehmer war nicht einmal mehr bereit, die bisherigen Tariflöhne zu zahlen. In den ersten Monaten nach der Währungsreform wurden auch die von den Arbeitgebern vom Bruttolohn einbehaltenen Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung und für die Lohnsteuer teilweise nicht abgeführt.

Lohn einsparen konnte der Unternehmer auch, indem er Arbeiter entließ. Von dieser Möglichkeit wurde seit der Währungsreform deutlich stärker Gebrauch gemacht als zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich von Juni 1948 (442 000) auf 937 000 im Januar 1949. Für die arbeitslos gewordenen Menschen war die Lage im Herbst 1948 besonders kritisch. Aber auch bei denjenigen, die ihre Arbeit behielten, führten steigende Preise bei gleichbleibenden Nominallöhnen seit der Währungsreform zu einem Absinken der Reallöhne, d. h. der Menge an Waren, die mit einer gegebenen Lohnsumme gekauft werden konnte. Dabei ist zu beachten, dass das Niveau des Realeinkommens der Industriearbeiter im Juni 1948, d. h. vor der Währungsreform, bereits bei nur 65 Prozent des Standes von 1938 gelegen hatte. Die durch die Preissteigerungen hervorgerufenen Reallohneinbußen hatten nicht nur zur Folge, dass der durchschnittliche monatliche Nettolohn vielen Arbeitern und Angestellten nicht erlaubte, die begehrten und jetzt verfügbaren »Leckereien« zu kaufen. Im Falle geringer Verdienste – der größte Teil der Flüchtlinge gehörte zu dieser Gruppe – reichte das Geld meist nur, die bisher noch bewirtschafteten Grundnahrungsmittel einzukaufen. Auf viele nicht bewirtschaftete Güter des täglichen Bedarfs mussten Menschen aus den niedrigen Einkommensgruppen verzichten. Hemden, Schuhe und Kindersachen waren für die breite Masse der Bevölkerung unerschwinglich.

Die zunehmende Einkommenspolarisierung lässt sich am besten am Relativlohn erkennen. Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln sank die Lohn- und Gehaltsquote – der Anteil der Arbeitnehmer am Bruttoprodukt – von 83 Prozent im Juni 1948 auf 45 Prozent im Dezember desselben Jahres. An dieser Entwicklung lässt sich gleichzeitig ablesen, dass das Gewinnpolster der Unternehmer beträchtlich gewachsen war, was sich auch in einer Zunahme der Investitionen äußerte. Die Bruttoinvestitionen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes erhöhten sich von 878,3 Millionen DM im Juli 1948 auf 1 133,5 Millionen DM im Dezember, d. h., Erhards unternehmerfreundliches Kalkül war im beträchtlichen Maße aufgegangen.

Für den größten Teil der Bevölkerung war durch die Preisfreigabe die bis dahin fast flächendeckende Rationierung in Form von Warenteilung durch eine »Rationierung durch den Preis« ersetzt worden, wie die Wirtschaftshistorikerin Irmgard Zündorf treffend formulierte.

Dessen ungeachtet war eine Verschlechterung der Versorgungslage bei Grundnahrungsmitteln die Ausnahme. Bis zum Ende des Jahres nahm nach Berechnungen des Sozialhistorikers Günter J. Trittel der durchschnittliche Kalorienverbrauch pro Kopf zu. Und verglichen mit den Schwarzmarktpreisen lagen die neuen Preise in der Regel meist deutlich niedriger. Der Preis für ein Ei, so schnell er auch nach seiner Freigabe anstieg, ließ sich in Pfennigen ausdrücken. Vor der Währungsreform hatte man auf dem Schwarzmarkt für das gleiche Produkt acht bis zehn Reichsmark hingeblickt. Doch die Schwarzmarktpreise waren nicht der Vergleichsmaßstab für den kleinen Mann auf der Straße. Er orientierte sich an den bisherigen behördlich festgelegten Preisen, an seinem Lohn – und zunehmend auch an dem, was sich bestimmte Mitbürger mit einem Male leisten konnten.

Während bei jenen hohen Einkommen auch Geldvermögen vermutet werden konnten, waren viele Familien nur dann in der Lage, den notwendigen Konsum zu bestreiten, wenn sie den Rest ihres Ersparnen verbrauchten. Spezielle Zahlenangaben zu dieser Gruppe von Sparern sind nicht überliefert. Nachweisbar aber ist, dass von sämtlichen in der Währungsreform umgestellten Sparguthaben mit einer Summe von 2 116 Millionen DM fast die Hälfte, 1 146 Millionen DM abgehoben wurde, während die Summe der Einzahlungen in der gleichen Zeit 585 Millionen DM betrug. Es ist anzunehmen, dass die Abhebungen vom Gros der Verlierer, d. h. von der Masse der nahezu mittellos gewordenen, vorgenommen wurde, während die Einzahlungen von Gewinnern der Wirtschaftsreform stammten.

Zum gleichen Zeitpunkt, als sich eine zunehmende Anzahl von Menschen das nunmehr breite Angebot in den Läden und auf den Märkten nur noch beschränkt leisten konnte, wurden in den vornehmen Geschäften der großstädtischen Haupteinkaufsstrassen erstmals wieder Luxusgüter angeboten – und auch gekauft. Rasch kamen protzige Aktentaschen in Mode – selbstverständlich als Statussymbol. Eine Anzahl Mitbürger leistete sich schon wieder feines Essen in den besten Restaurants der Stadt, mit Wein, für die schier unglaubliche Summe von 25 DM pro Person – mehr als die Hälfte des durchschnittlichen Wochenlohnes eines Arbeiters. Aus Wiesbaden erfuhren Reporter einige Tage nach der Währungsreform, das Autohaus Opel habe bereits drei neue Autos verkauft. Auch der Volkswagen befand sich wieder im Angebot – für 5 300 DM pro Fahrzeug. In den Tageszeitungen konnte man nachlesen, wie die »Währungsgewinnler« auf der Bäderinsel Norderney ihre Gewinne verprassten.

Verwunderlich war der »Luxuskonsum« nicht. Wer als Unternehmer mit einem Male massenhaft verdiente, wollte eben auch Langentbehrtes realisieren – auf seinem Niveau selbstverständlich. Viele Gewinner der Währungsreform und des folgenden Preisauftriebs konnten sich Luxusgüter leisten, ob sie nun ihre Hortungsware günstig an den Mann gebracht hatten oder ihre Schwarzmarktgewinne konsumierten. Währungs- und Wirtschaftsreform hatten die in den Kriegszeiten und ersten Nachkriegsjahren verdeckte Polarisierung der Bevölkerung wieder an den Tag gebracht – und verstärkt.

Aufkommender Unmut und spontane Unruhen

Während der ersten Tage nach der Währungsreform hatten sich nur wenige Bewohner der Westzonen dem Eindruck des »Wunders der vollen Schaufenster« entziehen können. Nach den jahrelangen bitteren Entbehrungen wirkte das breite Warenangebot geradezu berauschend. Wenn etwas für einen gewissen Zeitraum in der Lage war, die unsoziale Härte der Währungsreform zu verdecken, dann war es diese »Politik der vollen Schaufenster«. Doch nach der ersten Begeisterung über die Warenfülle nahm die Bevölkerung die in den Geschäften nun sichtbar höheren Preise und den weiter herrschenden Lohnstopp als Barriere wahr, der sie am Wunder kaum teilnehmen ließ, vielfach ganz ausschloss. Die Allensbacher Meinungsforscher, die im Herbst 1948 bereits mit ihren Befragungen begonnen hatten, formulierten es anschaulich so: »Mit den ersten Lohnauszahlungen stiegen die Preise und schoben sich wie eine Glaswand vor die begehrten, so dringend benötigten Dinge. Die meisten konnten sie nur noch betrachten und nicht mehr nach Hause tragen.« Die Wochenschau »Welt im Bild« zeigte besorgte Hausfrauen-Gesichter, die sich von den vollen Gemüseständen wieder abwendeten.

Dem Erstaunen und der Enttäuschung folgte die Empörung. Die Entrüstung der Bevölkerung gibt die Wortwahl eines »Aufrufs zum Käuferstreik« vom Lübecker Ortsausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes treffend wider. In dem hektographierten Flugblatt hieß es: »Nach dem 20. Juni dieses Jahres hat ein unerhörter Preiswucher eingesetzt. ... Geschäftsleute und Händler sind in der Lage, willkürlich die Preise für alle Bedarfsartikel und Lebensmittel uferlos in die Höhe zu schrauben, und die Preisbehörden sind nicht in der Lage, dieser skrupellosen Willkür Einhalt zu gebieten. ... Dieser chaotischen Preisentwicklung und schamlosen Ausbeutung der Verbraucherschaft muss sofort Einhalt geboten werden. Was hier von Erzeugern und Grossisten an der Allgemeinheit gesündigt wird, überschreitet alle Grenzen. Man lässt Obst und Gemüse verderben, ehe man bereit ist, diese Waren zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Die auf den Markt geworfenen Waren sind gegenüber dem riesigen Bedarf für die breiten Massen der Bevölkerung nunmehr unerschwinglich geworden.«

Es soll noch einmal darauf hingewiesen werden – der Empörung über die »schamlosen Erzeuger und Grossisten« lag nicht mehr, wie in den ersten Nachkriegsjahren und teilweise noch im Frühjahr 1948, ein absoluter Nahrungsmittelmangel zugrunde. Die Art der Unzufriedenheit, die den Unmut bewirkte, hatte sich gegenüber dem Frühjahr grundlegend geändert. Empörung rief hervor, dass soziale Ungleichheit verhinderte, dass alle von der neuen Warenfülle im benötigten Maße Gebrauch machen konnten. Es trat eine Lage ein, die der Gewerkschaftshistoriker Gerhard Beier in einem Buch zur gewerkschaftlichen Bewegung in den Jahren der Gründung der Bundesrepublik so beurteilt hat: »Die horrenden



Am 12. August 1948 hatten wie hier in Frankfurt am Main die Gewerkschaften in ganz Hessen (Amerikanische Zone) zu Protestkundgebungen gegen Preiswucher und gegen den Lohnstopp aufgerufen. Nach der Kundgebung kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Preissteigerungen nach der Währungsreform und der andauernde Lohnstopp hatten im Spätsommer 1948 zu wachsenden sozialen Spannungen mit klassenkämpferischen Akzenten geführt.« Die »Missstimmung in den untersten Schichten der Bevölkerung gegen Produktionsmittelinhaber und Handel« hatte seit dem Juli 1948 rasch zugenommen. Der Unmut entbrannte zunächst gegen die unmittelbaren Repräsentanten der Teuerungswelle. In vielen Städten der Westzonen flogen Tomaten gegen die Händler, und Hausfrauen marschierten protestierend durch die Straßen. Am häufigsten entlud sich diese Missstimmung in Tumulten auf den Märkten. Am heftigsten reagierte sich die Bevölkerung an den Händlern ab, die Eier verkauften. In Bremen zerstörte die aufgebrachte Menge eine ganze Wagenladung dieses Inbegriffs der Teuerung. »Eiertumulte« gab es auch in anderen Teilen der Bizone, von Lübeck bis München. In der offiziellen Münchener Stadtchronik hieß es unter dem 29. Juli 1948: »Die Bevölkerung ist in zunehmendem Maße

über die steigenden Eierpreise empört. ... Heute musste das Überfallkommando am Viktualienmarkt einen Eierhändler vor einer aufgebrachten Menschenmenge schützen. Das Resultat der ›Revolte‹ ist eine Anzahl Bruchei.
Für den 31. Juli vermeldete die Münchener Stadtchronik erneut: »Auf dem Viktualienmarkt kommt es zu einer ›Eierschlacht‹, in der sich die Empörung der Bevölkerung über steigende Preise Luft macht. Einer Eierhändlerin, die für das Ei 37 Pf verlangt, werden die Eierkisten abgenommen und zusammengeslagen. Eierhändler werden tätlich angegriffen und müssen von Überfallkommandos der Polizei geschützt werden.«

Um beim Land Bayern (Amerikanische Besatzungszone) zu bleiben: In Fürth kam es Anfang August zu Tumulten auf dem Wochenmarkt. In Augsburg wurden Kaufleute tätlich bedroht. In Erlangen stießen die durch Plakate und Lautsprecheraufrufe angestachelten Hausfrauen Obstkörbe um und bombardierten die Händler derart mit Äpfeln und Tomaten, dass die Polizei eingreifen musste. Auf dem Münchener Wochenmarkt wurden den Händlern Gänse vom Tisch gerissen und in die Menge geschleudert, wo sie, in Stücke zerrupft, in den Markttaschen der Hausfrauen verschwanden.

Über turbulente Szenen auf dem Nürnberger Markt berichtete am 7. August 1948 die »Fränkische Landeszeitung« etwas ausführlicher: »Eine große Menschenmenge protestierte seit den frühen Morgenstunden gegen die hohen Preise verschiedener Obst- und Gemüsehändler ... Als die Käufer die Auslagen eines Obststandes einrissen und gegen die Händler eine drohende Haltung einnahmen, rettete der Verkäufer seine Person und seine gefährdete Ware in den Apsis-Raum der St. Gumbertus-Kirche. Marktbesucher, die trotz dieser Boykott-Aktion bei den Obsthändlern Waren kauften, wurden von der protestierenden Menge gehohlet und in einem Fall zu Boden geschlagen.«

Dieses Beispiel soll Anlass sein, auf die »Reflexibilität« derartiger Aktionen hinzuweisen. Weil in der regionalen, teilweise auch in der überregionalen Presse über diese lokalen Protestaktionen berichtet wurde, verstärkte sich die kritische Stimmung in der Bevölkerung über den eigentlichen Ort des Geschehens hinaus. Die Presse spielte für das Ausbreiten der Protestaktionen daher eine wichtige Rolle.

Mit dem beginnenden Herbst richteten sich die Proteste nicht mehr nur gegen Händler, die ihre Waren mit »Wucherpreisen« an die Kunden bringen wollten, sondern wandten sich auch gegen die Staatsmacht in Gestalt der für Ernährung und Preise zuständigen Landesminister. Über einen prägnanten Vorfall, in dem ein Minister dafür verantwortlich gemacht wurde, dass für die Bevölkerung wirtschaftlich alles aus dem Ruder lief, berichtete Ende Oktober 1948 die »Süddeutsche Zeitung«: »Im Nürnberger Rathaus sprach Ernährungsminister Dr. Schlögl vor Beamten und Angestellten der Ernährungsämter über die derzeitige Ernährungslage. ... Lange vor Ankunft des Ministers hatte sich etwa 300 Nürnberger Frauen vor dem Rathaus eingefunden, die auf Transparenten gegen die Preissteigerungen vor allem für Lebensmittel protestieren und u. a. fragten: ›Herr Minister,



Demonstration vor dem Rathaus in Nürnberg, 21. Oktober 1948

wo gibt es Eier für 30 Pfennige?« Auf einem weiteren Transparent wurde der Rücktritt der (bayrischen) Regierung gefordert, die den Preiswucher dulde. ... Im Anschluss an die Tagung empfing Dr. Schlögl die Frauenabordnung. Von einer Vertreterin der KPD wurde der Minister aufgefordert, zurückzutreten, da er unfähig sei, den Posten als Ernährungsminister zu bekleiden. Auf verschiedene Angriffe erwiderte Dr. Schlögl, er habe Vorschläge der Hausfrauen erwartet, nicht aber eine parteipolitische Demonstration. Er verbat sich die Angriffe, vor allem in der vorgetragenen Art und Weise, und versprach, in der nächsten Stadtratssitzung in Nürnberg den Vertretern der Parteien Rede und Antwort zu stehen. Unter ›Pfui, Hungerminister‹-Rufen verließ der Minister den Saal.« Die Geschehnisse vor und im Nürnberger Rathaus sind ein anschauliches Beispiel für das Verlangen der Bevölkerung nach einem öffentlich geführten Dialog mit den Regierenden. Dieses Verlangen wurde – nicht nur in diesem Falle – auf brüske Art abgewiesen.¹

Der Nürnberger Protest war auch in anderer Hinsicht von exemplarischer Bedeutung. Er war von den Hausfrauen offensichtlich verabredet worden. Wie in Nürnberg erhielten auch anderswo die zunächst völlig spontanen Kundgebungen am Ende der ersten drei Teuerungsmonate zunehmend einen anderen Charakter

1 Erst Anfang November, nach den »Stuttgarter Vorfällen« führte diese Erkenntnis bei den Presseverantwortlichen der Besatzungsmächte offensichtlich zu der Schlussfolgerung, derartige Berichte einzuschränken bzw. die Ereignisse eindeutig pejorativ zu bewerten. Ein Musterbeispiel für eine restriktive Veröffentlichungspolitik ist die über den Generalstreik vom 12. November 1948 (vgl. das Kapitel »Die ›Stuttgarter Vorfälle‹ vom 28. Oktober 1948«).

dadurch, dass sich ein Teil der Protestierenden auf die Auseinandersetzung vorbereitet hatte, vielfach auch ohne auf die Gewerkschaften oder eine andere organisierende politische Kraft länger zu warten.

Das dürfte auch für eine Protestaktion gelten, die in Immenstadt im Allgäu stattfand, auch wenn sie in der Presse als »spontan« bezeichnet wurde. Sie war gegen Preistreiberei gerichtet. Die Kundgebung in der Kleinstadt im schönen Allgäu wurde von über 2 000 Arbeitern und Angestellten der örtlichen Wirtschaft und der Behörden besucht, die die Arbeit niedergelegt hatten und in einer einstimmig durch die Versammelten angenommenen Resolution erstens verlangten, die Löhne und Gehälter »den jetzigen Preisen« anzugleichen und zweitens die »sofortige Abberufung« Erhards forderten, der den Preiswucher heraufbeschworen habe. Die Protestversammlungen begannen ihre eigenen Forderungskataloge zu entwickeln.

Die Immenstädter Kundgebung fand Ende Oktober statt. Bei der Bevölkerung hatte es nach der Währungsreform einige Monate gedauert, bis auf der Straße der Rücktritt des Chefs der bizonalen »Wirtschaftsregierung« gefordert wurde. Ziel-scheibe wütender Attacken waren in den ersten Wochen und Monaten nach dem Geldumtausch und der Freigabe der Preise die »Währungsgewinnler« vor Ort gewesen. Als solche galten vor allem Handwerker, Händler und Geschäftsleute, die in den Wochen vor der Währungsreform Waren gehortet und sich schließlich sogar geweigert hatten, für die demnächst abzulösende Reichsmark überhaupt noch etwas zu verkaufen. »Ladentüren waren plötzlich verrammelt«, berichtete die »Fränkische Landeszeitung« am 23. Juni 1948. In den Schaufenstern hingen Schilder wie »Ausverkauft«, »Inventur« und »Betriebsferien«. Die vergeblich anklopfenden oder kaum noch etwas in den Regalen vorfindenden Käufer wurden in jenen Tagen misstrauisch und fühlten sich vollends betrogen, als in den selben Läden nach der Währungsreform die vermissten Waren wieder zu kaufen waren – nunmehr für DM.

Für die künftige Wirtschaftsentwicklung waren weniger die kleinen als die großen »Währungsgewinnler« von Bedeutung. Einer von ihnen war der oberfränkische Unternehmer Max Grundig. Auf den Tag der Währungsreform hatte sich Grundig wie fast jeder Kaufmann oder Industrielle vorbereitet. Bereits Ende 1947 war der Verkauf des »Heinzelmannes« zurückgedreht worden, jenes 1946 von der Firma Grundig entwickelten Radiobaukastens, den auch der technisch wenig begabte Käufer selbst zusammenbasteln konnte – sofern er sich die Röhren, die der Bewirtschaftung unterlagen, selbst irgendwie, in der Regel also auf dem Schwarzmarkt, besorgte. Zum Zeitpunkt des Währungsschnittes waren Grundigs Lager voll. Die Weiterentwicklung »Weltklang«, dessen Produktion im Februar 1948 ange-laufen war und der auf der Leipziger Frühjahrsmesse vom März 1948 viel Lob ge-erntet hatte, brachte Grundig zunächst überhaupt nicht auf den Markt. Am Tag nach der Währungsreform standen neben den »Heinzelmännern« rund 1 300 »Welt-klang«-Radios bei allen Händlern bereit – zum Stückpreis von 220 bis 500 DM.

Wenn »Währungsgewinnler« von der Größenordnung Grundigs von der Bevöl-kerung auch oftmals nicht ausgemacht wurden – bald reichten die Enttäuschung

und Erbitterung über die Hochpreise verlangenden Händler und die wucherischen Geschäftsleute in der Nachbarschaft hinaus. Die Bevölkerung erinnerte sich daran, dass der bizonale Wirtschaftsdirektor ihnen in seinen Rundfunkansprachen Preissenkungen versprochen, aber tatsächlich Preissteigerungen beschert hatte. Erhard wurde bald zum unpopulärsten Mann in Westdeutschland. Die Forderungen »Runter mit den Preisen und fort mit Erhard!« waren auf den Protestkundgebungen und -märschen vielerorts zu hören.

Mit Erhard und über Erhard hinaus wurde die gesamte »Frankfurter Wirtschaftspolitik« im Laufe der Teuerungszeit zur Zielscheibe der Proteste. »Wenn hier nicht in absehbarer Zeit eine Änderung in der Form Platz greift, dass entweder eine rapide Senkung der Preise oder entsprechende große Lohnerhöhungen folgen,« hieß es bereits am 1. September 1948 in einem Stimmungsbericht des Oberbezirks Ansbach (Nordbayern) an die Militärregierung, »ist der soziale Friede auf das Ernsthafteste bedroht.«

Von den Protestierenden wurden zunächst Preiskontrollen, Preissenkungen und höherer Lohn gefordert. Nach einer (im Dezember 1948) vorgenommenen Meinungsumfrage forderten rund 70 Prozenten der Befragten, Preiskontrollen wieder einzuführen. Schließlich wurde – mehr oder weniger verklausuliert – die Rückkehr zur vollen Bewirtschaftung verlangt, zumal die »Restrationierung« von Produzenten und Händlern nicht mehr ernst genommen wurde. »Wir müssen die Bewirtschaftung wieder ordnen«, hieß es Mitte Oktober 1948 seitens des Münchener Stadtrats, der sich mit den »Tumulten« auf den Lebensmittelmärkten auseinanderzusetzen hatte. Die Rückkehr zur Bewirtschaftung schien nunmehr vielen als das geringere Übel gegenüber dem Wirken der Marktkräfte. Der Erfolg der von Erhard wieder zugelassenen Marktwirtschaft wurde von der Bevölkerung vor allem an der Preisentwicklung und hier wiederum an ganz bestimmten Preisen gemessen, nämlich an Erzeugnissen des allgemeinen Bedarfs. Mit Herbstbeginn wurde die enge Verbindung zwischen der Kaufkraft des neuen Geldes und der politischen Loyalität der Bürger gegenüber der bizonalen »Regierung«, dem in Frankfurt angesiedelten Wirtschaftsrat, offensichtlich. Je weniger die Bevölkerung mit den Preisen einverstanden war, desto mehr sank in den Augen der Mehrzahl der Bürger die Akzeptanz dieser ihrer »Wirtschaftsregierung«.

Wie aber reagierte Erhard auf die immer wuchtiger werdenden Proteste gegen seine Wirtschaftspolitik?

Der Umgang mit dem Unmut in der Bevölkerung

Erhard stand dem Preisauftrieb erst einmal abwartend gegenüber. Zunächst bewertete er die Preiserhöhungen nicht als ein allgemeines Phänomen, sondern als Einzelpreisentwicklung bestimmter Güter, bei denen das Angebot hinter der Nachfrage zurückblieb. Entsprach diese Einschätzung auch nicht der Realität, so passte sie doch in Erhards Vorstellung, dass die Preise nach der Aufhebung der Bewirtschaftung in Bewegung geraten würden, wobei jedoch nach seiner Auffassung die Preisenkungstendenzen sich gegenüber Preissteigerungen durchsetzen würden. Als Erhard zur Kenntnis nehmen musste, dass der Preisauftrieb allgemein war und er selbst deswegen immer mehr in das Kreuzfeuer der Kritik geriet, war er bemüht, die positiven Seiten seiner Wirtschaftsreform herauszustreichen, die seiner Meinung nach von der Bevölkerung und der Opposition nicht genügend beachtet wurden. Er wies in seinen Reden und Ansprachen im August, September und Oktober 1948 immer wieder auf das überlegene moralische Prinzip der Marktwirtschaft hin, ihre völlig andere Qualität im Vergleich zur bisherigen »Zwangswirtschaft«. Der Übergang zur Marktwirtschaft habe vielleicht zeitweise höhere Preise gebracht, er bedeute aber auch und vor allem mehr Freiheit und »Würde des Menschen«. Erhards Argument, dass Planwirtschaft – unter welchem Vorzeichen auch immer – Unterdrückung und Entmündigung bedeutete, Marktwirtschaft dagegen Unternehmens- und Konsumfreiheit bringen und darauf basierend auch die politische Freiheit sichern würde, zeigte allerdings weder bei der protestierenden Bevölkerung, die offensichtlich den wiederbelebten Antikommunismus noch nicht so recht verinnerlicht hatte, noch bei der SPD und den Gewerkschaften, die einer planmäßigen Wirtschaftsführung seinerzeit noch positive Seiten abzugewinnen vermochten, Wirkung.

Weniger anspruchsvoll, aber eher nachvollziehbar, schien ein anderes Argument, mit dem Erhard seine Wirtschaftsreform verteidigte: Die Aufhebung der Bewirtschaftung und die Preisfreigaben hätten in kürzester Frist zu einem ungeahnten wirtschaftlichen Wachstum geführt. Vom zweiten auf das dritte Quartal 1948 sei das amtlich gemessene industrielle Produktionsvolumen um nicht weniger als 30 Prozent gestiegen, während für das Jahr zuvor nur Zuwachsraten von durchschnittlich fünf Prozent berichtet wurden. Bezogen auf einzelne Waren war der Produktionsanstieg noch viel beeindruckender: »Im Juni wurden 49 000 Fahrräder hergestellt. Im August waren es 93 000. Bisher kamen pro Monat 680 000 Paar Straßenschuhe in den Handel – im August waren es 1 796 000.« Zwar wiesen spätere, vom Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen vorgenommene Berechnungen nach, dass das Produktionsniveau vor der Währungsreform grundsätzlich unterschätzt wurde, weil ein beträchtlicher Teil der für Hortungslager produzierten Waren nicht statistisch erfasst worden war und – wie die von Erhard zitierten Straßenschuhe und Fahrräder – statt als Reserve als Neuproduktion deklariert wa-

ren. Die tatsächlichen Zuwachsraten waren real deshalb weniger spektakulär als ausgewiesen. Doch blieb für die Industrie ein berichtigter Zuwachs von 21,5 Prozent im dritten Quartal gegenüber 14 Prozent im zweiten Quartal beachtlich.

Das Wachstumsargument half Erhard allerdings wenig, da die Unruhe in der Bevölkerung und das Unbehagen bei den oppositionellen Politikern und den Gewerkschaften vor allem durch eine ungerechte Verteilung des Zuwachses ausgelöst worden war.

Erhards Bemühen, der Bevölkerung wie den oppositionellen Politikern seine Wirtschaftsreformen zu erklären, sie aber nicht – auch nicht teilweise – zurückzunehmen, stieß auf wenig Verständnis. Kein Gehör fand Erhard z. B., wenn er zum Thema Hortung argumentierte, dass er das Horten zwar für »moralisch verwerflich« halte, es dann aber doch faktisch rechtfertigte, als er erklärte, dass ohne die gehorteten Waren, ohne dieses Polster, die Geldumstellung »vom ersten Tage an zum Scheitern verurteilt gewesen« wäre. Man solle doch bedenken, argumentierte Erhard, dass die Hortung als solche, d. h. als volkswirtschaftliches Phänomen betrachtet, eben doch ein unvermeidbares Moment der ganzen Währungsreform sei. Insofern hätten Hortungen gewissermaßen zum Kalkül der Reform gehört.

Wenn alle Argumente nicht halfen, dann verlegte sich Erhard auf Beteuerungen wie diese, dass seine Vision der Marktwirtschaft nichts zu tun habe mit dem »freibeuterischen Kapitalismus vergangener Tage«. Wenn der Wirtschaftsdirektor seine Beherrschung verlor, dann brach sich sein Zorn über die übelgesinnte Opposition auch schon mal in Schmähungen Bahn. »Aus dem hysterischen Gekeife der Kollektivisten aller Sorten«, griff er seine Widersacher an, »spreche die schlotternde Angst, dass sich das Volk den Fesseln der geistigen Bevormundung und Tyrannei einer ebenso machthungrigen wie seelenlosen Bürokratie und Bonzokratie entziehen könne«. Erhards Ausführungen – für die er sich später entschuldigte – waren nicht nur ungehörig, sondern auch sachlich unrichtig. Nicht die angebliche Denunziation seiner Wirtschaftspolitik durch SPD, KPD und Gewerkschaften brachten die Bevölkerung auf die Straße, sondern die Folgen seiner Preispolitik.

So sehr Erhard auch auf wachsendes Verständnis für die Marktwirtschaft bzw. auf Erziehung zum Abwarten der seiner Meinung nach unzweifelhaft eintretenden Erfolge seiner Wirtschaftsreform setzte, verließ er sich in seiner Auseinandersetzung mit den von der Währungsreform Enttäuschten nicht allein auf Rhetorik. Anfang September beschlossen Vertreter der Wirtschaftsverwaltung, »Normalpreislisten« auszuarbeiten und zu publizieren. Mit der durch den Preisspiegel gewonnenen Markttransparenz sollten die Konsumenten in die Lage versetzt werden, Preise zu vergleichen und entsprechend gezielt einzukaufen. Schließlich trat Anfang Oktober ein Gesetz gegen Preistreiberei in Kraft. Allen diesen Maßnahmen blieb der Erfolg versagt, falls es Erhard nicht sowieso nur um Kosmetik gegangen war. Der Preisspiegel blieb ohne Durchsetzungskraft, und der Preisauftrieb verlief ungebremst. Auch auf anderen Gebieten von Erhard unternommene Versuche, die Preise zu zügeln, waren nicht erfolgreich. Anfang August und Mitte September

wurde er deshalb mit Vorschlägen, den Preisauftrieb durch Verringerung der Geldmenge zu dämpfen, bei den Militärgouverneuren vorstellig. Schließlich standen ja noch Detailregelungen über die Freigabe von Geldern, die am Tag der Währungsreform als RM-Kontenstand zum Umtausch angemeldet worden waren, aus. Doch die Generäle bedauerten. Die Währungsreform war und blieb nun einmal ihre Angelegenheit. Und Clay wollte sich nicht noch einmal über die Auffassungen von Robertson und Koenig hinwegsetzen müssen.

Prinzipiell erfreute sich Erhard auch in den Monaten nach der Währungsreform Clays Wohlwollens. Der konservative Militärgouverneur orientierte sich an jenen liberalen amerikanischen Ökonomen, die die Meinung vertraten, dass das Auftauchen einer Klasse von Neureichen, das bei der Bevölkerung und der Opposition so große Empörung hervorrief, der Preis für wirtschaftliches Wachstum und insofern keineswegs beunruhigend sei. Die uneingeschränkte Befehlsgewalt des Militärgouverneurs schien die Weiterführung der Wirtschaftsreform gegen alle, die Erhard und seine Reformpolitik verurteilten, zu garantieren. Insofern konnte Erhard den Versuchen deutscher Regierungsgremien, seine Politik zu stoppen und ihn zum Rücktritt zu zwingen, guten Muts entgegnetreten.

Von der SPD hatte er nicht viel zu befürchten. Erhard war auf die Stimmen ihrer Abgeordneten nicht angewiesen. Die Sozialdemokraten fanden sich mit der Währungs- und Wirtschaftsreform ab, wenn sie diese auch lauthals als »einen der rücksichtslosesten Akte des Klassenkampfes von oben in der deutschen Sozialgeschichte« charakterisiert hatten.

Dennoch sah die Sache eigentlich für Erhard nicht gut aus, denn die Mehrheit, die im Quasi-Parlament Wirtschaftsrat das Leitsatzgesetz getragen hatte, wankte seit dem Spätsommer 1948. Zwar hatten die CDU/CSU-Vertreter sich am 17. August an dem von den Sozialdemokraten beantragten Misstrauensvotum gegen Erhard nicht beteiligt, so dass der Antrag mit 47 zu 36 Stimmen (CDU/CSU und FDP einerseits, SPD und KPD andererseits) zurückgewiesen werden konnte. Jedoch nahmen angesichts der Folgen der Währungsreform die Dissonanzen innerhalb der christlich-demokratischen Fraktion, die Erhards Wirtschaftspolitik »parlamentarisch« vor allem trug, von Woche zu Woche zu. Erhard erhielt von CDU-Politikern beschwörende Telegramme. Seine Wirtschaftspolitik zu erklären, bereitete immer größere Schwierigkeiten. Keine zwei Wochen nach der Abstimmung im Wirtschaftsrat wurde Erhard eingeladen, auf dem CDU-Parteitag der britischen Zone zu sprechen. Die Preissteigerungen, so Erhard in Recklinghausen, seien unecht, weil »ein Ausgleich von entfallenen Subventionen«. Im Übrigen werde all das binnen kurzem überwunden sein. Er zweifele nicht daran. Den Delegierten konnte er damit allerdings nicht ihre Probleme nehmen.

Kritische Stimmen, die sich gegen eine überstürzte Rückkehr zur Marktwirtschaft wandten, hatte es in der CDU/SCU bereits vor der Währungsreform gegeben. Sie fanden in dem Augenblick wieder stärkere Beachtung, als die längerfristigen Auswirkungen der Wirtschaftsreform sichtbar wurden. Die Preissteigerungen und



Ludwig Erhard auf dem Parteitag der CDU der britischen Zone in Recklinghausen, 28. August 1948.

der unerwartete Wegfall so vieler Bewirtschaftungsvorschriften bildeten den Ausgangspunkt der Kritik. Die CDU-Sozialausschüsse setzten sich mit der ihrer Meinung nach allzu liberalen Tendenz der Erhardschen Wirtschaftspolitik auseinander. Die Entwicklung nach der Währungsreform habe gezeigt, argumentierten sie, »dass manche Kreise der Wirtschaft nicht gewillt sind, den Anforderungen einer Sozialen Marktwirtschaft nachzukommen«. Deshalb müsse »der Staat eingreifen und sie dazu zwingen«. Die innerparteiliche Opposition auf dem linken Flügel der CDU entwickelte sich fast kongruent mit den Preissteigerungen. Ende September 1948 spekulierte die »Westfälische Rundschau« offen darüber, ob die Arbeitervertreter der Union bei einem neuen Misstrauensantrag gegen Erhard mit der SPD stimmen würden. Die CSU wollte sich nicht auf Dauer mit der Erhardschen Wirtschaftspolitik belasten. Der Vorsitzende ihres Wirtschaftsausschusses lehnte es im Namen des Gremiums ab, »das Wohl und Wehe der breiten Schichten des Volkes weiterhin einem freien und wilden Spiel der Kräfte zu überlassen«. Zuvor war einstimmig beschlossen worden, Erhard zum Rücktritt zu zwingen.

Anders als die CDU/CSU zögerte die FDP, die Erhard ein halbes Jahr zuvor als Wirtschaftsminister nominiert hatte, auch jetzt nicht, dessen Wirtschaftspolitik weiterhin zu unterstützen. Sie lehnte Maßnahmen wie verschärfte Preiskontrolle bzw. straffere Kontrolle der Einhaltung der noch vorhandenen Bewirtschaftungsregelungen ab, die ihrer Meinung nach zum erneuten Verlust wirtschaftlicher Freiheit führen würden.

Aus heutiger Sicht vermisst man im Chor der Befürworter der Erhardschen Wirtschaftspolitik die Unternehmerverbände. In ihrer heutigen Organisationsstruktur gab es sie allerdings im Herbst 1948 noch nicht. Als »Spitzenorganisation«, die »eine geschlossene ... schlagartige Vertretung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen ... der industriellen Unternehmer« gewährleistet, wurde der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) erst im Januar 1950 gegründet. Im selben Jahr entstand die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hatte sich schon früher, aber auch nicht vor dem Oktober 1949 formiert. Die relativ späte Zusammenfassung der nach dem Krieg wieder entstandener Unternehmer-Fachverbände in den Westzonen war auf die Politik der drei westlichen Besatzungsmächte zurückzuführen, die derartigen Zusammenschlüssen gegenüber eingedenk der Zusammenarbeit der Verbandsvertreter mit der Hitlerregierung im Rahmen der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft misstrauisch gegenüberstanden. Vorformen des späteren BDI wie der »Wirtschaftsverband der Eisen-, Blech und Metallwarenindustrie« und des BDA wie die »Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber der Westzonen« existierten zur Zeit der Währungsreform aber bereits. Doch nicht vor dem Februar 1949 trafen sich die Militärgouverneure Robertson und Clay erstmals mit Unternehmensvertretern und erklärten sich bereit, »die Bildung eines Arbeitgeberverbandes mit begrenzten Funktionen zu genehmigen«.

Obwohl die Unternehmer doch eindeutig Gewinner der Währungs- und Wirtschaftsreform waren, hielten es die Verbände offensichtlich für klüger, sich mit dem Lob der Marktwirtschaft bzw. der Verteidigung von Erhard in der Öffentlichkeit zurückzuhalten. Möglicherweise wollten sie den Zorn der Bevölkerung nicht auf ihre noch provisorischen und damit angreifbaren Organisationsformen lenken. Erhard war allerdings den Unternehmerverbänden kein Unbekannter. Er hatte sich bei ihnen bereits in der NS-Zeit u. a. mit Plänen zur Versorgung und Umsiedlung der Industrie im Saargebiet und Lothringen (der »Westmark«) und seit 1942 als Betreiber des »Instituts für Industrieforschung« in Nürnberg einen Namen gemacht. Erhard hatte damals enge Beziehungen zur »Reichgruppe Industrie« gepflegt und an deren Nachkriegsplanung mitgearbeitet.

Deshalb ist dem Gewerkschaftshistoriker Klaus Schönhoven zuzustimmen, wenn er meint, dass »ein schwer durchschaubares Zusammenspiel von Unternehmerverbänden« im Jahre 1948 bereits wieder existierte, die Fäden zwischen Erhard und den Verbänden geknüpft waren und ihm von dieser Seite Unterstützung zugesichert wurde. Geheimhalten ließ sich das offensichtlich nicht immer. Im Landesparlament von Württemberg-Baden erklärte der SPD-Abgeordnete Pflüger Ende Oktober 1948, er habe kein Vertrauen zum Wirtschaftsdirektor, »solange Professor Erhard von ›Hyänen der Wirtschaft‹ beraten werde ...«

Als ein wichtiges Indiz für Erhards Verbindungen zur Unternehmerlobby kann gelten, dass Erhards Wahlkampf 1949 von dem württembergischen Unternehmer Werner Plappert finanziert wurde, der in Heidenheim a. d. Brenz als Handelskam-

merpräsident und Oberbürgermeister wirkte. Plappert wurde Mitbegründer und Vorstandsmitglied des BDI, des BDA und des DIHT.

Erhard war in den Monaten nach der Währungsreform zwar die Zielscheibe aller gegen die negativen sozialen Folgen der Wirtschaftsreform gerichteten öffentlichen Angriffe, stand aber keineswegs allein. Nicht nur die Unternehmer, auch seine ordoliberalen Kollegen, insbesondere Miksch und Müller-Armack, hielten weiter zu ihm. Wichtiger war, dass Erhard auf Clay und damit die Militärregierung der Bizone bauen konnte. Sicherlich verlangte es Erhard einiges ab, angesichts der beinahe täglichen Angriffe auf seine Wirtschaftsreform weiterhin Zugeständnisse zu verweigern. Doch war seine Sturheit oder auch Unbeirrbarkeit keineswegs nur Charakter-sache. Erhard hatte als Befürworter einer möglichst ungestörten Regulierung der Wirtschaft durch den Markt das Vertrauen der Mächtigen und Einflussreichen auch während der ersten Monate nach der Währungsreform keineswegs verloren.

Waren die Unternehmerverbände die natürlichen Verbündeten Erhards, so sollten die Gewerkschaften als Lobbyisten des »kleinen Mannes« Widerpart für ihn sein.¹ Sie hatten sich nach dem Kriege (in den Westzonen wie in der Ostzone) als Einheitsgewerkschaften nach dem Motto »Ein Betrieb, eine Gewerkschaft« organisiert. 1947 wählte der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der britischen Zone (DGB/BBZ) Hans Böckler zu seinem Vorsitzenden. Der neue Dachverband vereinigte 15 nach Wirtschaftszweigen gegliederte Einzelgewerkschaften. Die Gewerkschaftsverbände in der britischen wie in der amerikanischen Zone wurden von der SPD dominiert. Sie hatte sich 1948 auf Zonenbasis zusammengeschlossen. Ein »Gewerkschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes« koordinierte die Arbeit der Gewerkschaftsspitzen in der Bizone. (Die Gründung eines alle Westzonen, also auch das französische Besatzungsgebiet umfassenden DGB erfolgte erst im September 1949.)

Die Gewerkschaften und der »kleine Mann« benötigten sich gegenseitig. Einerseits verfügten die Gewerkschaften, auf örtlicher, Landes- und Bizonenbasis organisiert, über jenes Maß an koordinierender Kraft, die eine Vielzahl von zersplitterten spontanen Aktionen in gezielte Schläge verwandeln konnte. Andererseits konnte nur Massenbeteiligung dem Willen der Gewerkschaften nach gesellschaftlichen Veränderungen die notwendige Wucht verleihen. Das Problem war während des Sommers und Frühherbstes 1948 allerdings, dass die Gewerkschaften und der »kleine Mann auf der Straße« bei der Verfolgung ihrer Ziele unterschiedliche Prioritäten setzten. Darauf wird in den folgenden Kapiteln noch einzugehen sein. In der britischen Zone waren 1948 2,8 in der amerikanischen 1,5 Millionen und in der französischen Zone 0,4 Millionen Arbeiter und Angestellte gewerkschaftlich organisiert. Der Organisationsgrad lag bei 40, 31 und 22 Prozent.²

1 Verbraucherverbände, wie sie heute in der Bundesrepublik existieren, spielten 1948 keine Rolle. Die ersten schlossen sich ab 1953 bundesweit in einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, ohne zunächst größeren Einfluss auf die Politik nehmen zu können.

2 In der sowjetischen Besatzungszone lag der Organisationsgrad bei 76,5 Prozent, die Zahl der Mitglieder belief sich auf 4,65 Millionen.

Seitens der alliierten Besatzungsmächte waren die Gewerkschaften bei ihrem organisatorischen Wiederaufbau weniger Restriktionen unterworfen worden als Unternehmerverbände und Parteien. Gemäß ihrem Selbstverständnis war es den Gewerkschaften der Westzonen eine Selbstverständlichkeit, dass ihnen eine Schlüsselrolle beim wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Westdeutschlands zu fallen müsse. In der Erinnerung eines der einflussreichsten Gewerkschaftsfunktionäre der britischen Zone und Vorstandsmitglied des DGB (BBZ), Werner Hansen, waren die Gewerkschaften im Westdeutschland der Nachkriegszeit nach den Alliierten die stärkste Macht. Wenn sich beispielsweise die Ernährungslage zuspitzte – so erinnerte sich Hansen in einem Fernsehinterview 1972 –, brauchten die Gewerkschaften sich nur an die Besatzungsmächte zu wenden, und schon wurden die zuständigen Länderminister zu einer Sondersitzung geladen. Wenn die nordrhein-westfälische Regierung in Düsseldorf wichtige Projekte vorbereitete, wurde Hans Böckler, der Vorsitzende des DGB (BBZ), gleichzeitig mit den Fraktionen informiert und konsultiert, und zwar nicht etwa durch einen Staatssekretär, sondern vom Regierungschef persönlich.

Diese inoffizielle Machtstellung der Gewerkschaften begann aber bereits 1947 zu bröckeln, als sich die von Sozialdemokraten dominierte Einheitsgewerkschaft zunehmend mit sich selbst, genauer: mit den Kommunisten in ihren Reihen, zu befassen begann. Mit zunehmender Schärfe des Kalten Krieges wurde die Auseinandersetzung mit den der KPD angehörigen Gewerkschaftern insbesondere im Ruhrbergbau mit wachsender Intensität geführt. Der entscheidende Dissenspunkt war die Haltung der Gewerkschaften zum Marshallplan, durch den, wie der US-amerikanische Deutschlandhistoriker Charles S. Maier schreibt, die »Entwicklung eines stramm antikommunistischen Westeuropas gefördert wurde«. Zur offenen Konfrontation mit den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären kam es nach dem positiven Votum des Bundesvorstandes des DGB (BBZ) zum Marshallplan im März 1948, als nur der Kommunist Wilhelm Agatz dagegen stimmte.

Ebenfalls zu Spannungen kam es 1948 zwischen dem DGB und den christdemokratischen Gewerkschaftern. Die christlichen Gewerkschafter stellten mit Unterstützung der CDU zunehmende Forderungen nach angemessener personeller Vertretung und programmatischer Berücksichtigung in der DGB-Spitze. Dadurch wurde die Position der Gewerkschaften insgesamt weiter geschwächt. Während die DGB-Führung sich aber bemühte, die CDU-nahen Gewerkschafter, die dazu tendierten, eine eigene Organisation zu gründen, in der Einheitsgewerkschaft zu halten, wurden die kommunistischen Gewerkschaftsvertreter im Ergebnis einer von der SPD unterstützten Kampagne entweder aus ihren Funktionen abgewählt

3 »Die nächsten Etappen der Ausschaltung der kommunistischen Gewerkschaftsopposition«, schreibt der Historiker Tilman Fichter, »bestand im Unvereinbarkeitsbeschluss von IG Metall und FDGB und in den Diszipliniierungsmaßnahmen des DGB: von allen KPD-Mitgliedern wurde eine Distanzierung von der Gewerkschaftspolitik der KPD ... verlangt. IG-Metall-Funktionäre, die diese Treuerklärung nicht unterzeichneten, wurden als gewerkschaftsfeindlich abgelehnt und ausgeschlossen.« Die KPD-Führung ihrerseits drohte ihren Gewerkschaftsfunktionären mit Parteiausschluss, wenn sie die Treue-erklärung unterschrieben.

oder im Interesse eines auch öffentlich gezeigten gewerkschaftsloyalen Verhaltens zum Verzicht auf ihre bisherige Parteibindung veranlasst.³

Verstärkt wurde der tendenzielle Machtverfall der Gewerkschaften noch durch einen mehr schleichenden Prozess, den der Gewerkschaftshistoriker Siegfried Mielke als »zunehmende Basisferne und Verfestigung der Gewerkschaftsorganisation« bezeichnete. Charakteristisch dafür waren die Äußerungen des Gewerkschaftsführers Fritz Tarnow, der auf einer Gewerkschaftsversammlung erklärte: »Die Gegenwart geht schwanger mit einer neuen Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. ... Es kann kein Zweifel sein, dass die Uhr der freien, privatkapitalistischen Produktionsordnung abgelaufen ist.«

Während die Gewerkschaftsführung unter Ignorierung der tatsächlichen Machtverhältnisse ihre Anstrengungen mehr und mehr darauf konzentrierte, umfassende Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und vor allem überbetrieblicher Ebene einzufordern, maß sie der Preis- und Lohnentwicklung, die sich seit der Währungsreform zunehmend gegen die Interessen ihrer Klientel wandte, vergleichsweise wenig Bedeutung bei. Das geschah immer in dem Bewusstsein, dass nach Durchsetzung der Mitbestimmungsrechte der DGB über Planungs- und Lenkungsmaßnahmen in der Lage sein würde, Auswirkungen unternehmerischen Profitstrebens, wie sie nach der Währungsreform zu beobachten waren, prinzipiell zu bekämpfen und ein für allemal zu beseitigen. Dabei erkannten die führenden Gewerkschafter nicht, dass neben dem wachsenden Widerstand seitens der Arbeitgeber vor allem die immer unfreundlicher werdende Haltung Clays gegenüber Mitbestimmungsforderungen, die über den Betrieb hinausgingen, und die generell spürbare Verschärfung des Kalten Krieges das Scheitern eines Großteils der gewerkschaftlichen Bemühungen um die Durchsetzung wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen 1948 absehbar machten.

Sichtbar wurde der Rückgang der Gewerkschaftsmacht dann mit der Währungs- und Wirtschaftsreform. Seine Vorstellungen zur Währungsreform hatte der DGB (BBZ) bereits 1947 niedergelegt. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften hatte im Auftrag des DGB eine ausführliche Stellungnahme zur geplanten Währungsreform erarbeitet, die die Gewerkschaftsforderungen zusammenfasste und besonderes Gewicht auf einen Lastenausgleich legte. Aber im Wirtschaftsrat waren die Gewerkschaften als Organisation nicht vertreten. Im Quasi-Parlament hätten sie sich der Sozialdemokraten zur Vertretung ihrer Interessen bedienen müssen. Doch wurde die Rolle des Wirtschaftsrats von den Gewerkschaften generell unterschätzt.

Unmittelbar vor dem Währungsschnitt, am 12. Juni 1948, forderte der Gewerkschaftsrat in einer EntschlieÙung, dass mit der Währungsreform

»1. auf allen für die Arbeitnehmer wesentlichen Gebieten umgehend eine Preisreform erfolgt, wodurch die zum erheblichen Teil überhöhten Preise auf ein tragbares Verhältnis zum künftigen Realeinkommen gebracht werden,

2. eine Steuerreform nach sozialen Grundsätzen ebenfalls mit der Währungsreform in Kraft gesetzt wird,

3. außer den rein geldtechnischen Maßnahmen der Währungsreform ein Lastenausgleich erfolgt, der insbesondere eine weitgehende progressive Vermögensabgabe vorsieht.«

Keine dieser drei wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften wurde mit Währungsreform und Leitsatzgesetz erfüllt. Eher war – durch die Steuerreform und die Preisfreigabe – das Gegenteil von dem eingetreten, was die Gewerkschaften gefordert hatten. Deren Reaktion musste verwundern. Der DGB (BBZ) griff in seiner ersten Stellungnahme einzelne Bestimmungen der Währungsreform zwar als unsozial an, lehnte die Reform jedoch nicht grundsätzlich ab. Erst wenn die im Gesetz spätestens für den Dezember 1948 versprochenen Festlegungen zum Lastenausgleich vorlägen, wollte der DGB darüber entscheiden, ob die Währungsreform sozial gerecht sei.

Als zweites die Gewerkschaften 1948 schwächendes Moment kam hinzu, dass der Währungsschnitt sie finanziell weitgehend matt gesetzt hatte. Die 11 Millionen RM Barvermögen des Gewerkschaftsbundes wurden auf 1,1 Millionen DM abgewertet. Davon durfte zudem nur die Hälfte abgehoben werden. In dieser Finanzsituation waren die Gewerkschaften kaum in der Lage, die laufenden Ausgaben zu decken, geschweige denn Streiks zu finanzieren. Dies war, neben der Bereitschaft, den Lastenausgleich abzuwarten, ein zweiter Grund, warum sich die Gewerkschaften angesichts der zunehmenden Proteste der Bevölkerung gegen Preistreiberei und zugunsten der Wiedereinführung einer umfassenden Bewirtschaftung doch überwiegend passiv verhielten. So blieb es denn in den Monaten Juli bis September 1948 seitens des DGB bei einer exakten Analyse der Preisentwicklung, dem Anprangern der durch Reallohnminderung eintretenden sozialen Verschlechterungen und bei der Forderung nach mehr Bewirtschaftung. Nur »wenn von der bisherigen Wirtschaftspolitik der ›freien Marktwirtschaft‹ nicht abgegangen« werde, wolle man »eine ebensolche Freiheit auf dem Gebiet der Lohngestaltung«, d. h. »die völlige Aufhebung des Lohnstopps sowie einen gesicherten Mindestlohn«, fordern.

Doch die Gewerkschaften hielten sich nicht an ihre eigenen Vorgaben. Die »freie Marktwirtschaft« von Erhard wurde nicht angetastet, aber zu Streiks um höhere Löhne riefen die Gewerkschaften – vor allem mit der Verfolgung ihrer Grundsatzziele auf dem Gebiet der Mitbestimmung beschäftigt – auch nicht auf.

Was die Interessen des »kleinen Mannes« betraf, so widmeten sich die Gewerkschaften ihnen nur am Rande. So schlugen sie ihrer Klientel einen Boykott vor, um die Verkäufer von überteuerten Waren zu zwingen, mit den Preisen herunter zu gehen.

Bekannt geworden ist vor allem der »Aufruf zum Käuferstreik« des Ortsausschusses Lübeck des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In ihm wurde verlangt: »Mit sofortiger Wirkung ist der Kauf von Kleidung, Wäsche und Haushaltswaren völlig einzustellen. Der Kauf von Lebensmitteln, soweit es sich um Genussmittel handelt, muss ebenfalls unterbleiben. Obst, Gemüse, Eier, Frischfisch, Marinaden

und ähnliche Bedarfswaren sollen den Händlern nur abgenommen werden, wenn diese bereit sind, die Preise erheblich herabzusetzen.«

Abgesehen davon, dass dies eine mehr oder minder »marktkonforme« Maßnahme war, stammte die Idee ursprünglich nicht aus dem Arsenal der Gewerkschaften. Soweit bekannt, war der erste Warenboykott bereits Anfang August in Fürth verabredet worden. Aus der Erkenntnis, dass Hilfe weder von der Landesregierung noch von den Gewerkschaften zu erwarten war, hatten damals Fürther Betriebsräte nach dreistündiger intensiver Debatte in einer »Stimmung völliger Verzweiflung« unter dem Motto »nur Selbsthilfe kann Preissteigerungen abstoppen«, über Käuferstreiks und andere Boykottmaßnahmen beraten. Etwa zur gleichen Zeit war es verschiedentlich zu spontanen Boykott-Aktionen gekommen, sobald sich die Käufer einigten, Händler, die besonders hohe Preise forderten, zu bestreiken.

An Käuferstreiks größeren Umfangs sollen, wie Eberhard Schmidt berichtet, die Gewerkschaften maßgeblich beteiligt gewesen sein, Aufrufe zum Käuferstreik blieben für viele Wochen die einzige konkrete Reaktion der Gewerkschaften auf die Forderungen der Bevölkerung nach Schritten gegen die durch die Währungsreform verursachten sozialen Verwerfungen. Aber in dem Maße, wie nach der Währungsreform die Unruhe unter den Arbeitern und Angestellten angesichts des immer offensichtlicher »ungleich gedeckten Tisches« größer wurde, sahen sich die Gewerkschaften zu entschiedeneren Maßnahmen gedrängt. Es sollte jedoch bis Ende Oktober dauern, bevor Bundesvorstand und Bundesbeirat des DGB (BBZ) auf ihrer Tagung in Münster in Westfalen bereit waren, ihre Prioritäten zu ändern und die Forderungen der Bevölkerung vor die strategischen gesellschaftspolitischen Ziele der Gewerkschaften zu setzen, in der Hoffnung, über das Eingehen auf die Wünsche der Masse der Bevölkerung auch ihren Mitbestimmungsforderungen erneut Wucht verleihen zu können.

Auf einmal hieß es nun vom DGB: »Die Maßnahmen, zu denen man sich unter dem Druck der Ereignisse in Frankfurt bisher verstanden hat, sind absolut nicht geeignet, spürbare Erleichterungen für die breiten Massen zu bringen. Dem Übelstand kann nur durch umfassende Maßnahmen auf lohn- und preispolitischem Gebiet abgeholfen werden. ... Die Gewerkschaften können und werden aus ihrem Verantwortungsbewusstsein ihrer Mitgliedschaft und der Allgemeinheit gegenüber nicht länger tatenlos zusehen.«

Niemand der in Münster Anwesenden konnte wissen, dass die Probe aufs Exempel bereits zwei Tage später stattfinden würde – am 28. Oktober 1948 in Stuttgart.

Die »Stuttgarter Vorfälle« vom 28. Oktober 1948

Der Leser wird erstaunt sein, dass ein ganzes Kapitel dieses Buches einem Ereignis gewidmet ist, von dem er zuvor kaum gehört haben mag. Sein Erstaunen wird sich noch steigern, wenn er beim Nachblättern in den gängigen Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik, Wirtschafts- und Sozialgeschichte eingeschlossen, kein Ereignis unter dem Datum des 28. Oktober 1948 findet.¹ Auch mir sagte dieses Datum anfangs nichts. Gestoßen bin ich auf die »Stuttgarter Vorfälle« bei Recherchen zum Generalstreik vom November 1948 (vgl. Kapitel 7).² In den Protokollen der Gewerkschaftsspitze der britischen Zone, die diese Aktion maßgeblich vorbereitete, ist wiederholt von ihnen die Rede. Es gelte »dafür zu sorgen, dass es zu solchen Vorfällen wie in Stuttgart nicht kommt«, hieß es in einer Stellungnahme führender Gewerkschaftsfunktionäre des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen zum in Vorbereitung befindlichen Streik. Bei der Ausgestaltung des geplanten Protesttages habe auf viele wirksame Kampfmaßnahmen verzichtet werden müssen, bedauerte der Gewerkschaftsführer Hansen. Er habe die sich daraus ergebenden Einschränkungen der gewerkschaftlichen Kampfkraft nur schweren Herzens hingenommen, »doch verlangte er von den Kollegen, dass sie sich angesichts der Situation, die nach den Stuttgarter Vorfällen geschaffen sei, eisern an diese Anweisung hielten«. Hansens Begründung: »Es gäbe eine Reihe von Elementen, die möchten, dass es zu Unruhen käme, doch dürften wir ihnen nicht den Gefallen tun.«

In diesem Kapitel geht es um die historische Rekonstruktion dieses Ereignisses aus der Vorgeschichte der Bundesrepublik, da die rückblickende Analyse der in der Geschichtsschreibung verschwiegenen Vorgänge für das Verständnis des »heißen Herbstes 1948« und die Vermittlung der wirklichen Geschichte der Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft unumgänglich ist.

Aus den Erwähnungen in den Protokollen der Sitzungen des DGB (BBZ) geht dreierlei hervor: Erstens handelte es bei den »Stuttgarter Vorfällen« um ein Ereignis von solcher Tragweite, dass es offensichtlich allen Gewerkschaftsfunktionären bekannt war. Sonst hätten diejenigen, die darauf Bezug nahmen, sich nicht mit Andeutungen begnügen können. Zweitens hatten die »Stuttgarter Vorfälle« Konsequenzen weit über Stuttgart hinaus: Sie beeinflussten die Politik der Gewerkschaften in der gesamten Bizone. Drittens handelte es sich bei den Vorfällen um »Unruhen«, die Gewaltanwendung einschlossen und die offenbar signifikant über die »Turbulenzen«, »Krawalle«, Protestkundgebungen und Protestdemonstrationen hinausgegangen waren, wie sie in den Monaten nach der Währungsreform in auf-

1 In der Ende 2007 erschienenen, von Theodor Bergmann herausgegebenen »Geschichte der Stuttgarter Metaller und Metallerinnen« ist erstmals in einer Monographie über die die Ereignisse des 28. Oktober in Stuttgart geschrieben worden.

2 Erste Rechercheergebnisse sind von mir Anfang 2007 im »Jahrbuch zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung« veröffentlicht worden.

steigender Linie in den gesamten Westzonen, besonders ausgeprägt aber offensichtlich südlich des Mains, zu beobachten gewesen waren.

Wie aus den Bezugnahmen der Gewerkschaftsspitze auf die »Stuttgarter Vorfälle« zu schließen ist, war sie von der Heftigkeit der Proteste in Stuttgart völlig überrascht worden. Als Bundesvorstand und Bundesbeirat des DGB (BBZ) am 26. Oktober in Münster in Westfalen tagten, hatten sie zwar konstatiert, dass »der Ruf nach Selbsthilfe bzw. nach einer gewerkschaftlichen Abwehraktion« in breiten Schichten der Bevölkerung »immer dringender« wird. Die Gewerkschaften sahen ein, dass sie sich an die Spitze der Proteste setzen müssen. Sie hatten allerdings auf »gewerkschaftliche Solidarität und Disziplin« gebaut und gehofft, »der Dinge Herr zu bleiben«.

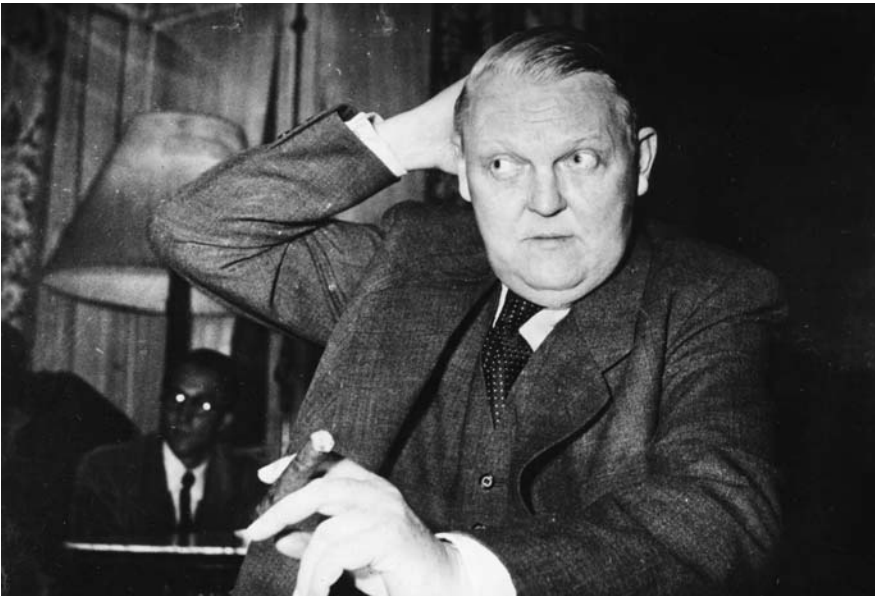
Alarmiert wegen des zunehmenden Unruhepotentials waren nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Besatzungsmächte, die britische wie die amerikanische und auch die französischen. Clay, obwohl Anhänger der freien Marktwirtschaft und Unterstützer von Erhards Wirtschaftspolitik, waren die zunehmenden sozialen Probleme in der Bizone, die er als Militärgouverneur vor allem vom Standpunkt von Ordnung, Sicherheit und politischer Stabilität zu betrachten hatte, nicht entgangen. »Es fiel der Arbeiterschaft schwer, in den Schaufenstern dringend nötige Gebrauchsgüter zu sehen, die ihre Kaufkraft überstiegen, und es war für sie nicht leicht zu begreifen, dass die deutsche Wirtschaft noch keinen normalen Lebensstandard gewähren konnte«, schrieb der General in einem 1950 in den USA veröffentlichten Rückblick auf seine Zeit als Militärgouverneur. Clay entging auch nicht, dass »die Arbeiterschaft anfangs, eine Erhöhung der Löhne oder besser noch die Wiedereinführung der Rationierungen zu fordern«. Auch sah er, dass es nach der Währungsreform »zum ersten Mal seit Monaten eine nennenswerte Arbeitslosigkeit gab«. Eine »Gefährdung der inneren Sicherheit« durch die Gewerkschaften erwartete Clay jedoch nicht. Ungeachtet seines prinzipiellen Streits mit ihnen um das Mitbestimmungsrecht und die Sozialisierung der Betriebe beurteilte Clay die westdeutschen Gewerkschaften grundsätzlich positiv, seitdem sie in Zusammenhang mit ihrer Zustimmung zum Marshallplan ernst damit gemacht hatten, die Kommunisten aus Führungsfunktionen zu verdrängen. Mit jeder neuen Gewerkschaftswahl, erinnerte sich Clay in seinen Memoiren, verringerte sich die Zahl kommunistischer Funktionäre. »Der Höhepunkt kam 1948, als August Schmidt der tüchtige und gescheite Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, nicht nur die Wiederwahl des kommunistischen Zweiten Vorsitzenden, Wilhelm Agatz, verhinderte, sondern auch dafür sorgte, dass überhaupt keine kommunistischen Vertreter in den Zentralrat des Verbandes gelangten.«

Beunruhigt war der amerikanische Militärgouverneur durch die wachsende Missstimmung unter den Arbeiter dennoch, denn er glaubte, »dass der Einfluss der Kommunisten an der Basis«, unmittelbar bei den Vertretungen der Arbeiter in den Fabriken und Werken, wo sie noch immer einen beträchtlichen Teil der Betriebsräte stellten, »am stärksten war«.

Aus Stimmungsberichten der Landratsämter bzw. Regierungspräsidien wussten auch die Landesregierungen um das Unruhepotential unter der Bevölkerung, und sie bereiteten sich auf eine Verschärfung der »Turbulenzen« vor – nicht ökonomisch, nicht politisch, sondern polizeilich.

Die andauernden, an Umfang zunehmenden und sich hinsichtlich ihrer politischer Zielrichtung zuspitzenden Proteste in bayrischen Groß- und Kleinstädten veranlassten z. B. das bayerische Innenministerium Ende Oktober 1948, die Einsatzfähigkeit der Polizei zu erhöhen. Um den zu erwartenden Unruhen vorzubeugen, »werden in verschiedenen Lagern besondere Formationen der Landespolizei zusammengestellt und kaserniert«, hieß es in einer Zeitungsmeldung vom 20. Oktober 1948. Vermutlich ähnlich dachte und handelte man in Württemberg-Baden, dem nördlichen Teil des heutigen Baden-Württemberg. Allerdings hatte man dort nicht mit dem Ausmaß der Proteste gerechnet, die dann in Stuttgart ausgetragen wurden und war seitens der Landespolizei an einem bestimmten Punkt nicht mehr »Herr der Lage«.

Warum waren die Protestaktionen so mächtig, warum gerieten diese Proteste gerade in Stuttgart außer Kontrolle? Musste es überhaupt Stuttgart sein? Eine Großstadt war wahrscheinlich, wegen des Vorhandenseins einer signifikanten Zahl gewaltbereiter Demonstranten, die sich eins fühlten mit der Masse der gegen die »Währungsgewinnler« Protestierenden. Mit einer relativ kleinen Gruppe Unzufriedener wäre die örtliche Polizei schon fertig geworden. Eine Stadt, in der



Ludwig Erhard, Ende der vierziger Jahre in Paris.

bzw. in deren näheren Umgebung große Werke lagen, aus deren Belegschaften sich zweifellos das Gros der Kundgebungsteilnehmer rekrutierte, musste ebenfalls vorhanden sein. Auch dies spricht für Stuttgart, in dessen nächster Nähe sich die Stammwerke von Daimler und Bosch befanden, deren Belegschaft auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch nach Tausenden zählte. Vor allem die Bosch-Belegschaft hatte in den Nachkriegsjahren wiederholt spontan die Arbeit niedergelegt, um eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung zu erreichen.

Doch prinzipiell unterschied sich die Unzufriedenheit in Stuttgart wenig von der in München, Nürnberg oder den Städten des Ruhrgebiets. Über ähnliche Voraussetzungen wie die württembergische Metropole verfügte eine ganze Zahl anderer Großstädte der Bizone. Gewiss, in Württemberg-Baden hatte es am 3. Februar 1948 eine umfangreiche Streikaktion gegeben, an der sich eine Millionen Menschen beteiligten. Weitaus eindrucksvoller war aber ein Generalstreik in Bayern mit einer Beteiligung von 1,3 Millionen Beschäftigten im Januar des Jahres gewesen. Es scheint so, dass es bis zu einem gewissen Grade Zufall war, dass die gereizte Stimmung gerade in Stuttgart in gewaltsame Demonstrationen umschlug.

Und es war vermutlich gerade dieser Umstand, der die »Stuttgarter Vorfälle« in den Augen der Obrigkeit so gefährlich erscheinen ließ. Sie konnten sich an einem zweiten oder dritten Ort, in vielen anderen Städten wiederholen, wenn den Protesten nicht Einhaltung geboten wurde – sei es nun durch staatliche Gewaltanwendung, durch Kanalisierung der Proteste in friedliche Verlaufsformen oder – am sichersten – durch das Eingehen auf die Forderungen der Protestierenden. Während und nach den »Stuttgarter Vorfällen« sollten alle drei Mittel Anwendung finden. Doch zunächst mehr über die Ereignisse vom 28. Oktober 1948 selbst.

Begonnen hatten die »Stuttgarter Vorfälle« ganz geordnet mit einer gewerkschaftlichen Protestkundgebung, wie sie die Gewerkschaftsführungen in der Bizone wenige Tage zuvor als Ventil für den Unmut und um den Einfluss der Gewerkschaften auf die Protestbewegung zu sichern, generell unterstützt hatten. Ausgangspunkt war eine vom Stuttgarter Ortsausschuss der Gewerkschaften für den 22. Oktober 1948 einberufenen Betriebsrätevollversammlung. Die Betriebsräte äußerten gegenüber dem anwesenden Vertreter des Gewerkschaftsrates der Bizone heftige Vorwürfe über die bisher zögerliche Haltung der Gewerkschaftsführung. In einem Bericht der »Stuttgarter Zeitung« über die Betriebsrätetagung hieß es: »Fast durchweg wurde von den Debattenrednern die besänftigende Politik der Gewerkschaftsführung kritisiert.« Die Betriebsräte beschlossen für den 28. Oktober nach dem Motto »Nicht nur reden, sondern handeln« zu einer Protestversammlung auf dem innerstädtischen Karlsplatz aufzurufen. Die Kundgebung sollte um 15 Uhr beginnen.

Über den Zweck der Kundgebung hieß es in der »Stuttgarter Zeitung«: »Die Verbraucher sollten in einer Massendemonstration zeigen, dass ihre Geduld erschöpft sei, dass sie nicht mehr gewillt seien, die Preise hinzunehmen, die von den Produzenten oder vom Handel oder von beiden festgesetzt: manche sagen, diktiert

werden und die mit dem durchschnittlichen Einkommen der Verbraucher nun einmal nicht in Einklang zu bringen sind.« Die Angaben über die Anzahl der auf dem Stuttgarter Karlsplatz Versammelten schwankten in den Presseberichten zwischen 30 000 und 50 000. In der von Theodor Bergmann herausgegebenen Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter ist sogar von 90 000 bis 100 000 Anwesenden die Rede. Bei den Kundgebungsteilnehmern handelte es sich vor allem, aber nicht nur, um aufgebrachte Arbeiter. Zuvor war in allen Stuttgarter Betrieben zwischen 13 und 14 Uhr die Arbeit niedergelegt worden. Viele Belegschaften marschierten offensichtlich geschlossen zum Karlsplatz.

Die Demonstranten »führten einige rote Fahnen und zahlreiche Transparente« mit sich. Letztere sind insofern aufschlussreich, als sie Auskunft über die Stimmung der versammelten Menge geben. Zu sehen waren Losungen wie »Wir wollen leben, nicht vegetieren!«, »Herunter mit den Preisen!«, »Fort mit Professor Erhard!« Auch trugen Demonstranten einen Galgen, unter dem eine Schlinge baumelte, an der ein Schild befestigt war: »Weg mit dem Preiswucher – oder ...!«

Einziger Redner war der Vorsitzende des Ortsausschusses des Württemberg-Badischen Gewerkschaftsbundes Hans Stetter. Er führte aus, diese Kundgebung sei »als letzte Warnung an alle diejenigen zu betrachten, die kaltschnäuzig aus der Not des Volkes neuen Reichtum scheffeln wollen«. Der Redner beschrieb die Verhältnisse vor und nach der Währungsreform und brandmarkte diejenigen, die sich seit dem 20. Juni mit Hilfe gehorteter Waren bereichert hatten. Stetter konstatierte, dass die »Frankfurter Wirtschaftspolitik unter Ludwig Erhard untragbare Verhältnisse geschaffen« habe. Die Gewerkschaften seien nicht mehr gewillt, noch länger zuzusehen. Stetter forderte einen »radikalen Kurswechsel der Frankfurter Wirtschaftspolitik, eine Kontrolle der gesamten Produktion und Kalkulation, der Preisgestaltung, feste Verkaufspreise für notwendige Bedarfsartikel, scharfes Vorgehen gegen Wucher und Preistreiberei sowie gegen Steuerhinterzieher«. Notwendig sei eine Erhöhung von Löhnen, Gehältern, Renten und Fürsorgeunterstützungen. Nur eine planmäßige, den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasste Wirtschaft könne eine »Änderung der gegenwärtigen Lage herbeiführen«. In anderen Passagen seiner Rede kritisierte Stetter die der Bevölkerung durch die Amerikaner aufgebürdeten hohen Besatzungskosten und die von ihnen vorgenommenen Demonstrationen. Der Redner schloss seine Ausführungen mit der Erklärung, dass die Gewerkschaften zum Kampf aufrufen würden, wenn man sie dazu zwänge. Er appellierte an alle Einsichtigen und die Verantwortlichen, sich des Ernstes der Lage bewusst zu sein. Die Arbeiterschaft sei nicht gewillt, noch länger zu schweigen.

In Sinne von Stetters Ausführungen wurde zum Abschluss der Kundgebung ein an den Wirtschaftsrat in Frankfurt gerichtetes Telegramm verabschiedet. Es lautete: »Zehntausende Schaffende demonstrierten am 28. Oktober in Stuttgart unter Führung der Gewerkschaften gegen Wucher und Preistreiberei. Sie fordern schärfste Maßnahmen gegen diese Auswüchse und eine sofortige Änderung des falschen Wirtschaftskurses. Wenn nicht unverzüglich spürbare Abhilfe geschaffen wird,

bleibt nur noch der Weg zur Selbsthilfe. Zu dieser Selbsthilfe werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln greifen.«

Während der Ansprache von Stetter verhielten sich die Kundgebungsteilnehmer im Wesentlichen ruhig. Es habe nur einige Zwischenrufe gegeben, hieß es in den Presseberichten. Als Stetter in einer Redepassage von Selbsthilfe sprach wurde aus der Menge gerufen: »Aber gleich, warum warten?« Als zum Abschluss der Kundgebung die Resolution an den Wirtschaftsrat verlesen wurde, war bei den Zuhörern ungeachtet der Unmissverständlichkeit und Schärfe des Textes Enttäuschung zu spüren. Von verschiedenen Seiten ertönten Rufe wie: »Warum wieder Telegramme und Resolutionen? Warum keinen Taten?« Die Gewerkschaft erklärte die Protestveranstaltung nach Verlesen der Resolution für aufgelöst.

Die Kundgebungsteilnehmer begaben sich indessen vom Karlsplatz über die Königsstraße, die Stuttgarter Hauptgeschäftsstraße, welche sich über einen Kilometer lang vom Hauptbahnhof bis zum Schauspielhaus erstreckt, nach Hause. So glaubten jedenfalls die Veranstalter. Was tatsächlich geschah, las sich zwei Tage später in der »Stuttgarter Zeitung« so: »Einige Gruppen von Menschen empörten sich über die elegante Ausstattung und die hohen Preise im Modehaus Stahl. Mit Steinen wurde eine Fensterscheibe eingeworfen. Als Polizeibeamte eingriffen, wurden sie mit Stöcken angegriffen. Auch die Oberlichter der Schaufensteranlage der Firma Luxus wurden durch Steinwürfe zertrümmert. Die Polizeibeamten drängten die Menge zurück, und als Verstärkung eintraf, wurde von Dächern und von der gegenüberliegenden Seite mit Steinen gegen die Polizei geworfen.«

Die in München erscheinende auflagenstarke »Neue Zeit«, für die deutsche Bevölkerung herausgegeben von der amerikanischen Besatzungsmacht, bestätigte im Wesentlichen den in der Regionalzeitung geschilderten Ablauf: »Die Unruhen begannen damit, dass einige Gruppen aus der abströmenden Menschenmasse in der Königsstraße zwei Luxusgeschäfte zertrümmerten.« In einer anderen Quelle erwähnt werden auch Steinwürfe gegen parkende PKW, die damals noch nicht »des Bundesbürgers liebsten Kind« waren, sondern »gleichfalls ein Zeichen von Luxus, den sich nur wenige leisten konnten«.

Die deutsche Polizei rief die Military Police zur Hilfe. Den amerikanischen Militärpolizisten gelang es »mit aufgepflanztem Seitengewehr und Tränengas«, die Stuttgarter Einkaufsmeile bis 17 Uhr zu räumen. Dabei kam es wiederholt zu tätlichen Angriffen auf die Polizeiketten.

Die Auseinandersetzungen verlagerten sich mehr und mehr auf den Bahnhofsvorplatz, d. h. das Gelände der Schlosstraße³ zwischen Bahnhofseingang und Postamt. Dort wurden die amerikanischen Jeeps »mit Gejohle« empfangen, die Angehörigen der Military Police durch Jugendliche mit Steinen beworfen und mit Messerstichen bedroht. Es gab Verletzte unter den Amerikanern wie schon zuvor unter den deutschen Polizisten. Unter großen Mühen gelang es der Militärpolizei bis 18.30 Uhr angesichts massiven Widerstands, auch den Bahnhofsvorplatz zu räumen. Nochmals war Verstärkung angefordert worden, und General Clay hatte sich zu har-

tem Durchgreifen entschlossen. Gegen weitere »Zusammenrottungen« an verschiedenen Stellen der Innenstadt, die sich »bis in die späten Abendstunden« fortsetzten, kamen schließlich die herbeigerufenen Panzer zum Einsatz, ebenso eine Kavallerieeinheit. Nunmehr gelang es, die Protestierenden endgültig zu zerstreuen.

Berichte in anderen Zeitungen bestätigen im Wesentlichen, was die »Stuttgarter Zeitung« und »Neue Zeit« berichteten. In der »Welt«, Hamburg, wurde die Zahl der in der Königstraße bzw. am Hauptbahnhof Widerstand leistenden Demonstranten mit 5 000 bis 6 000 angegeben. »Neues Deutschland« in Berlin meldete »von unterrichteter Stelle«, dass die Stuttgarter Polizei anlässlich der Kundgebung vorsorglich »höchste Alarmstufe« angeordnet und die Landespolizei herbeigerufen hatte. Verletzte gab es auf beiden Seiten, bei Demonstranten und Ordnungskräften. Unter den Verletzten befanden sich sowohl Deutsche als auch Amerikaner. Die Zahlenangaben dazu schwanken, ebenso die Angaben über die von der deutschen Polizei und der Military Police verhafteten Teilnehmer der Demonstration.

General Clay ließ für Stuttgart eine zeitlich unbefristete Ausgangssperre von 21 Uhr bis 4 Uhr morgens verhängen. Die war ernst gemeint. Die »Stuttgarter Zeitung« berichtete: Drei Tage nach den »Vorfällen« hatten sich 38 Personen vor dem Schnellgericht der amerikanischen Militärregierung zu verantworten, die am Samstag und Sonntag von der Polizei nach 21 Uhr auf der Straße angetroffen worden waren. Am 3. November 1948 meldete die »Stuttgarter Zeitung«, dass ein Sonderausschuss der Militärregierung die »Vorgänge« untersuche. Nicht vor Abschluss der Untersuchung werde das Ausgeh- und Versammlungsverbot aufgehoben.

Militärgouverneur Clay hatte sich, als er anordnete, mit Panzern gegen die Demonstranten in Stuttgart vorzugehen, zu einem außerordentlichen, bis dahin für Westdeutschland beispiellosen Vorgehen entschlossen. Wenn man bedenkt, was am 28. Oktober an Verletzungen von Ruhe und Ordnung tatsächlich eingetreten war, erscheint dieser Schritt ungerechtfertigt. Dieser Meinung waren jedenfalls der Direktor der Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles LaFolette, ebenso wie Ministerpräsident Reinhold Maier und der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Klett, der verharmloste: »Was tatsächlich geschehen ist, sind ein paar zerbrochene Fensterscheiben.«

Clay sah den Vorfall jedoch nicht aus der Warte der eingeworfenen Fensterscheiben oder der verletzten Polizisten, sondern in einem grundsätzlich anderen Licht. Er hatte erkannt: Was in Stuttgart geschehen war, konnte angesichts der aufgebrachten Stimmung der Bevölkerung Westdeutschlands an anderem Ort demnächst wieder passieren. »Ich war nicht bereit, ein solches Vorgehen zu dulden«, zitiert der Clay-Biograf Backer den Militärgouverneur, »wenn ich es hingenommen hätte, dann hätte es zu weiteren und ernsteren Zwischenfällen und zu Blutvergießen kommen können.« Sein Vorgehen in Stuttgart, einschließlich des Eingreifens der Panzer, sollte der Einschüchterung der Opposition gegen den marktwirtschaftlichen Kurs dienen, den Clay für richtig hielt, letztlich auch unter sicher-

heitspolitischen Gesichtspunkten. Denn Erhards Wirtschaftskurs würde auch nach Clays Auffassung zu einem raschen Wachstum führen, und »man könnte die Kommunisten nur dadurch schwächen, dass man die Wirtschaft in Westdeutschland stärkte«. Die einzige organisierte Kraft von Bedeutung, die den Erhardschen Kurs noch gefährden konnte, waren die Gewerkschaften, deren Führung sich Ende Oktober 1948 dazu durchgerungen hatte, sich an die Spitze der Forderungen der Bevölkerung nach einem Ende der Preistreiberei sowie nach der Einhaltung der noch bestehenden und Wiedereinrichtung aufgegebenen Bewirtschaftungsregelungen zu stellen und die mit der Währungsreform eingeführte freie Marktwirtschaft zurückzunehmen. Ein Exempel war deshalb nicht nur an randalierenden Demonstranten zu statuieren, sondern auch an dem unfreiwilligen Initiator der Unruhen, Hans Stetter.

Clay beorderte den Stuttgarter Gewerkschaftsführer am Morgen nach den Vorfällen unverzüglich zu sich nach Frankfurt/Main. Er war für ihn ein »deutscher Arbeiterführer, der eine gegen die Militärregierung gerichtete Hetzrede gehalten« und damit den Kommunisten in die Hände gespielt hatte. Vergeblich versuchte sich Stetter zu verteidigen. Er räumte ein, bei der Einberufung der Protestkundgebung unter dem Druck der Betriebsräte, unter denen auch eine Anzahl Kommunisten waren, gestanden zu haben. In seinen Ausführungen auf dem Karlsplatz habe er sich an die generelle gewerkschaftliche Kritik an »untragbaren Verhältnissen« gehalten und Forderungen nach einem »radikalen Kurswechsel der Frankfurter Wirtschaftspolitik« erhoben, wie sie zur Zeit gewerkschaftsüblich waren. Kein Gehör fand bei Clay auch seine Beteuerung, dass die Kundgebung ja friedlich beendet habe. Um zu verhindern, dass die Kommunisten sich zu Wort melden könnten, habe er, nachdem er die Demonstration für beendet erklärt hatte, das Lautsprechersystem sofort abschalten lassen. Alles Argumentieren half Stetter nicht. Er begriff auch nicht, dass Clay am Beispiel von Stettens Behandlung denen seiner Meinung nach mit dem Feuer spielenden Gewerkschaftsführern der Bizone eine Warnung zukommen lassen wollte. Stetter sah sich zu Unrecht »sehr anmaßend« behandelt und war über das »Gespräch« mit Clay außerordentlich verstört.

Auch das weitere Verhalten des amerikanischen Militärgouverneurs bei der Abarbeitung der »Stuttgarter Vorfälle« lässt erkennen, dass es Clay nicht darum ging, diese als Protest gegen eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für Arbeiter und Angestellte, gegen eine zunehmende soziale Polarisierung und eine einseitig die Gewinner der Wirtschafts- und Währungsreform begünstigende Wirtschaftspolitik, die die Wünsche der Bevölkerung ignorierte, zu werten. Vielmehr war ihm daran gelegen, die »Stuttgarter Vorfälle« als Verschwörung finsterner Kräfte zu charakterisieren, die auf den Umsturz der Nachkriegsgesellschaft, wie sie sich in Westdeutschland zu etablieren begann, zielten. Wenige Stunden nach der Beendigung des Einsatzes der Militärpolizei machte ihr Kommandeur gegenüber Associated Press (AP) – für den Gebrauch durch die Zeitungsredaktionen also – eine bemerkenswerte Aussage. »Die Menge würde sich nach Schluss der

Demonstration in Ruhe zerstreut haben«, verriet Capt. Charles G. Ives, »wenn nicht offenbar systematisch verteilte Gruppen von Jugendlichen begonnen hätten, die Demonstranten zu Übergriffen aufzuhetzen. Er könne nicht beurteilen, ob es sich dabei um kommunistische Elemente oder um Nazianhänger gehandelt habe.« Ives Angaben standen im Gegensatz zu denen der Stuttgarter Polizei, die nach Verhören der von ihnen verhafteten Demonstranten »keine Bestätigung einer Anwesenheit kommunistischer Elemente« feststellte.

Ives Ausführungen gegenüber Associated Press verfehlte in den Medien ihre beabsichtigte Wirkung nicht. In der konservativen Presse der Westzonen hob ein Lamento an. Daraus, dass einige der verhafteten Demonstranten, deren Heimatort – gezielt? – veröffentlicht wurde, nicht aus Stuttgart bzw. Württemberg oder Baden stammten, sondern von weiter her kamen – einer bezeichnenden Weise aus »Dresden (SBZ)« – wurde geschlossen, dass es sich bei der Stuttgarter Demonstration um einen von fremden Kräften bzw. von einer fremden Macht gesteuerten Umsturzversuch gehandelt habe.

Die Frankfurter »Abendpost« sah folglich in einem »Mit Bajonett und Panzern« überschriebenen Leitartikel bereits am 29. Oktober für Westdeutschland den Weg in eine »Diktatur von links« vorgezeichnet.

Diese Art Anschuldigungen wogen angesichts des sich durch die Berliner Blockade gerade in Deutschland verschärfenden Kalten Krieges schwer. Der Ortsausschuss der Stuttgarter Gewerkschaften ging zu dem, was am 28. Oktober in Stuttgart geschehen war, auf Distanz. Er verurteilte rasch die von »unliebsamen Elementen« inspirierten Gewalttätigkeiten, wenn er auch gleichzeitig erkennen ließ, dass solche Zwischenfälle durch »habgierige Geschäftemacher« und ihre Duldung durch die Behörden provoziert worden waren. Selbst der KPD-Landesvorstand Württemberg-Baden kam Anfang November nicht umhin, sich von den »Vorfällen in der Königstraße« zu distanzieren.

Dabei hatte es unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse in Stuttgart selbst genügend Stimmen gegeben, die die Berechtigung der Proteste – allerdings nicht der Ausschreitungen – anerkannten. Wenn auch die Mittel falsch gewählt wurden, so sei der Zweck der Proteste doch klar, hieß es in einem Kommentar in der »Stuttgarter Zeitung« vom 30. Oktober. »Die Verbraucher Stuttgarts wollten in einer Massendemonstration zeigen, dass ihr Geld erschöpft sei, dass sie nicht mehr gewillt sei(en) die Preise hinzunehmen.« Ein Kommentator in der »Stuttgarter Zeitung« am 1. November entwickelte sogar Verständnis dafür, dass es nicht bei einer friedlichen Demonstration geblieben war: »Bei der Verhöhnung der arbeitenden Bevölkerung durch die hohen Preise sind solche Exzesse verständlich. Wie viel Scherbenhaufen sind schon entstanden durch den Preiswucher bei den Menschen. Wie viele Menschen haben schon den Gashahn aufgemacht, weil sie nicht mehr ein noch aus gewusst haben!«

Durch den gezielten Hinweis auf eine kommunistische Verschwörung wurde mit Erfolg versucht, von den sozialen Ursachen für die Vorfälle abzulenken, wurde

das, was in Stuttgart geschehen war, der Szenerie des Kalten Krieges zugeordnet. Fragt man ernsthaft, welchen Einfluss die Kommunisten auf die Stuttgarter Proteste gehabt haben könnten und geht man von der damaligen innerhalb der KPD benutzten Taktik des »sich Einbringens in die Gewerkschaftsproteste« aus, so ist anzunehmen, dass ein Teil der Transparente und eventuell ein Teil der roten Fahnen, die auf der Kundgebung gezeigt wurden, der wirkliche »kommunistische Beitrag« zum Protest gegen die Teuerung waren.

Die vorgenommene politisch völlig einseitige Charakterisierung der »Stuttgarter Vorfälle«, die der Oberbürgermeister der Stadt als »unglaublich übertrieben« bezeichnete und die der Gewerkschaftsvorsitzende des DGB (BBZ) Böckler ebenfalls als »Übertreibung« kritisierte, wurde bereits wenige Tage, nachdem die Medien sie in die Welt gesetzt hatten, zum wirksamen Instrument einer Politik, die darauf abzielte, eine Rücknahme der mit der Währungsreform eingeleiteten ordnungspolitischen Kehrtwende in Westdeutschland zu verhindern.

Zum Abschluss dieses Kapitels bleibt noch zu klären, warum die Stuttgarter Protestaktion in keiner gängigen Geschichte der Bundesrepublik (die in der Regel auch deren Vorgeschichte ab 1945 mit einschließt) auftaucht, obwohl es sich eindeutig um mehr als ein Ereignis von nur regionaler Bedeutung handelte, das – bezüglich der Konfrontation zwischen Demonstranten und Ordnungskräften – für die (Vor-) Geschichte der Bundesrepublik singulären Charakter trug. Das Schweigen über die »Stuttgarter Vorfälle« wird noch unverständlicher, wenn man bedenkt, welchen Raum der einzige Einsatz von Panzern der Besatzungstruppen gegen Demonstranten in der sowjetischen Besatzungszone in den von westdeutschen Historikern verfassten Geschichtsbüchern einnimmt. Die wahrscheinliche Antwort ist, dass die »Stuttgarter Vorfälle« deshalb verschwiegen werden, weil sie ein schlechtes Licht auf die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik werfen könnten. Das betrifft einerseits die Legende vom rundherum erfolgreichen Start in die Marktwirtschaft, bei der nach Erhards Leistung die Bevölkerung positiv überrascht und gefordert die Ärmel hochkrepelte, um anzupacken. Das betrifft andererseits die politische Geschichte: Panzer gegen Demonstranten – das passt zur Diktatur im Osten, nicht aber zur Geschichte der »geglückten Demokratie« (Wolftrum) im Westen Deutschlands.

Der limitierte Generalstreik vom 12. November 1948

Während die Ereignisse vom 28. Oktober 1948 in Stuttgart in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik nahezu in Vergessenheit gerieten, findet die Streikaktion vom 12. November 1948 in historischen Darstellungen immerhin Erwähnung. Allerdings hat es der Leser schwer, sich ein Bild zu machen, was an diesem Tage wirklich geschah. Denn bei den verschiedenen Autoren weichen die Informationen über Umfang, Ausrichtung, Ablauf und Erfolg bzw. Misserfolg der Streikaktion deutlich voneinander ab.

Es sei bei dem Generalstreik darum gegangen, die als ungerecht empfundene Begünstigung der Sachwertbesitzer durch die Währungsreform mittels Einrichtung eines Lastenausgleichs zugunsten der Lohnempfänger zu korrigieren, charakterisiert Michael Schneider in seiner »Kleinen Gewerkschaftsgeschichte« das Ziel der Aktion – zusammen mit der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. Mit dem Streik am 12. November 1948 sollte der Wirtschaftsdirektor aus dem Amt gehoben werden, meint der Erhard-Biograf Alfred C. Mierzejewski. Die Gewerkschaften hätten »vor allem drakonische Maßnahmen gegen Wucherer, Steuerbetrüger und Horter und die Rückkehr zur strengen Bewirtschaftung im Ernährungssektor« verlangt, heißt es bei Hans Woller in seiner Untersuchung über die Nachkriegsgesellschaft in der amerikanischen Besatzungszone. Volker Hentschel, ein anderer Erhard-Biograf, hält Generalstreik für ein zu großes Wort für das, was da am 12. November 1948 geschah. Demgegenüber sieht Lucy Redler in ihrer Geschichte der »Politischen Streiks in Deutschland nach 1945« die Aktion vom 12. November 1948 als den »einzigsten politischen Streik in der Geschichte der Bundesrepublik, der die Machtverhältnisse im objektiven Sinn in Frage stellte«.

Dem Generalstreik wollte nur eine Minderheit folgen, informiert Weimer den Leser, während Schönhoven in seiner Geschichte der deutschen Gewerkschaften schreibt, dass der Streikaufruf seitens der Arbeiter »massenhafte Unterstützung« erhielt. Beier, ein linker Historiker, der in einer Monographie über die Ziele der Gewerkschaftsbewegung in der frühen Bundesrepublik ausführlicher auf den Verlauf des Generalstreiks eingeht, weiß sogar, »dass die Arbeit in den Betrieben fast hundertprozentig ruhte«. Prollius spricht davon, dass am 12. November 1948 – bei ihm um ein Jahr später datiert, wahrscheinlich ein Druckfehler – »die bis heute größten Demonstrationen, die Wiedervereinigung einmal ausgenommen, mit Teilnehmern in Millionenhöhe« stattfanden, während Beier und Redler den Generalstreik in einem anderen Sinne als Demonstrationstreik definieren: als zeitlich begrenzte Machtdemonstration, im Unterschied zum Kampfstreik, der bis zur Erfüllung aller Forderungen geführt wird oder aber mit einer Niederlage endet. Beier weist darauf hin, dass Demonstrationen an diesem 12. November strikt verboten waren. »Der Streiktag, ein dunkler Freitag im November, verlief in feiertäglicher

Stille.« Möglicherweise deswegen ist er in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik später auch als »Feiertagsstreik« bezeichnet worden.

Die Streikaktion, von dem die keineswegs als gewerkschaftsfreundlich geltende »Welt« unmittelbar danach berichtete, dass sie zum ersten Male nach dem Kriege die gesamte Ruhrindustrie zum Erliegen gebracht habe und die das Blatt als »größten Ausstand Westdeutschlands seit mehr als 20 Jahren« – d. h. nach dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch – charakterisierte, ist mehr als die in den meisten Publikationen zur Geschichte der Bundesrepublik übliche kurze und oft missverständliche Erwähnung wert. Für das Verständnis der Herausbildung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik hatte dieser Tag besondere Bedeutung.

Die unmittelbare Vorgeschichte des Generalstreiks begann am 26. Oktober 1948. An diesem Tag einigten sich der Bundesvorstand und der Bundesbeirat des DGB (BBZ) angesichts »der augenblicklichen katastrophalen Lage«, die »als Folge der Politik des Wirtschaftsrates in Frankfurt anzusehen« sei, darauf, »dass dem Missverhältnis zwischen Löhnen und Preisen ein Ende gemacht werden muss«. Zu diesem Zweck seien »sofort energische Maßnahmen vorzubereiten«. Ein Generalstreik wurde anvisiert.

Das bedeutete für manche DGB-Funktionäre, auch für die Vorsitzenden Hans Böckler, eine Wende um 180 Grad. Ein dreiviertel Jahr zuvor hatte er noch, als es um Streiks für eine Verbesserung der Kartenzuteilungen ging, auf einer Funktionärskonferenz der Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen erklärt: »Aber wenn nun immer wieder der Gedanke auftaucht: Generalstreik, dann muss ich mich und müssen sich mit mir alle Verantwortlichen fragen, welches soll der Zweck sein und was kann im günstigsten Fall als Ergebnis herauskommen.« Böckler vertrat in diesem Zusammenhang die Ansicht, »dass der größte Streik uns auch nicht ein einziges Korn, ein einziges Brot mehr bringt«. Am 26. Oktober sah er das anders.

Beim Zustandekommen dieses Beschlusses hatte das Wissen der Funktionäre um die immer bedrohlichere Stimmung auf der Straße und die Unzufriedenheit der Betriebsräte eine wesentliche Rolle gespielt. In der Diskussion im Beirat hatten Streikbefürworter wiederholt darauf verwiesen, dass »der Ruf nach Selbsthilfe bzw. nach einer gewerkschaftlichen Abwehraktion immer dringender wird«. Vor allem die Proteste begleitenden Ausschreitungen bereiteten den Gewerkschaftern Kopfzerbrechen. Die Gefahr, dass die Bevölkerung den Kampf gegen die sozialen Folgen der Währungsreform in seine eigenen Hände nehmen würde, war auf der Beiratstagung an jenem 26. Oktober allgegenwärtig. Im Protokoll der Beratung wurde abschließend vermerkt »Wir hoffen aber, ... der Dinge Herr zu bleiben.«

Die anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre dürften sich bei diesen Beratungen an ihre Erfahrungen mit größeren Streikaktionen der Nachkriegszeit erinnert haben, bei denen es noch um den Kampf gegen den Hunger bzw. um eine Verbesserung der Kartenversorgung gegangen war. Einige der Anwesenden mochten sich daran erinnern, dass immer dann, wenn sich die Gewerkschaften nicht an die Spitze der Unzufriedenen gesetzt hatten, wie z. B. im Falle der erst ein dreiviertel

Jahr zurückliegenden Hungerstreiks in Bayern, immer wenn sie im Gegenteil alles getan hatten, um die »wilden Streiks« einzudämmen und zu beenden, die Gewerkschaftsorganisation an Ansehen unter der Arbeiterschaft und bei den Mitgliedern verloren hatte. Schon im Interesse der Verhinderung des weiteren Verfalls ihrer seit der Währungsreform sichtbar bröckelnden Positionen sah sich die Gewerkschaftsspitze zu Aktionen gezwungen.

Ganz in diesem Sinne formulierte der geschäftsführende Vorstand des DGB auf seiner Sitzung am 2. November in Düsseldorf: »Der Vorstand ist der Auffassung, dass eine 48-stündige allgemeine Arbeitsruhe als Demonstration des gewerkschaftlichen Willens im Verfolg des Beschlusses von Münster durchgeführt werden soll. Es soll versucht werden, die amerikanische und die französische Zone in die Aktion einzubeziehen. Die britische Zone wird auf jeden Fall, unabhängig von der Entscheidung des Gewerkschaftsrates (der Bizone – J R.) die Demonstration durchführen.«

Hinsichtlich der inhaltlichen Forderungen war man sich in Düsseldorf einig geworden. Die Gewerkschaften forderten:¹

»1. die amtliche Verkündung des wirtschaftlichen Notstandes.

2. Zur Überwindung des Notstandes zeitlich befristete außerordentliche Maßnahmen:

a) Einsetzung eines Preisbeauftragten mit besonderen Vollmachten;

b) Erlass eines dem Notstand angepassten Preis-, Kontroll- und Wuchergesetzes;

c) erweiterte Vollmachten und Verpflichtungen für Polizei und Behörden zur wirksamen Bekämpfung von Preiswucher, Warenhortung und illegalem Warenhandel;

d) schnellste Aburteilung von Verstößen gegen Gesetze und Anordnungen in Verbindung mit dem Notzustand in einem besonderen Verfahren.

3. Beschleunigung des Jedermann-Programms und seine Erweiterung in einem Ausmaß, das den Verhältnissen zwischen vordringlichem Massenbedarf und weniger vordringlichem Bedarf gerecht wird.

4. Neuordnung der Steuererfassung und drakonische Strafmaßnahmen gegen Steuerbetrüger und deren Mithelfer.

5. Wirksame Maßnahmen, um beim Lastenausgleich den Sachwertbesitz sowie die Sachwertgewinne aus Warenhortung und Preiswucher zu erfassen und für einen gerechten sozialen Ausgleich zu verwenden.

6. Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der vollen Erfassung und Bewirtschaftung im Ernährungssektor.

7. Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite sowie für den Außenhandel und den Großverkehr.

8. Überführung der Grundstoffindustrie und Kreditinstitute in Gemeineigentum.

1 Zitiert wird aus der am 6. 11. 1948 vom Gewerkschaftsrat der Bizone verabschiedeten Fassung des Forderungskatalogs.

9. Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

10. Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 und 9 von den (Landes-)Parlamenten bereits beschlossenen Gesetze.«²

Umfang und Rangfolge der Forderungen lassen erkennen, dass die Gewerkschaftsspitze bereit war, ihre in den vergangenen Monaten deutlich gewordene Abgehobenheit gegenüber den Tagesforderungen der Arbeiter und Angestellten aufzugeben. Sie war bestrebt, den Unmut zu akzeptieren, aber auch zu kanalisieren und für die Durchsetzung ihrer unmittelbaren Interessen, d. h. zur Durchsetzung der »strategischen« Ziele einzusetzen.

An der Spitze der Liste waren sechs Forderungen gestellt, die auch bei den örtlichen Protestkundgebungen im Mittelpunkt standen. Sie trugen überwiegend ökonomischen, aber auch (ordnungs-)politischen Charakter. Die von der Gewerkschaftsführung für entscheidend gehaltenen politischen Ziele folgten erst als Nr. 7 bis 10. Sie waren durchweg strategischer Art und zielten auf eine Umgestaltung der Machtverhältnisse.

Bei den zunächst benannten, überwiegend ökonomischen Forderungen, den in den Augen der Gewerkschaftsführung »taktischen Zielen«, fehlte eigentlich nur die Lohnerhöhung. Das war Absicht. Der Gewerkschaftsrat hatte darauf verzichtet, sie in den Forderungskatalog aufzunehmen, weil er erstens hoffte, die auch von ihm als unbedingt notwendig betrachtete Reallohnsteigerung durch Preissenkungen zu erreichen. Zweitens war den Gewerkschaftsvertretern aus Erfahrung klar, dass in einer Zeit rasch wachsender Arbeitslosigkeit Lohnerhöhungen nur schwer erkämpft werden konnten. Die Gewerkschaft saß in diesem Bereich nach der Währungsreform am kürzeren Hebel.

Die KPD nutzte diese Forderungslücke der SPD dominierten Gewerkschaften und legte in ihren Streiklosungen auf die Forderung des Einkommensanstiegs besonderen Wert. Im Katalog der Losungen, die kommunistische Orts- und Betriebsgruppen auf den Kundgebungen auf Transparenten zeigen sollten, stand die Forderung: »Wir wollen mehr kaufen können, darum Lohnerhöhung« an der Spitze.³

Die Streikbeschlüsse von Münster und Düsseldorf wurden allerdings in den wenig später durch die Behandlung der »Stuttgarter Vorfälle« seitens der amerikanischen Besatzungsmacht noch einmal auf die Probe gestellt. Die Militärregierung bemühte sich sichtlich, die Vorkommnisse in der Landeshauptstadt Württemberg-Badens als Ausdruck einer »kommunistischen Verschwörung« zu interpretieren.

2 So hatte z. B. die im Dezember 1946 angenommene Hessische Verfassung in Artikel 41 die Überführung von Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Energie, des gesamten Schienenverkehrs in Gemeineigentum vorgesehen. Die Durchsetzung von Artikel 41 wurde seitens der amerikanischen Besatzungsmacht ausgesetzt. Im August 1948 verweigerten die Militärgouverneure Clay und Robertson ihre Zustimmung zu einem vom nordrhein-westfälischen Landtag beschlossenen Gesetz zur Sozialisierung der Kohlewirtschaft.

3 Wegen der Umwandlung des geplanten Generalstreiks in eine reine Arbeitsruhe ohne Demonstrationen und Kundgebungen entfielen diese Versuche der KPD, die Zielsetzung des Streiks zu beeinflussen.

Die »Stuttgarter Vorfälle« lieferten so den Gegnern von Kampfaktionen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung zusätzliche Argumente. Durch die Auslegung der »Stuttgarter Vorfälle« als »kommunistisch gelenkt« geriet die Streikidee der Gewerkschaftsführung zwischen die Fronten des Kalten Krieges, der, gerade durch die Blockade West-Berlins angeheizt, der westdeutschen Öffentlichkeit suggerierte, dass die Gefahr einer »kommunistischen Übernahme« groß sei.

Es dürfte dem Gewerkschaftsvorsitzenden Hans Böckler in dieser Situation keine Freude bereitet haben, ein Telegramm des frischgebackenen neuen FDGB-Vorsitzenden der sowjetischen Besatzungszone, Herbert Warnke, zu erhalten, der ihm schrieb: »Wir schätzen die Lage äußerst ernst ein und sind nach reiflicher Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass es einem Pflichtversäumnis gleichkäme, würden wir Euch nicht wissen lassen, dass wir zu jeder Zeit und Stunde bereit sind, mit Euch zu beraten, wie wir unter Einsatz aller neun Millionen (deutschen) Gewerkschaftler kraftvoll und siegreich den sich steigernden Angriffen der Reaktion begegnen können.« Das war am 6. November. Das Schreiben Warnkes war den zuständigen alliierten Stellen schon bekannt, bevor es auf dem Schreibtisch des DGB-Vorsitzenden landete. Am 8. November wurde Warnkes Brief in der ostdeutschen Gewerkschaftszeitung »Tribüne« abgedruckt.

Direkt über die britische Besatzungsmacht war zuvor der Vorstand des DGB (BBZ) über einen Aufruf des Landesvorstandes der KPD Nordrhein-Westfalen informiert worden, in dem dargelegt wurde, wie der bevorstehende Generalstreik zur Durchsetzung von Forderungen der KPD genutzt werden sollte.

Als sich die Vertreter des Gewerkschaftsrats der Bizone vom 4. bis 6. November trafen, ging es nicht mehr – wie ursprünglich vorgesehen – nur noch um die Formulierung des Streikaufrufs und um die Festlegung organisatorischer Einzelheiten des Streikablaufs. Vielmehr stand die Idee »einer machtvollen Demonstration des gewerkschaftlichen Willens« grundsätzlich erneut zur Diskussion. Zu diesem Zeitpunkt hatten die britische und amerikanische Militärregierung bereits zu erkennen gegeben, dass sie den Streik prinzipiell nicht billigten, ihn aber unter bestimmten Auflagen genehmigen würden. Der Militärgouverneur der französischen Zone, Marie Pierre Koenig, hatte dagegen verlauten lassen, dass er in seiner Zone einen Generalstreik nicht dulden würde. Darüber unterrichtet, hatte der Gewerkschaftsrat darauf verzichtet, den Allgemeinen Gewerkschaftsbund der französischen Zone zu den vorbereitenden Gesprächen heranzuziehen. Eine Entscheidung, die von den dortigen Gewerkschaften bedauert wurde.

Als sich die Vertreter des Gewerkschaftsrates der britischen und amerikanischen Zone am 4. November in Frankfurt am Main trafen, wurden erhebliche Differenzen in erster Linie zwischen den immer noch kampfbereiten Vertretern der britischen und den zögernden Gewerkschaftsvertretern der amerikanischen Zone deutlich. Die Diskussion ging darum, ob überhaupt noch bzw. mit welchen Mitteln das Zehn-Punkte-Forderungsprogramm, auf das sich die Gewerkschaftsspitze

bereits geeinigt hatte, durchgesetzt werden sollte. Zwei Tage Streik seien zu lang, monierten die einen, schon weil keine Streikunterstützung gezahlt werden könne. Eine allgemeine Arbeitsruhe zu verkünden, sei übertrieben, meinten die anderen, man sollte mit Einzelaktionen beginnen und erst danach – wenn nötig – flächendeckend wirksam werden. Mit einem solchen Konzept würden sich auch die zögernden Gewerkschaftsführer der amerikanischen Zone eher einverstanden erklären.

Gleich am ersten Tag der Diskussion innerhalb der Gewerkschaftsspitze der Bizone kam es zu zwei Interventionen von außen – Zeichen, dass die Gespräche der Gewerkschaftsführer in Westdeutschland mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt wurden. Kurz nach Beginn der Verhandlungen erschien ein Regierungsrat und überreichte eine offizielle Einladung »von Prof. Dr. Erhard zu einer Besprechung mit den Mitgliedern des Gewerkschaftsrates«. Die Gewerkschaftsführer, denen noch Erhards Rundfunkrede vom 16. Oktober in den Ohren klang, in der er sie als »Bonzokratie« beschimpft hatte, hielten ein Gespräch mit Erhard für nutzlos. Man einigte sich schließlich darauf, an Stelle von Erhard mit dem Chef des Verwaltungsrates, Hermann Pünder zu verhandeln. Das war allerdings insofern ein formaler Kompromiss, weil Pünder ohnehin nicht ohne Erhard erscheinen würde.

Zur zweiten Intervention kam es am frühen Nachmittag des 4. November. Telefonisch meldete sich die amerikanische Militärregierung (OMGUS) aus Berlin. Ein Mr. Silver erklärte, er rufe im Auftrag seines Chefs, Clay, an. Silver teilte mit, dass die Militärregierung informiert sei über das, was von den Gewerkschaftsvertretern gerade diskutiert würde. Er verlangte, dass die Gewerkschaftsfunktionäre die gefassten Beschlüsse »durch keine drastischen Maßnahmen in die Tat umsetzen sollten«, ehe man nicht mit dem amerikanischen und britischen Militärgouverneur Rücksprache genommen hätte.

Die Zusammenkunft der Gewerkschaftsführer mit den Militärgouverneuren fand am 8. November statt. Vorher noch, bereits am Abend des 5. November, hatte die Gewerkschaftsspitze mit Oberdirektor Pünder und anderen Direktoren des Verwaltungsrates verhandelt. Erhard war in seiner Funktion als Direktor des Wirtschaftsrates anwesend. Böckler trug die zehn Forderungen der Gewerkschaften vor. Pünder und Erhard, die Wortführer auf Seiten des Verwaltungsrates, erklärten, dass sie es »aus wirtschaftspolitischen Anschauungen ablehnen müssten, die in diesen Forderungen enthaltenen Konsequenzen zu ziehen, insbesondere soweit es sich um die Wiedereinführung wesentlicher Formen der Bewirtschaftung und einer bis nahezu 80- bis 90-prozentigen Ausweitung des Jedermann-Programms handelte«. Die den Gewerkschaftsvertretern besonders am Herzen liegende und von ihnen nochmals betont vorgetragene Forderung nach »gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung« wurde von Pünder und Erhard ebenfalls abgelehnt.

Gewerkschaftsvertreter und Verwaltungsratsdirektoren trennten sich bereits nach anderthalb Stunden. Oberdirektor Pünder erklärte, dass der Verwaltungsrat die Vorschläge prüfen und dem Gewerkschaftsrat seine Stellungnahme »Anfang oder

Mitte nächster Woche«, d. h. bis spätestens zum 10. November, aber in jedem Falle noch vor dem beabsichtigten Generalstreik, zukommen lassen würde.

Am 12. November, das wurde von den Gewerkschaftsführern am 6. November zum Abschluss ihrer dreitägigen Debatte noch beschlossen, sollte ein 24-stündiger – nicht mehr 48-stündiger, auf die Bizone beschränkter – Generalstreik durchgeführt werden, falls der Verwaltungsrat bis dahin auf die Forderungen der Gewerkschaften noch nicht eingegangen war.

Den Gewerkschaftsvertretern kam die Verzögerung einer endgültigen Entscheidung keineswegs ungelegen. Im Falle, dass der Verwaltungsrat zustimme – wenn auch nicht in allen, so doch in wesentlichen Punkten –, konnte noch auf den beabsichtigten Generalstreik verzichtet werden. Damit war man aus dem Dilemma heraus, das darin bestand, dass die Bevölkerung einerseits »ernsthafte« Zeichen von den Gewerkschaften verlangte. Andererseits waren die Gewerkschaftsvertreter in ihrer Mehrheit der Auffassung, sich in der gegebenen politischen und finanziellen Situation einen Generalstreik – noch dazu überwiegend um Brot- statt Machtfragen – nicht leisten zu wollen.

Wie das Treffen zwischen Gewerkschaftsführern und den von den Militärgouverneuren benannten Generalen, das am 8. November in der Garnisonsstadt Melle, zwischen Bielefeld und Osnabrück gelegen, stattfand, im Einzelnen verlief, ist nicht genau bekannt. Böckler hatte vor dem Abflug dorthin erklärt, es bestehe durchaus noch die Möglichkeit, zusammen mit den Militärgouverneuren eine Kompromisslösung zur Verhinderung des Generalstreiks zu finden – vorausgesetzt die Militärregierung ginge auf die zehn Forderungen der Gewerkschaften ein. Diese zeigte sich – wie schon früher – bezüglich der Forderungen nach Sozialisierung und überbetrieblicher Mitbestimmung nicht kompromissbereit und verwies die Forderungen nach Preisregulierung und Bewirtschaftungsmaßnahmen an die Zuständigkeit des Wirtschaftsrates. Letztlich hatte die Besatzungsmacht zu entscheiden, welches Wirtschaftssystem in Westdeutschland durchgesetzt werden sollte, und General Clay schwankte in seiner Auffassung nicht. So lief das Treffen im Wesentlichen darauf hinaus, Einzelheiten des Streikablaufs mit den Gewerkschaftsvertretern durchzugehen.

Aus anschließenden Bekundungen über den Modus der Durchführung des Generalstreiks war zu erkennen, dass die Militärs jede Menge Auflagen erteilt hatten, um das Risiko des »Missbrauchs der Streikaktion« durch »eine Reihe von Elementen, die möchten, das es zu Unruhen käme«, zu verhindern. Der Generalstreik sollte nicht mehr Generalstreik heißen. Das würde es den Besatzungsmächten erlauben, ihn als rein gewerkschaftliche, demzufolge unpolitische und innerdeutsche, nur die Bizone betreffende Angelegenheit zu behandeln, d. h. grundsätzlich nicht eingreifen zu müssen.⁴

4 Der Militärgouverneur der französischen Besatzungszone teilte diese Auffassung nicht, schätzte den Streik als einen politischen ein. Er verbot den Ausstand für Rheinland-Pfalz, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern.

Auf einer der Vorbereitung des Streiks dienenden Funktionärskonferenz des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen musste Hansen vor Gewerkschaftsfunktionären erklären, dass der Vorstand ausdrücklich beschlossen habe, »die Aktion nicht als Generalstreik zu bezeichnen; es soll vielmehr eine Demonstration des gewerkschaftlichen Willens sein, als eine Warnung und ein Auftakt zu weiteren Maßnahmen, falls die aufgestellten gewerkschaftlichen Forderungen nicht erfüllt werden«. Um am 12. November »solche Vorfälle wie in Stuttgart« zu verhindern, wurde die »Demonstration gewerkschaftlichen Willens« fast all dessen beraubt, was Arbeitsniederlegungen gewöhnlich ausmachte und die Gegner der gewerkschaftlichen Forderungen hätte beeindruckend machen können: »Kundgebungen, Versammlungen und sonstige Betriebs- und Belegschaftszusammenkünfte« durften nicht abgehalten, Demonstrationen nicht organisiert, Transparente oder Fahnen nicht gezeigt werden. Nicht einmal Streikposten sollten vor den Fabriken und Werken stehen. Lediglich das Kleben von Plakaten und Verteilen von Flugblättern unmittelbar vor Streikbeginn blieb erlaubt. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie Clays Experten, die die »Stuttgarter Vorfälle« ausgewertet hatten, jede Phase jener Ereignisse durchgegangen waren und überlegt hatten, wo an welchen Stellen und ab wann die veranstaltende Gewerkschaften die Kontrolle über den Ablauf der Aktion verloren hatten. So etwas durfte sich nicht wiederholen.

Zum Zeitpunkt der Gespräche mit den Militärs wartete die Gewerkschaftsführung immer noch geduldig auf die Stellungnahme des Verwaltungsrates zu den zehn gewerkschaftlichen Forderungen. Diese wurde dann auf einer Sitzung dieses Gremiums am 10. November abgegeben. Pünder konzipierte zunächst, »dass der Verwaltungsrat in manchen Punkten durchaus mit den Gewerkschaften übereinstimme, jedoch die geplante Arbeitsniederlegung unter gar keinen Umständen zu billigen sei«. Seine Institution sehe in einer derartigen Maßnahme, wie sie die Gewerkschaften beabsichtigten, nur eine empfindliche Störung des bisher unverkennbaren Wiederaufstiegs der gesamten Wirtschaft. »Wir beklagen die von der Gewerkschaftsleitung verfügte Arbeitsruhe zutiefst, werden uns aber hierdurch nicht von dem als richtig erkannten Weg ... im Geringsten abbringen lassen.«

Das bedeutete, wie die in Düsseldorf versammelten Gewerkschaftsführer der britischen Besatzungszone feststellen mussten, »eine völlige Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen«.

Angesichts der kompromisslosen Haltung des Verwaltungsrats blieb den Gewerkschaften eigentlich nichts weiter übrig, als mit dem Streik ernst zu machen. Und doch stand auf der für den Nachmittag des 11. November einberufenen Sitzung des Bundesvorstandes und Beirates im Bundeshaus in Düsseldorf das Streikvorhaben noch einmal auf der Kippe. Denn in den letzten Tagen war eine Situation eingetreten, die nach einem nochmaligen Überdenken der Streikabsicht auf einer außerordentlichen Sitzung des Bundesvorstandes und des Beirates verlangte. Für Beunruhigung sorgte einmal, dass die Eisenbahnergewerkschaft, die bisher den Streikbeschluss mitgetragen hatte, nunmehr unter fadenscheinigen Begründungen

ihre Teilnahme absagte, woraufhin auch die Postgewerkschaft verkündete, dass sie sich der Streikaktion nicht anschließen könne, wenn die Eisenbahner fernblieben. Weiterhin hatte sich in Bayern »die Situation in den letzten beiden Tagen sehr zuungunsten der Aktion entwickelt«, wie Vorstandsmitglied Lorenz Hagen mitteilte. Fast alle Landesvorstände hätten Bedenken gegen die Streikaktion geäußert. Betriebsräte hätten versichert, dass die Stimmung in den Betrieben sehr ablehnend sei. »Wir sollten versuchen, einen anderen Weg (des Protestes) zu finden«, meinte Hagen. Auch der Vertreter von Württemberg-Baden vertrat die Ansicht, »dass es noch einige Zeit brauchte, um die Arbeiterschaft von der Notwendigkeit der Aktion zu überzeugen.« Er schlug deshalb vor, »den Termin dieser Aktion zu verschieben«. Sieht man einmal von Bremen/Bremerhaven ab, dann stand in der amerikanischen Besatzungszone nur noch Hessen fest hinter dem Streikbeschluss.

Zweifel an Sinn und Zweck der geplanten Arbeitsruhe äußerten zunehmend auch die Vertreter der christlichen Mitgliedschaft der Gewerkschaften, die sich am 8. November in Königswinter am Rhein in der britischen Besatzungszone versammelt hatten. In einem Fernschreiben, das am 9. November beim Gewerkschaftsrat der Bizone in Frankfurt am Main eingetroffen war, hatte es geheißt: »Aus der Besorgnis heraus, dass die geplante Arbeitsruhe zu dunklen parteipolitischen Zwecken missbraucht werden könnte, deren Nutznießer allein der Kommunismus sein würde, wurden Bedenken wegen der Aktion geäußert.« Diese Bedenken blieben allerdings nicht gewerkschaftsintern, sondern waren »durch einen Vertrauensbruch nach außen gedrungen«, wie ein Vertreter der Gewerkschaftsführung in Düsseldorf wütend feststellte. Die durch Indiskretion öffentlich gewordenen Bedenken der christlichen Gewerkschafter waren ein gefundenes Fressen für die rechten Medien, von denen die Frankfurter »Abendpost« zu den »Stuttgarter Ereignissen« bereits geschrieben hatte: »Es besteht der dringende Verdacht, dass die Gewerkschaften infolge ihrer einseitigen kommunistisch-marxistischen Durchdringung allmählich dazu übergehen, die Demokratie zu bekämpfen.«

»Mit allen Mitteln wird versucht, den eigentlichen Sinn und Charakter dieser Demonstration des gewerkschaftlichen Willens zu missdeuten, ihr Motive zu unterschieben, die nicht vorhanden sind und durch Darlegungen und Äußerungen, die sehr schief, oft sogar wahrheitswidrig sind, Verwirrung in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen«, wehrte sich der stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB (BBZ) gegen die Verleumdung des bevorstehenden Generalstreiks in den Medien. »Besonders seltsam und bezeichnend ist auch die Tatsache, dass jetzt alle Welt Kopf steht, weil die Gewerkschaften nun einmal ihren Willen bekunden wollen. Da wird geredet und geschrieben von den schädlichen Folgen einer solchen Aktion für die Wirtschaft und von der Verantwortlichkeit der Gewerkschaften. Sehr selten findet man aber in der Presse und der ganzen öffentlichen Propaganda die Erkenntnis, dass diese Arbeitsruhe Ursachen hat. ... Man findet es in der Ordnung, dass andere Volksgruppen die Not des Volkes in selbstsüchtiger Weise zu persönlicher Bereicherung missbrauchen, dass Schieber und Wucherer

und schnöde Gewinnsucht ihr frivoles Spiel treiben, auch wenn die materielle Not der schaffenden Menschen immer größer wird. ... Aber wenn die Arbeitnehmer die gebührende Antwort geben, ist man aufgeregt. Dann ist das sozialistisch, marxistisch, kommunistisch, dann ist das unverantwortlich.« Mit der zitierten Erklärung wandte sich der DGB, zugunsten eines Streiks argumentierend, an die Öffentlichkeit.

In der Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaftsführern um die Durchführung des Generalstreiks spielten die Anschuldigungen der christlichen Gewerkschaften und die Medienkampagne eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Diskussion innerhalb des Gewerkschaftsrates erreichte an jenem Nachmittag des 10. November ihren Höhepunkt, als von Vertretern der amerikanischen Zone mit einem Male eine Urabstimmung in den Betrieben verlangt wurde, bevor zum Streik geschritten werden sollte. Damit stand der für den 12. November geplante Streik auf des Messers Schneide. Es war wohl das leidenschaftliche Plädoyer von Albin Karl, den der Gewerkschaftshistoriker Beier als »streitbaren Fabrikarbeiterführer« charakterisierte, für die »Demonstration gewerkschaftlichen Willens«, das unter den versammelten Gewerkschaftsführern den Ausschlag für die Entscheidung gab, am Generalstreik festzuhalten.

Albin Karl hatte von sich Reden gemacht, als er am 6. November einen offenen Brief an Erhard geschrieben hatte, den die Gewerkschaftszeitung »Der Bund« am gleichen Tag unter der Überschrift »Es wird gefährlich, Herr Prof. Erhard!« veröffentlichte. In seiner Rede zugunsten eines Streikbeschlusses auf der Gewerkschaftsratsitzung am 10. November erklärte Albin Karl: »Heute sehen wir, dass ein Teil unserer Kollegen nicht mitmachen will. Wenn wir Rücksicht nehmen sollten auf die eventuellen Pannen, die entstehen könnten oder darauf, dass Austritte erfolgen könnten, müssten wir gleichzeitig bedenken, dass der größte Teil unzufrieden wäre, wenn die Aktion nicht durchgeführt werden würde. Was für Gründe wollen wir angeben, wenn wir die Aktion abblasen? Es würde nur Unruhe unter unseren Kollegen geben, die radikalen Elemente bekämen Auftrieb, und es würde Befriedigung bei unserem Gegner auslösen. Unsere eigenen Leute könnten wir zu einer späteren Aktion nicht mehr führen, und unsere soliden Kollegen, auf die wir uns stützen, glauben dann mit Recht, an uns zweifeln zu dürfen. Auch die Öffentlichkeit nimmt uns dann nicht mehr ernst.« Der Generalstreik wurde von den Versammelten am frühen Abend des 10. November endgültig für den 12. November beschlossen.

Den Abend des 11. November nutzte Erhard noch einmal, um sich wegen des bevorstehenden Streiks über den Rundfunk an die Bevölkerung zu wenden. Er war am Tag zuvor vom Wirtschaftsrat mit 52 zu 43 Stimmen im Amt bestätigt worden. Oberdirektor Pünder wurde mit einer ähnlichen Mehrheit bedacht. Das war ein etwas knapper, aber eindeutiger Sieg des »Marktwirtschaftsflügels«. Ungeachtet des »parlamentarisch unsicheren Bodens«, auf dem der Wirtschaftsrat agierte, nahm Erhard nunmehr für sich in Anspruch, eine »von einer parlamentarischen

Mehrheit getragene Wirtschaftspolitik« zu vertreten. Er argumentierte im Radio: »Wenn die Arbeitsruhe dazu dienen sollte, den verantwortlichen Instanzen den Ernst der Lage vor Augen zu führen, dann sei die Aktion mehr als überflüssig.« Der Gewerkschaftsrat, so Erhard, starte seine Aktion gerade in einem Augenblick, »in dem nicht nur eine wesentliche Beruhigung und Konsolidierung in der Preisentwicklung eingetreten sei, sondern auch umfangreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen schon getroffen oder eingeleitet worden seien, um die bestehende Spannung so rasch wie möglich zu überwinden.« Bereits am Tag zuvor hatte der Wirtschaftsdirektor verlauten lassen: »Wenn jeder Arbeiter wüsste, warum er am Freitag streiken soll, und dass die Forderungen der Gewerkschaft praktisch die Folge haben werden, die Ware wieder auf den Schwarzen Markt abwandern zu lassen, so würden er sich weigern, mitzumachen.« Ihn, Erhard, so der Eindruck am Abend des 11. November, focht die »Demonstration gewerkschaftlichen Willens« am kommenden Tage, dessen Ziel mehr oder minder sein Sturz war, offensichtlich überhaupt nicht an.

Die Aussichten, dass der Aufruf zum Generalstreik im ausreichenden Maße befolgt würde, waren am Abend des 11. November, als nach Schichtwechsel um 22 Uhr die Bergarbeiter an der Ruhr mit der Arbeitsniederlegung beginnen sollten, nicht gut. Es hatte nicht nur die Worte Erhards an die Arbeiter gegeben und auch nicht nur die Umwandlung des Streiks in eine Arbeitsniederlegung, die allen Streiktraditionen widersprach. Die Gewerkschaften schwankten auch fast bis zum letzten Tag, ob sie denn überhaupt mit dem Generalstreik ernst machen sollten. In der amerikanischen Beatzungszone bröckelte die Streikfront, und selbst zwei Fachgewerkschaften (Eisenbahn und Post) hatten mehr oder weniger deutlich ihren Streikbeschluss wieder zurückgezogen.

Man durfte also gespannt sein, wieweit dem Streikaufruf überhaupt Folge geleistet werden würde. Doch angefangen von den Ruhr-Bergarbeitern, wurde der Streikaufruf in erstaunlich hohem Maße befolgt. In Frankfurt, meldete die »Frankfurter Rundschau«, sei die Streikbeteiligung nahezu 100-prozentig gewesen. »Während der hellen Stunden lagen die Straßen ohne Menschen, und selbst in den Mittagstunden waren Hauptwache und Bahnhofplatz fast leer. Im Zentrum und in den Vororten waren die Rollläden an den Geschäften herabgelassen.« Ähnliches wurde von anderen Großstädten der Bizone berichtet. Zu Zwischenfällen kam es so gut wie nicht – jedenfalls wurde derartiges nicht von jenen »dunklen Kräften« aus der linken Ecke initiiert, vor denen die Medien vorsorglich gewarnt hatten. Dort, wo die örtlichen Streikkomitees an Betrieben, Luxusgeschäften und ausgewählten Einzelhandelsunternehmen »Schutzposten« aufgestellt hatten, kamen diese nicht zum Einsatz.

Störungen des Streikgeschehens gab es in Ausnahmefällen jedoch von der Arbeitgeberseite her. Deren Zusammenschlüsse hatten erklärt, dass den Arbeitswilligen die Aufnahme der Arbeit am Streiktag nicht verwehrt werden dürfe. In den Opel-Werken Rüsselsheim hatte die Betriebsleitung die Belegschaft mit dem Hin-

weis, in dem Zellstoff- und Kunstseidenbetrieb im benachbarten Kelsterbach würde doch auch nicht gestreikt, zum Erscheinen aufgefordert. Mit demselben Argument, jedoch bezogen auf die Opel-Werke, hatte die Betriebsleitung des Kelsterbacher Werkes die Arbeitsaufnahme ihrer Mitarbeiter am Streiktag verlangt. Das Manöver wurde rasch durchschaut. 98 Prozent der Arbeiter kamen bei Opel der Streikaufrufung der Gewerkschaften nach. Die Klöckner-Werke in Köln hatten für den 12. November Streikbrecher eingestellt. Als rund hundert von ihnen die Arbeit aufzunehmen versuchten, gingen die streikenden Arbeiter gegen sie vor. Es kam zu einer Prügelei. Die Streikbrecher wurden aus dem Werk vertrieben. Erst danach zogen Streikposten vor den Eingängen der Klöckner-Werke auf.

Von diesen Ausnahmen abgesehen, verlief der Tag friedlich. Die Bevölkerung, soweit nicht angesprochen und involviert, zeigte Verständnis. Die Gewerkschaften von Rheinland Pfalz (Französische Zone) und die Industriegewerkschaft Metall der sowjetischen Besatzungszone begrüßten in Telegrammen das Zehn-Punkte-Kampfprogramm der Bizonen-Gewerkschaften für den Generalstreik und erklärten sich mit den Streikenden solidarisch.

Die Angaben über die am Generalstreik Beteiligten schwanken. Beier, der über den 12. November wohl am gründlichsten gearbeitet hat, spricht – sich auf zeitgenössische Berichte der Gewerkschaften stützend – von 9 250 000 Arbeiter und Angestellten, die in den Ausstand getreten waren. Bezieht man das auf die 11,7 Millionen Beschäftigten in der Bizone, dann lag die Streikbeteiligung bei 79 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bestimmte Branchen (Eisenbahnen, teilweise auch die Post) und Dienste (Gesundheitswesen, Arbeiten für die Versorgung West-Berlins sowie für den ausschließlichen Bedarf der Militärregierungen, Not- und Bereitschaftsdienste der Polizei) nicht in den Streik einbezogen worden waren. Bei 4,3 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern in der Bizone bedeutete dies, dass auch ein großer Teil der nichtorganisierten Arbeiter bzw. Angestellten am Streik teilnahm.

Alle Voraussagen darüber, dass ganze Arbeiter- und Angestelltingruppen den Streik nicht mitmachen würden, erwiesen sich als Hirngespinnste. Der sicher nicht zu Übertreibungen hinsichtlich der Zahl der Streikenden neigende nordrhein-westfälischen Arbeitgeberausschuss berichtete, dass am 12. November im Land von 3 000 Betrieben 2 100 vollständig still standen. Nur in 300 Betrieben wäre wie sonst gearbeitet worden. In den bayrischen Großbetrieben, die angeblich einem Streik »sehr ablehnend« gegenübergestanden haben sollen, lag die Streikbeteiligung im Durchschnitt bei 80 Prozent.

Die hohe Streikbeteiligung gab all jenen Gewerkschaftsfunktionären recht, die, als in den Vorständen darüber gestritten wurde, ob man den Generalstreik durchführen oder abblasen sollte, den Schaden im Falle einer Unterlassung des Streiks für größer gehalten hatten als eine eventuell geringe Beteiligung. Die damaligen warnenden Worte eines der Gewerkschaftsratsmitglieder: »Die Austritte, die kommen, wenn wir streiken, sind gering gegen die, die kommen werden, wenn wir

nicht streiken«, erwiesen sich als realistische Einschätzung der Stimmung in der arbeitenden Bevölkerung.

Dafür, dass die Werktätigen den Streik zu ihrer eigenen Sache gemacht hatten, spricht zudem, dass auch Beschäftigte, die eigentlich nicht streiken sollten – wie die Postangestellten in der britischen Zone ebenso wie ein Teil der für die britische Besatzungsmacht arbeitenden Beschäftigten –, sich dann doch am Ausstand beteiligten. Dafür spricht auch, dass Millionen von Arbeitern und Angestellten – ohne zu klagen – hinnahmen, dass die Gewerkschaften kein Streikgeld zahlen konnten und dass der wöchentliche Zahltag wegen des Streiks um drei Tage (vom Freitag auf den Montag) verschoben werden musste.

Gegen Aktionen, die als Streikbruch gedeutet werden konnten, wehrte sich die Bevölkerung vehement. So beabsichtigte in Braunschweig ein bekanntes Lichtspieltheater am Nachmittag des 1. November Filmvorführungen durchzuführen. »Daraufhin besetzten zahlreiche Werktätige das Theater und zwangen dadurch die Direktion zur sofortigen Abbrechung der Filmvorführung und Schließung des Theaters.«

Auch inhaltlich hatten die Arbeiter und Angestellten den Streik weit mehr zu ihrer Sache gemacht, als der Gewerkschaftsführung letztlich lieb war. Mit Bedauern wurde bei der Auswertung des Generalstreiks seitens des Gewerkschaftsvorstandes festgestellt, dass sich »die Gründe, die zu dieser Aktion führten, etwas verschoben« hätten. »Die Öffentlichkeit sah die Bewegung fast ausschließlich als Kampf um Lohn und Preis an«, während es doch eigentlich vor allem um betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung gegangen wäre.

Kurz und gut: Die Arbeiter und Angestellten betrachteten den Streik als ihren. Sie interpretierten den Streikaufruf der Gewerkschaften entsprechend ihrer Interessenlage und störten sich wenig an jenen Aufrufen, die es bis zur letzten Minute vor Streikbeginn gab. Noch unmittelbar vor dem Streikbeginn ließ etwa die CDU-Landesorganisation Hamburg rund 250 000 Flugblätter verteilen, in denen Arbeiter, Angestellte und Beamte aufgefordert wurden, »den Streikparolen nicht zu folgen«. Angesichts des Verlaufs des Streiktages war es nicht verwunderlich, dass der Gewerkschaftsrat auf zwei Mitte Dezember 1948 stattfindenden Auswertungsveranstaltungen zum Generalstreik feststellte, dass »die Teilnahme der Arbeitnehmer, auch der Nichtorganisierten, außerordentlich hoch war. ... Mit Befriedigung habe man den imposanten Verlauf der gewerkschaftlichen Willenskundgebung festgestellt«, hieß es.

Erheblich anders als seitens der Gewerkschaften fiel das Urteil über den Streik vom 12. November in den Medien aus. »Die Zeit« gab mit ihrer Ausgabe vom 18. November 1948 den Ton an, als sie in einem Kommentar äußerte: »Vielleicht wird dieser 12. November nicht als Tag der Arbeitsruhe, sondern als der Tag des Lohn- und Produktionsausfalls in die Geschichte unserer Zeit eingehen.« Die Tageszeitungen hatten am 13. November 1948 fast unisono aufgelistet, wie hoch bei diesem oder jenem begehrten Konsumgut der durch den Generalstreik verursachte

Produktionsausfall gewesen sei. Die »Stuttgarter Zeitung« brachte wie andere auch die Meldung, dass »nach Schätzungen unterrichteter Kreise« der Produktionsausfall 200 Millionen DM betragen habe. Es folgte dann eine detaillierte Aufzählung, wie viele Gebrauchsgüter wegen dieses Streiktages weniger hergestellt werden konnten: Allein bei Lederschuhen betrage das Defizit 100 000 Paar. Die Quelle dieser überzogenen Argumentation war offensichtlich die Militärregierung, die den Streik als »Unterbrechung des westdeutschen Wiederaufbaus« missbilligte und wohl auch die Zahlenangaben über die errechneten Produktionsausfälle durch Streikaktivität an die Medien weitergegeben hatte.⁵ Sogar die »Times« ging in ihrer Ausgabe vom 13. November 1948 auf diese Art der Argumentation ein und bezifferte den Produktionsausfall bei Steinkohle auf 300 000 Tonnen und bei Stahl auf 25 000 Tonnen.

Die wohl schärfste Kritik am Streik veröffentlichte der »Spiegel«, als er den Streikenden vorwarf, auf Kosten der Allgemeinheit besser leben zu wollen. In einer Leserzuschrift, den der »Spiegel« in der folgenden Nummer abdruckte, argumentierte ein Dr. Feldmann, ganz im Sinne des vorangegangenen »Spiegel«-Artikels: »In der Tat, die Lebensansprüche der unteren Schichten sind enorm gestiegen, und die jüngere Arbeitergeneration hat, verwöhnt durch Autobahn- und Rüstungszulagen, Feldwebelgehälter, Bonuspakete, Deputatlöhne und Kompensationen den Blick dafür verloren, dass der verlorene Krieg eine Senkung des Lebensstandards aller Schichten nach sich ziehen muss.« Der veröffentlichte Beitrag stieß dann in der nächstfolgenden »Spiegel«-Ausgabe allerdings – wiederum unter der Rubrik Leserzuschriften – auf geharnischten Protest.

Zu den wenigen positiven Stimmen gehörte die des späteren SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer, der im »Neuen Vorwärts« am 20. November geschrieben hatte: »Es passierte nichts, aber es geschah doch etwas sehr Wesentliches. Eine ernste eindrucksvolle Warnung an alle, die es angeht: Schluss mit der Politik des Egoismus und der Gewinnsucht auf Kosten der breiten Masse des Volkes.«

Ollenhauer hatte das richtige Gespür gehabt: Die Akzeptanz des Generalstreiks durch die Mehrzahl der Bevölkerung der Westzonen blieb trotz der gelenkten Medienkampagne ungebrochen.

5 Es ist interessant, dass Clay in seinen Memoiren dieses Argument noch einmal aufgriff und behauptete, die deutsche Bevölkerung habe dem Generalstreik mit gemischten Gefühlen gegenübergestanden, »viele fanden, der Streik verzögere den Wiederaufbau«.

Erste Reaktionen auf den »heißen Herbst«

Bei der von vielen zeitgenössischen Printmedien vorgenommenen Charakterisierung des Generalstreiks als eine den Wiederaufbau in Westdeutschland in Frage stellende schädliche Aktion handelte es sich weniger um eine Einschätzung als um eine Denunzierung. Die Streikveranstalter, die Gewerkschaften der Bizone, hatten – unter Bezugnahme auf die hohe Zahl der Teilnehmer und den nahezu störungsfreien Verlauf – den Streik eindeutig positiv gewertet. Tatsächlich hatte die Bevölkerung sich machtvoll eingemischt. Einschätzungen dieser Art hat die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, obwohl der Streik mehr Teilnehmer zählte, als in den Streiks der folgenden zwanzig Jahre zusammengenommen, allerdings nur selten übernommen.

»Sein meinungsbildendes Echo blieb dürftig«, heißt es bei Weimer zum Generalstreik, von einer »Willenskundgebung ohne unmittelbare Erfolgchance« spricht Schönhoven. Redler vermerkt, dass »die Gewerkschaften keinen einzigen Punkt ihrer Forderungen voll durchsetzen konnten«. Eberhard Schmidt ist der Auffassung, dass seitens der Gewerkschaftsführung »nicht daran gedacht war, die Demonstration vom 12.11.1948 als Auftakt einer Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsrat zu verstehen, die eine Entscheidung darüber hätte herbeiführen müssen, ob die Gewerkschaften in der Lage waren, dem Wirtschaftsrat den gewerkschaftlichen Willen aufzuzwingen«.

Die Mehrzahl der Wirtschaftshistoriker, die den 12. November 1948 erwähnt, geht gleich anschließend weiter im Text der Verwirklichung des Erhardschen Konzepts, damit signalisierend, dass die Protestaktion wirkungslos blieb. Der Streik endete für die Gewerkschaften mit einem Fiasko, meint in diesem Sinne Zündorf. Viele Historiker mögen, als sie ihr Urteil fällten, vielleicht im Kopf gehabt haben, was Erhard später über den Generalstreik in seinen Erinnerungen »Wohlstand für alle« geschrieben hat: »Schon glaubten die Sozialdemokraten ihre Stunde gekommen, die Stunde des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Die Gewerkschaften verfügten sogar einen eintägigen Generalstreik gegen die Fortführung der Marktwirtschaft. Auch sie wollten die Bewirtschaftung wiederhaben. Wir wollten das nicht. Also kam es auf die besseren Nerven an ...« Über die verfügte natürlich Erhard – seiner Auffassung nach wenigstens.

Tatsächlich gab es in den dem Generalstreik folgenden Monaten keine Fortsetzung der Streikaktivitäten. Der Demonstrationsstreik wurde nicht in einem Kampfstreik umgewandelt, um die Entwicklung mit den in der Streikgeschichtsschreibung üblichen Kategorien zu bezeichnen. Die Gewerkschaftsführung hatte auch keine Strategie und kein Programm dazu.

Dabei hatte Böckler zunächst von einer solchen Möglichkeit gesprochen, dafür allerdings keine genaueren Vorstellungen entwickelt. »Der Kampf hat begonnen«,

formulierte er, und sich dafür ausgesprochen, »die Aktionen in anderer Form fortzuführen«.

Die Zurückhaltung der Gewerkschaftsführung entsprach nicht den Wünschen der gewerkschaftlichen Basis. Eine Umfrage unter Gewerkschaftern in Essen hatte am Vorabend des Generalstreiks ergeben, dass sie unter Umständen bereit wären, länger zu streiken. In Düsseldorf hatten anlässlich einer Betriebsrätevollversammlung 1 500 Betriebsräte »ihre Bereitschaft erklärt, weitere Aktionen der Gewerkschaften zu unterstützen, falls sich der 24-stündige Generalstreik als wirkungslos erweisen sollte«.

Die Erklärung für die Inaktivität der Gewerkschaftsführer nach dem Generalstreik dürfte darin zu suchen sein, dass sie durch den Streik erfahren hatten, dass die »strategischen Forderungen« des von ihnen aufgestellten Zehn-Punkte-Programms, die Böckler vor allem am Herzen gelegen hatten, bei den Arbeitern auf vergleichsweise geringes Echo gestoßen waren. Das dürfte sie entmutigt haben. Hinzu kam: Böckler hatte in den Vorgesprächen mit den Militärgouverneuren noch einmal zu hören bekommen, dass die Besatzungsmächte hinsichtlich der geforderten Demokratisierung der Wirtschaft und der von den Gewerkschaften für notwendig erachteten Überführungen von Privat- in Gemeineigentum unnachgiebig bleiben würden. Insofern gab es bei der Gewerkschaftsführung wirklich Anlass zu resignativer Stimmung. Gegen den Willen der Militärregierung eine ordnungspolitische Entscheidung zu erzwingen, war unmöglich. Auch war den Gewerkschaftsführern klar, dass die geäußerte Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten, weiter zu streiken, sich auf diejenigen Punkte im Streikaufruf bezog, die sich unmittelbar mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen befassten.

Diese Bereitschaft von Teilen der Arbeiter nutzte also der Gewerkschaftsführung bei der Durchsetzung ihres Hauptanliegens nur wenig. Die Gewerkschaftsführer wollten sich entsprechend ihrem wirtschaftsdemokratischen Selbstverständnis auch in Zukunft von der Mitgliedschaft »nicht auf ein Nebengleis drängen lassen, in dem man sich hauptsächlich mit dem Problem Löhne und Preise beschäftigt«. Diesen Aspekt hatte der Gewerkschaftshistoriker Beier wahrscheinlich im Auge, als er – den Generalstreik wertend – »den politischen Misserfolg eines organisatorisch so gelungenen Wirtschaftskampfes« bedauerte

Aber war die Streikaktion wirklich vergebens? Hatten die kommunistischen Gewerkschafter Recht gehabt, als sie nach dem 12. November kritisierten, dass die Gewerkschaften mit dem Generalstreik nur bemüht gewesen waren, die Aktionen wieder ins parlamentarische Fahrwasser zu lenken? Immerhin vertrat selbst der IG-Metall-Vorstand die Auffassung, dass man am 12. November Gewerkschaftsmacht nur vorgetäuscht habe. Redler hebt dagegen »die politische Intensität« der Streikaktion hervor und zählt den Generalstreik vom 12. November 1948 zu den »Angriffstreiks«. Zumindest zwei Wirtschaftshistoriker schätzen dies ähnlich ein. Abelshäuser bezeichnet die Aktion als ein »Warnzeichen«, das nicht un-

beachtet bleiben konnte. Hentschel spricht von einer »demonstrativen Kraft des Widerstandes«, die von der Aktion ausging.

Die Gewerkschaftsführung der Bizone formulierte Mitte Dezember 1948 – mit einigem zeitlichen Abstand zum Generalstreik also und bezogen auf »die inzwischen getroffenen bzw. vorbereitenden Maßnahmen der Wirtschafts- und Preispolitik« –, sie nehme »mit Genugtuung davon Kenntnis, dass diese Kundgebung nicht ohne Eindruck auf die maßgebenden Stellen geblieben ist«. Der Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim spricht für diese Zeit von einem »enormen politischen Druck, der auf die Wiedereinführung der Preiskontrollen« ausgeübt wurde.

Der SPD konnten derartige Wirkungen des Streiks nur recht sein. Die FDP blieb in der Preisfrage hart, war politisch aber unbedeutend. Der »enorme politische Druck« machte sich vor allem in der CDU bemerkbar. Adenauer, Vorsitzender der CDU, forderte Erhard in einem Telegramm auf, mit allen »zur Verfügung stehenden Mitteln gegen unbegründete Preissteigerungen« vorzugehen und die »Angleichung zurückgebliebener Löhne und Bezüge an das Preisniveau zu beschleunigen«.

Ebenfalls unmittelbar nach dem Generalstreik veröffentlichte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) ein Sechs-Punkte-Programm, in dem eine wirksame Preiskontrolle gefordert wurde. In der Woche darauf drängte Nordrhein-Westfalen im Länderrat auf eine EntschlieÙung, die Erhard das Recht entziehen sollte, Preise freizugeben. Der marktwirtschaftliche Kurs sei – zumindest auf »kritischen Mangelgebieten« – gescheitert. Überdies sollte die Preisbildung so schnell wie möglich auf ein neuzuschaffendes Preis- und Lohnamt übergehen.

Der Länderrat nahm eine entsprechende EntschlieÙung mit den Stimmen aller CDU-Repräsentanten einstimmig an und ließ sie als Aufforderung dem Wirtschaftsrat zugehen. Dieses Gremium stand allerdings mehrheitlich weiter hinter Erhard. Mit einer Ausnahme unterstützten alle Direktoren dessen Politik. Pünder stand als Oberdirektor in jeder Beziehungen hinter Erhard. Der Wirtschaftsrat stimmte im Dezember erneut gegen die Ablösung Erhards und verlängerte ihm – mit einigen Abstrichen – das im gleichen Monat auslaufende Leitsatzgesetz. Dass eine – im Vergleich mit den Länderparlamenten – so dürftig legitimierte Institution wie der Wirtschaftsrat nicht nur dem machtvoll geäußerten Willen der Bevölkerungsmehrheit, sondern auch der Vertretung der Länder in der »deutschen Wirtschaftsregierung« widersprechen konnte, ist wohl in erster Linie mit der Haltung der Alliierten zu Erhard zu erklären. Vor allem Clay stand weiter hinter ihm – nicht kritiklos, gewiss, denn er hatte neben den wirtschaftspolitischen auch die sicherheitspolitischen Konsequenzen des Vorgehens des Wirtschaftsdirektors zu bedenken, aber doch grundsätzlich in der Grundfrage der Befürwortung der freien Marktwirtschaft, der Verhinderung der Ausweitung der Mitbestimmung und von Enteignungen in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft.

Unterhalb dieser Imponderabilien zeigten sich die Alliierten weitaus flexibler als Erhard. Wegen seiner Sturheit geriet er mit ihnen im Spätherbst wiederholt in Konflikt. Der US-amerikanische Erhard-Biograf Mierzejewski schreibt dazu:

»Auch wenn insbesondere die Amerikaner von ihrer Anschauung her die freie Marktwirtschaft befürworteten, setzten sie in der Praxis ein beträchtliches Maß an Planung um und verlangten, dass die deutschen Behörden genauso voringen. Diese Tendenz zur Planung war nicht zuletzt eine Folge der militärischen Mentalität, die großen Wert auf Kontrolle und das Meiden jedes Risikos legte, sowie des Einflusses der Anhänger des New Deal in der amerikanischen Besatzungsregierung.« Wie schon mit ihren Aktionen im Oktober, deren Höhepunkt die Stuttgarter Protestaktion war, hatte die Bevölkerung entscheidenden Einfluss auf das Geschehen genommen und waren nicht erneut zum Objekt eines unaufhaltbaren Geschichtsablaufs in Richtung freie Marktwirtschaft deklassiert worden.

Amerikanischer Druck dürfte einiges von den ordnungspolitischen Kompromissen bewirkt haben, die Erhard nach den »Stuttgarter Vorfällen« und dem Generalstreik bereit war einzugehen. Darunter befanden sich, wie schon im September/Oktober, einige Beruhigungsspielen, dazu gehörte auch die Einführung bestimmter planwirtschaftlicher Elemente in die westdeutsche Wirtschaft.

Das Wichtigste dieser Planungselemente war das »Jedermann-Programm«, dem Leser schon aus dem Forderungsprogramm der Gewerkschaften für den Generalstreik bekannt. Das Programm gehört wie der Generalstreik selbst zu den in vielen Geschichtsbüchern über die Bundesrepublik erwähnten, aber rasch abgewerteten Tatsachen der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik.

Das Jedermann-Programm hatte Erhard bereits Ende August auf dem CDU-Parteitag der britischen Zone in Recklinghausen angekündigt. Der Grundgedanke des angedachten Produktionsplanes bestand darin, dass der Staat denjenigen Firmen Rohstoffe zuwies, die »ein nach Art und Qualität genau umschriebenes, als Jedermanns-Ware zu kennzeichnendes Erzeugnis am billigsten und schnellsten auf den Markt« brachten. Auf diese Weise konnten qualitativ hochwertige und doch preiswerte Verbrauchsgüter angeboten werden. In das Jedermann-Programm sollten nur Waren einbezogen werden, deren Produktion von Rohstoffen abhing, über die der Staat entweder aufgrund der Devisenbewirtschaftung oder der Bizonen-Wirtschaftsbestimmungen – soweit sie noch nicht aufgehoben waren – verfügen konnte. Die Unternehmen sollten billiger produzieren können, weil ihre Kapazitäten bei Teilnahme am Programm stärker ausgelastet werden konnten. Durch Nutzung der »economies of scale« konnten sie auch bei staatlich festgesetzt niedrigen Preisen noch Gewinn erzielen. Produziert werden sollten über das Jedermann-Programm u. a. Schuhe, Kleidung und Haushaltswaren, Fahrräder, Möbel und Papier.

Das Jedermann-Programm war keine Idee Erhards – konnte es eigentlich auch nicht sein, denn eine »gelenkte Serienproduktion von Gütern des täglichen Bedarfs« widersprach seinem marktwirtschaftlichen Konzept. Anleihen für das westdeutsche Jedermann-Programm waren beim britischen Utility-Programm gemacht worden, mit dessen Hilfe dort seit 1941 standardisierte und preiswerte Bedarfsgüter zur Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung, besonders derjenigen mit



Die beiden Militärgouverneure der Bizone, Lucius D. Clay (USA) und Brian H. Robertson (Großbritannien) erteilen den Ministerpräsidenten ihrer Zonen Instruktionen, 1948.

geringem Einkommen, angeboten wurden. Das Utility-Programm war ein Kind der auf der keynesianistischen Lehre beruhenden britischen Wirtschaftspolitik, in der die staatliche Lenkung der Wirtschaft eine wesentliche Rolle spielte. Erhards ordoliberale Vorstellungen von freier Marktwirtschaft, die über höhere Profite für die Unternehmen letztlich zum »Wohlstand für alle« führen sollte, standen dem keynesianistischen Vorstellungen in vieler Hinsicht entgegen.

Dass Erhard das Programm ungeachtet dessen auf dem Recklingshausener CDU-Parteitag vorstellte, war wohlüberlegt. Auch in der CDU war nach der Währungsreform Kritik an der weitgehenden Aufhebung der Bewirtschaftungsvorschriften laut geworden. Ohne Unterstützung aller CDU-Mitglieder im Wirtschaftsrat – auch derjenigen, die den Sozialausschüssen nahe standen – konnte der Wirtschaftsdi- rektor die Abwahlversuche der SPD nicht überstehen.

Das Jedermann-Programm hatte ausgesprochen sozialen Charakter. Es schuf ein von den Wirkungen des Marktes geschütztes Waresegment. Die Güter würden vor allem an minderbemittelte Käuferschichten gehen, die Verlierer von Währungsreform, Lohnstopp und Preisauftrieb. Ob das Programm von Erhard bereits zu jenem Zeitpunkt als eine Beruhigungsspielle für die Kritiker der Währungs- und Wirtschaftsreform angedacht war, ist schwer zu sagen. Frühe Jedermann-Planungen für das letzte Quartal 1948 waren im September vom Wirtschaftsrat unternommen worden. Aber das sagte nicht allzu viel. Papier war geduldig.

Zu diesem Zeitpunkt aber hatte das Jedermann-Programm bereits die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften geweckt. Diese erkannten rasch, dass Erhards Wechselbalg sehr gut in ihr Konzept der »Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor« passte und den Forderungen der breiten Massen nach der raschen Bereitstellung von preisgesenkten Gütern entsprach. In ihrem Zehn-Punkte-Programm, mit dem sie zum Generalstreik am 12. November aufgerufen hatten, forderten die Gewerkschaften daher die »Beschleunigung des Jedermann-Programms und seine Erweiterung ...«

Erhard musste nun Farbe bekennen, zumal ihn nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Besatzungsmächte drängten, die angespannte soziale Situation durch planmäßige Lenkung zu entschärfen. In seiner Rundfunkrede am Vorabend des Generalstreiks vom 12. November 1948 versicherte Erhard den Zuhörern dann auch, »sein Amt arbeite seit Wochen mit Hochdruck an der Intensivierung des Jedermann-Programms«. Wie aus den Unterlagen des Wirtschaftsrats hervorgeht, war für das dritte Quartal 1948 die Bereitstellung von insgesamt 500 000 Hemden mit Kragen, 500 000 Meter Linon, 500 000 Meter Schürzenstoffe, 250 000 Schlosseranzügen, 250 000 Frauenwäschegarnituren, 250 000 Arbeitshosen, 125 000 Frauenarbeitskitteln, 100 000 Straßenanzügen, 100 000 Kindermänteln sowie von 50 000 Frauenmänteln vorgesehen.

Im Dezember 1948 verkündete Erhard, immer noch vom Misstrauensvoten der Bevölkerung verfolgt, als Antwort auf Forderungen der Gewerkschaften nach Verlängerung des Vorhabens, dass das Jedermann-Programm auf 70 bis 80 Prozent der gesamten Textilproduktion ausgedehnt werden solle. Im letzten Monat des Jahres wurden bei Schuhen bereits 60 Prozent des Angebots, d. h. 1,5 Millionen Paar, über das Jedermann-Programm produziert.

Wenn sich Erhard auch angesichts der Forderungen der Straße und seitens der Gewerkschaften gezwungen sah, ganze Produktpaletten »aus dem Markt herauszuziehen«, so wollte er die ordnungspolitischen Fremdkörper doch wenigstens rhetorisch in sein Wirtschaftsprogramm eingebunden wissen. So versicherte Erhard, das Jedermann-Programm sei »kein Verrat an marktwirtschaftlichen Prinzipien, sondern ... eine vorsorgliche Maßnahme«, die bis zu dem Zeitpunkt, »da der Markt endlich seine volle Funktionsfähigkeit wieder zurückerlangt ..., das soziale Gebot der Sicherung des Verbrauchs durch ein Minimum an Kaufkraft gewährleistet«. Mit ähnlich beschönigenden Worten dürfte Erhard ein zweites planwirtschaftli-

ches Element sich und anderen gegenüber gerechtfertigt haben: Das StEG-Programm. Dieses Programm kam nicht nur unter Druck, sondern unter direkter und aktiver Teilnahme der amerikanischen Militärregierung zustande. StEG stand für »Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbH«. Aufgabe dieser bereits 1946 geschaffenen und 1947 zur StEG umgegründeten Gesellschaft war es, überschüssige, in Deutschland bzw. den USA lagernde Heeresgüter – vor allem Stoffe, Kleidung und Schuhe – zu verwerten und in Konsumgüter für den zivilen Verbrauch umzuarbeiten. Eine Funktion ähnlich den Gütern des Jedermann-Programms bekamen die StEG-Güter erst nach der Währungsreform. Die StEG setzte die Preise für ihre Waren zunächst selbst fest. Als der Handel jedoch versuchte, die StEG-Waren mit hoher Gewinnspanne zu verkaufen, übernahm die Verwaltung für Wirtschaft, die sich in der Pflicht sah, Güter zu von der Bevölkerung bezahlbaren Preisen anzubieten, die Regulierung der Preise. Es wurde festgelegt, dass der Endverbraucher-Höchstpreis für StEG-Güter mindestens zehn Prozent unter denen für gleichartige deutsche Neuwaren liegen müsse. Die Nachfrage nach StEG-Waren war sehr groß, die Verkaufszahlen steigerten sich bis Ende 1948 stetig.

Eine weitere Einschränkung des Raumes für Marktregulierung, wenn auch nicht eine so ausgeprägte, da die Produktionssphäre nicht betroffen war, bedeutete die Einflussnahme des Staates auf die freigegebenen Verbrauchsgüterpreise. Ähnlich wie im Falle des Jedermann-Programms reichten erste Arbeiten der Verwaltung für Wirtschaft in den August 1948 zurück. Sie waren ein Eingeständnis, dass die freie Preisbildung nicht so funktionierte, wie Erhard sie sich vorstellte. Die SPD hatte Mitte August die Erhard und der CDU aufgezwungene Diskussion um ein Gesetz gegen Preistreiberei als Beweis dafür betrachtet, dass marktwirtschaftliche Regulierung unter den gegebenen Umständen überhaupt nicht funktionieren könne und hatte versucht, Erhard zu stürzen, was aber gescheitert war. Der Gesetzeswurf war damit allerdings nicht vom Tisch. Vielmehr musste Erhard mit seiner Wirtschaftspolitik unzufriedenen CDU-Vertretern versprechen, das »Gesetz als eine Realität mit aller Schärfe« zu handhaben. Auch die Alliierten forderten Erhard auf, die Preis- und Lohnentwicklung stärker zu regulieren. Zumindest auf dem Papier waren das Gesetz gegen Preistreiberei und noch mehr die auf seiner Ausführung unter dem Druck der Forderungen aus der Bevölkerung im Herbst 1948 erlassenen Bestimmungen harsch. Eine – durch das Ende Oktober 1948 für die Bizone beschlossene Gesetz gegen Preistreiberei angeregte – Verordnung des Landes Baden (Französische Besatzungszone) von Mitte November sah Strafbestände vor für Personen, die überhöhte Preise forderten, vereinbarten oder annahmen oder eine wirtschaftliche Überlegenheit und ein geringes Angebot dazu missbrauchten. Die Verordnung setzte (Höchst-)Preise für Lebensmittel, Branntwein, Tabak, Obst und Gemüse fest. Anfang November wurde ein Höchstpreis für Eier festgelegt.

Für Erhard dürfte das Gesetz gegen Preistreiberei ein großes Ärgernis gewesen sein, stand es doch wie ein Pfahl im Fleische der von ihm gepriesenen Selbstre-

gulierung der Preise über den Markt. Es ist daher durchaus denkbar, dass er es nicht ernsthaft anzuwenden gedachte, wozu eine Reihe unterschiedlich interpretierbarer Formulierungen des Gesetzes, wie »überhöhte Preise«, »wirtschaftliche Überlegenheit« usw. ermunterten. Wahrscheinlich diente Erhard das Gesetz, gerade wegen seiner unscharfen Formulierungen und ungenauen Begriffsbestimmungen, vor allem als Beruhigungsspiel für die aufrührerisch gewordene und kampfbereite Bevölkerung. Jedenfalls ist die Wirksamkeit des Gesetzes für den Herbst 1948 bzw. bis zum Sommer 1949, als der Tatbestand der Preistreiberei in ein umfassenderes Wirtschaftsstrafgesetz übernommen wurde, unter den Wirtschaftshistorikern umstritten geblieben. »All diesen Instrumenten«, schreibt z. B. André Steiner, »fehlten aber ausreichende Sanktionsmöglichkeiten, um tatsächlich preisdämpfend wirksam werden zu können.«

Nicht umstritten ist indes, dass in den letzten beiden Monaten des Jahres 1948 der Preisauftrieb zurückging. Ob dies nun darauf zurückzuführen war, dass Erhards Vorhersagen in Zusammenhang mit der Währungsreform, dass der Markt selbst die Preise nach unten regulieren würde, doch noch eintrafen, bzw. ob den Unternehmern Erhards Appelle bzw. die eingeleiteten Maßnahmen zur Preisüberwachung und zur Bestrafung von Preistreiberei Warnung genug waren, um ihr Gewinnstreben zu zügeln, bzw. ob die billige Konkurrenz der Jedermann- und StEG-Produkte für das Ende des Preisauftriebs sorgte, oder ob die ab Oktober 1948 in Westdeutschland eintreffenden Marshallplanlieferungen eine Entspannung bei den Preisen bewirkten, sei dabei dahingestellt.

Von geringer unmittelbarer Wirkung war die am 3. November 1948 vollzogene Aufhebung des Lohnstopps. Man kann diese Maßnahme als erstes greifbares Resultat der Protestdemonstrationen vom Oktober und der Auswertung der »Stuttgarter Vorfälle« interpretieren. Dass die Proteste so rasch Wirkungen erzielten, mag daran gelegen haben, dass die Aufhebung des Lohnstopps Erhard zwar augenblicklich nicht in den Kram passte (Förderung der Profitakkumulation), dass er aber ordnungspolitisch gegen einen derartigen Schritt – ganz anders als bei den Maßnahmen zur Produktionsplanung und Preisregulierung – nicht viel vorzubringen hatte.

Die Gewerkschaften selbst hatten die Forderung der Protestierenden nach Aufhebung des Lohnstopps nicht nur aus der Erfahrung heraus nicht übernommen, dass in einer Phase der Zunahme der Arbeitslosigkeit Lohnerhöhungen nur schwer zu erstreiten waren. Sie fürchteten auch, Lohnsteigerungen würden eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen, bei denen – das lehrte sie jedenfalls ihre Erfahrung – die Arbeiter und Angestellten letztlich gegenüber den Unternehmern das Nachsehen haben würden.

Dass die Aufhebung des Lohnstopps doch über den von Erhard vertretenen ordnungspolitischen Rahmen hinaus auch ein Element sozialer Zugeständnisse enthielt, geht daraus hervor, dass das Gesetz eine Passage über einen Mindestlohn enthielt. Diese Mindestlohnsicherung galt auf der Basis der im November 1948 gezahlten Löhne und wurde 1949 mehrmals verlängert.

Nach außen noch nicht sichtbar wurde im Herbst 1948, dass in die Verhandlungen über den mit der Währungsreform versprochenen Lastenausgleich durch die Bevölkerungsproteste und den Generalstreik, zu dessen Forderungen »wirksame Maßnahmen für einen gerechten sozialen Ausgleich gehörten«, wieder Bewegung kam, diese allerdings erst 1949 mit dem Soforthilfegesetz zu sichtbaren Ergebnissen führten.

Warum gab es angesichts spürbarer Erfolge in den Folgemonaten keine weiteren Aktionen der Bevölkerung?

Die blieben nicht nur aus, weil die Gewerkschaften nicht mehr zu weiteren Protesten aufriefen. Der Druck der Massenmobilisierung ließ nach, als die Waren des Massenbedarfs – zunächst dank Jedermann- bzw. StEG-Programm und später wegen des Abklingens des Preisauftriebs – wieder zu vernünftigen Preisen zu haben waren. Das hatte zur Folge, dass der Reallohn nicht weiter sank, sondern sich vielmehr – verglichen mit der Situation von August bis Oktober 1948 – wieder erhöhte.

Wenden wir uns zum Abschluss dieses Kapitels, unter ausdrücklicher Berücksichtigung der gesetzgeberischen Maßnahmen gegen Preistreiberei und Lohndrückerei und ihrer realen Wirkungen noch einmal der Frage des Erfolgs bzw. Misserfolgs des Generalstreiks und der vielfältigen anderen »Unmutsdemonstrationen« von August bis November 1948 zu, so ist es zweckmäßig, zwischen den umfassenden ordnungspolitischen und den eingegrenzten sozialpolitischen Zielstellungen der Akteure des »heißen Herbstes« zu unterscheiden. Bezogen auf die umfassenden Ziele, um die es den Gewerkschaftsführern vor allem ging – Beibehaltung der Bewirtschaftung von Versorgungsgütern für einen langen Zeitraum, staatliche Rahmenplanung für die Bereiche Geld-, Kredit- und Investitionspolitik, wirtschaftliche und soziale Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene –, muss das von den meisten Geschichtsschreibern der Bundesrepublik beschriebene »Fiasko« der Protestbewegung akzeptiert werden. Personell fand die Niederlage der Protestaktionen ihren Ausdruck darin, dass ein erneuter über den Länderrat eingefädelter Versuch, den Direktor für Wirtschaft zu stürzen im Dezember 1948 scheiterte; Erhard dagegen im Januar 1949 eine Verlängerung der Gültigkeit des Leitsatzgesetzes, das ihm einen großen Entscheidungsspielraum ließ, erreichte. Orientiert man sich dagegen vor allem an den auf den Protestkundgebungen immer wieder lautgewordenen Forderungen nach niedrigeren Preisen und höheren Löhnen, an den Forderungen nach der Verteidigung des Lebensstandards also, dann waren die Aktionen vom Herbst 1948 durchaus erfolgreich. Die Maßnahmen, zu denen sich Wirtschaftsdirektor Erhard und Oberdirektor Pünder bzw. die neoliberale Mehrheit im Wirtschaftsrat unter dem Druck der wegen des Umfangs und der Intensität der Proteste besorgten Alliierten und der Haltung des Länderrates bereit erklären mussten, waren keineswegs nur Beruhigungspillen, sondern beinhalteten substantielle Zugeständnisse auf sozialem, wirtschaftlichem, und daraus abgeleitet in bestimmtem Maße auch auf ordnungspolitischem Gebiet.

Der Wirtschaftshistoriker Richard Tilly urteilt, dass in Westdeutschland Ende der 1940er Jahre das Erhardsche Konzept nur »teilweise konsequent« durchgesetzt werden konnte. Der Versuch die Marktgesetze innerhalb einer gewissen Übergangszeit, die man mit der zunächst vorgesehenen Gültigkeitsdauer des Leitsatzgesetzes (bis Jahresende 1948) wird umreißen können, zur vollen Gültigkeit (und damit im Erhardschen Sinne auch zur Entfaltung ihrer Wirksamkeit) zu bringen, war gescheitert. Die von Erhard beantragte und ihm im Januar 1949 bewilligte Verlängerung des Leitsatzgesetzes ist auch als Akzeptanz der längerfristigen Existenz von zwei parallelen Märkten zu interpretieren, eines freien und eines staatlich geschützten, der gemäß Erhards Vorstellungen weiterhin seines Abbaus harnte. Man kann es auch anders formulieren: Die Bevölkerung hatte – anders als die Gewerkschaftsführungen, die die »Probleme der Löhne und Preise«, d. h. des Lebensstandards, als »Nebengleis« betrachteten – einen Sieg errungen. Offen blieb Ende 1948, Anfang 1949, ob es sich um einen Sieg von Dauer handelte, d. h. ob die Erhards Politik im Wirtschaftsrat tragende Koalition, die nach den Wahlen vom August 1949 auch zur Regierungskoalition der Bundesrepublik wurde, nachhaltige Lehren aus dem »heißen Herbst 1948« zu ziehen bereit war.

Die Einrichtung einer Sozialen Marktwirtschaft als Ausdruck des tatsächlichen Kräfteverhältnisses

Für die meisten Verfasser von Geschichtsbüchern bzw. von Wirtschaftsgeschichten der Bundesrepublik ging Erhard aus den Kämpfen des Herbstes 1948 als uneingeschränkter Sieger hervor. »Erhard und die Wirtschaftsliberalen setzten sich ... durch und hielten auch in den Preis-Turbulenzen der Anfangszeit klaren Kurs«, heißt es bei Weimer. Ähnlich urteilt auch Woller: Mit Generalstreik und erneuten Amtsenthebungsversuch im vierten Quartal 1948 »war der Höhepunkt der Angriffe auf die Marktwirtschaft überschritten, Erhard saß fester im Sattel als vorher. Die Kritik an seinem wirtschaftspolitischen Kurs verstummte zwar nicht, seine Gegner taten sich aber zunehmend schwerer, Gehör zu finden.«

Noch unbedingter sieht Ambrosius den Sieg Erhards: »Seine Person und seine Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform waren ... ein Beispiel für die Kompromisslosigkeit des Neoliberalismus.¹ Mit der Entscheidung für eine freie Verkehrswirtschaft setzte ein Methodenmonismus ein, der gegenüber nicht systemkonformen Maßnahmen steril war. Erhard versuchte von Anfang an, einen streng marktwirtschaftlichen Kurs zu verfolgen und bestehende systemfremde Elemente so schnell wie möglich zu beseitigen. Sein ordnungspolitisches Angebot machte keine wesentlichen Zugeständnisse an die zeitbedingten Schwierigkeiten.« Das Ergebnis: »Der schnelle Übergang zur Marktwirtschaft gelang.«

Es ist kein Zufall, dass die gleichen Autoren den Generalstreik als Fehlschlag hinstellen. Die oben zitierten Sätze sind die logische Konsequenz einer Einschätzung, die nur zur Hälfte – Verhinderung der Veränderung der Eigentumsverhältnisse und einer überbetrieblichen Mitbestimmung – mit der Wirklichkeit der frühen Bundesrepublik übereinstimmt. Diejenigen Autoren, die die unter dem Eindruck des »heißen Herbstes« entwickelten Planungselemente erwähnen oder mitbehandeln, sehen sich genötigt, um das von ihnen entworfene Bild von Erhards raschem und vollständigem Sieg nicht in Frage stellen zu müssen, die Wirksamkeit der Programme zu leugnen oder doch ein rasches Ende der Produktionsprogramme nur wenige Monate nach ihrem Anlaufen zu behaupten. »Es erscheint zumindest fragwürdig«, heißt es bei Zündorf, das Jedermann-Programm resümierend, »ob dieses Programm wirklich jemals als Problemlösung in diesem realwirtschaftlichen Sinne gedacht war oder nur dazu diente, die Bevölkerung zu beruhigen. Denn die Wirkung der Jedermann- wie auch der StEG-Waren war vor allem eine psychologische.« Die psychologische Wirkung wird niemand in Frage stellen. Sie spricht allerdings nicht gegen, wohl eher für die Bedeutung der nicht marktkonformen Produktionssegmente.

1 Mit Neoliberalismus ist hier der Ordoliberalismus gemeint.

Was aber ihre Wirksamkeit betrifft, so reichten Jedermann-Programm und StEG deutlich über das Jahr 1948 oder 1949 hinaus. Mierzejewski nennt für das Jedermann-Programm das Jahr 1951 als dessen Endpunkt. Gioai-Olivia Karnagel, die sich mit der Geschichte beider Programme ausgiebig beschäftigt hat, stellte hingegen für das StEG fest, dass dessen Auflösung zum 31. Dezember 1952 beschlossen wurde. »Die Liquidation begann am 1. Januar 1953 und zog sich bis in die zweite Hälfte der 50er Jahre hin.« Aber auch Karnagel schreibt – bezogen auf das Jedermann-Programm –, dass es »sang- und klanglos auslief, überflüssig geworden durch den wirtschaftlichen Aufschwung«. Doch findet sich bei ihr noch ein bemerkenswerter Nachsatz: »... und möglicherweise verdrängt, weil es wenig in die Marktwirtschaft passte.«

Aus dem Gedächtnis verdrängt wurden beide Programme wohl vor allem durch die Historiker beim Basteln an der »Erfolgsgeschichte« der Sozialen Marktwirtschaft. In der realen Geschichte hatten sich Jedermann- und StEG-Programme offensichtlich soweit bewährt, dass ihr Grundsatz – Herausnahme eines bestimmten Gütersegments aus dem Markt und dessen staatliche Regulierung von der Herstellung bis zum Verkaufspreis – auch weiterhin Anwendung fand, so von 1950 bis 1953 im Falle von Brot, als 1950 ein erneuter Preisauftrieb beim wichtigsten Grundnahrungsmitteln den Unmut der Bevölkerung hervorrief.

Vorausgegangen war die Aufhebung der Preisbindungen und der Rationierung für Grundnahrungsmittel im Januar 1950. Im März 1950 wurde die letzte Lebensmittelkarte abgeschafft. Bereits ein halbes Jahr später zogen die Brotpreise rasch an. Das Ansteigen des Brotpreises – ausgelöst durch steigende Weltmarktpreise für Getreide – wurde von der Bevölkerung der Bundesrepublik als Indikator einer neuen Teuerungswelle betrachtet. Anders gesagt: Der Brotpreis hatte nach der Preisfreigabe seine althergebrachte Funktion als politischer Preis wieder eingenommen.

Die »Brotpreisdiskussion« sahen die Regierung Adenauer und die weiterhin Souveränitätsrechte über die Bundesrepublik ausübenden »Hohen Kommissare« der Westalliierten eingedenk der Erfahrungen vom Herbst 1948 mit Besorgnis. Im Juni 1950 wurde das sogenannte Brotgesetz beschlossen. Es ermächtigte die Regierung, »Preise für Mehl, Brot und Kleingebäck festzusetzen, wenn und soweit dies zur Sicherung der Brotversorgung der Bevölkerung oder eines volkswirtschaftlich gerechtfertigten Brotpreises erforderlich ist«. Das Gesetz gab der Regierung die Möglichkeit, einen Vorschlag der Wirtschaftsverbände des Bäckerhandwerks und des Mühlengewerbes zu akzeptieren, der es erlaubte, den Erzeugerpreis zu erhöhen und gleichzeitig den Verbraucherpreis stabil zu halten. Der Vorschlag führte zur Herstellung eines »Konsumbrots«, das als Mischbrot den jeweiligen örtlichen Verzehrgewohnheiten entsprach und zum bisherigen, niedrigeren Brotpreis angeboten wurde. Um diesen Preis garantieren zu können, mussten die Bäcker das benötigte Mehl zu festen Preisen beziehen, was nicht ohne staatliche Subventionierung möglich war.

Die Preissubventionen wurden mehrmals verlängert – bis Anfang 1953. Zwischen Juli 1951 und Februar 1953 stieg der Anteil des Konsumbrotverbrauchs am gesamten Brotverbrauch der Bundesrepublik von durchschnittlich 17,5 Prozent Ende 1950/Mitte 1951 auf 33,7 Prozent in der ersten Hälfte des Jahres 1952, und er lag bei 32,3 Prozent im zweiten Halbjahr 1952.

Die Bundesregierung finanzierte die Aktion zwischen dem 1. November 1950 und 15. Februar 1953 mit rund 446 Millionen DM, was fast 20 Prozent der gesamten öffentlichen Aufwendungen für Ernährung und Landwirtschaft in dieser Zeit ausmachte.

Natürlich fiel auch das »Konsumbrot« in der Historiographie der Bundesrepublik weitgehend der Vergessenheit anheim, schon weil, wie Zündorf schreibt, »diese scheinbar originelle Lösung eines grundlegenden Dilemmas ... in keinem Fall den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft entsprach«. In der Brotdiskussion und bei der Brotpreisfestsetzung spielte eine Institution eine Rolle, die ihr Entstehen dem »heißen Herbst« 1948 verdankte: der Preisrat.

Der Preisrat war im November 1948 vom Wirtschaftsrat auf Druck des Länderrates und aufgrund gleichlautender Vorhaltungen der Militärregierung beschlossen worden. Unter einem stellvertretenden Direktor der Wirtschaftsverwaltung nahm der Preisrat Anfang 1949 seine Tätigkeit auf. Seine Aufgabe war es, Einzelpreise im Nahrungsmittelbereich zu überwachen, für die auch nach der Währungsreform Preisfestlegungen bestanden und sie nach und nach aus der Preisbindung zu entlassen. Was Erhard gern innerhalb weniger Monate abgewickelt hätte, wurde eine Aufgabe von Jahren. Die Preisbildungsstellen der Länder bestanden energisch auf einer Fortführung der Preisregulierung auf »Knappheitsmärkten«. Sie waren nicht ohne Verbündete. Im August 1949 beschwerte sich das Alliierte Kontrollbüro BICO, dass die Preisfreigaben zu schnell vorgenommen würden. Die Besatzungsmächte hatten sich ausbedungen, dass Beschlüsse über den weiteren Abbau der Bewirtschaftung nicht ohne ihre Zustimmung gefasst werden dürften.

Im September 1949 war zwar der bisherige Preisrat aufgelöst worden, dieser Beschluss wurde jedoch im April 1950 zurückgenommen. Der neue Preisrat nahm im Juni 1950 seine Tätigkeit auf. Zusätzlich wurde im August 1950 im Wirtschaftsministerium eine regelmäßige Markt- und Preisbeobachtung und -Berichterstattung eingeführt und 1951 ein Referat »Preisüberwachung« eingerichtet.

Die Tätigkeit des Preisrats und der Preisüberwachungsstellen erfreuten sich der Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung. Im März 1951 waren laut einer Studie des Meinungsforschungsinstituts in Allensbach immer noch 47 Prozent der Befragten für die generelle Wiedereinführung der staatlichen gebundenen Preise. Im Mai 1951 waren 75 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Regierung etwas gegen die wieder ansteigenden Preise tun müsse.

Ob nun Teilrationierung, Jedermann-Programm, StEG, Konsumbrot oder staatliche Preisfestsetzung – die Marktwirtschaft der Bundesrepublik blieb im Ergeb-

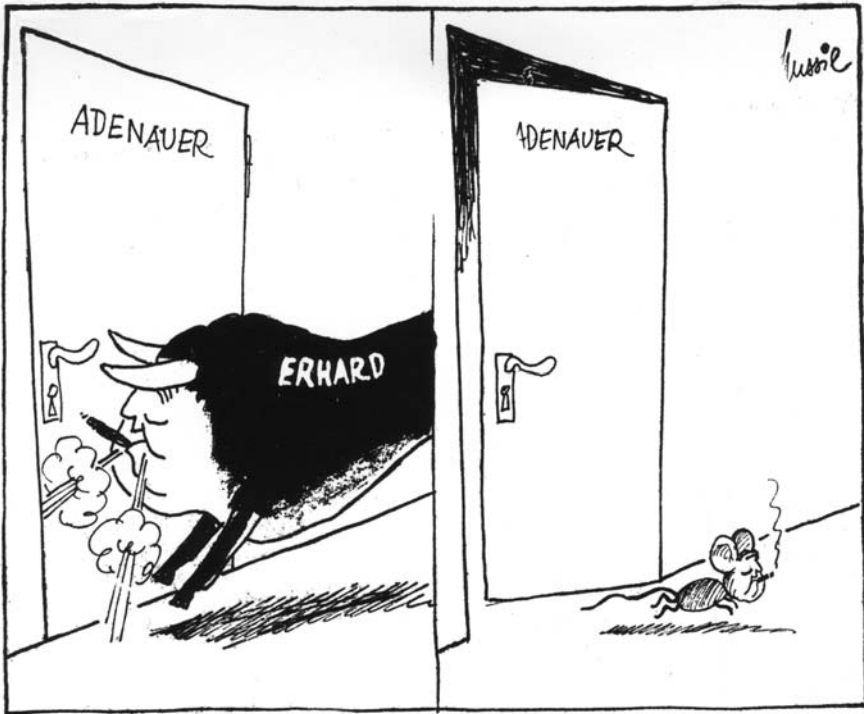
nis des »heißen Herbstes« eingeschränkt, ganze Bereiche waren von der Regulierung über den Markt ausgeschlossen.

In diesen Jahren war Ludwig Erhard Direktor des Wirtschaftsrates bzw. Wirtschaftsminister. Es fragt sich, wie er für sich beides miteinander vereinbaren konnte. Die Antwort kann nur sein, dass Erhard kompromissbereiter war, als er in seinen Reden zugab. Er, der eigentlich eine Marktwirtschaft »ohne Adjektiv« befürwortete, weil, wie er einmal gegenüber dem marktradikalen Wirtschaftswissenschaftler Friedrich August von Hayek erklärte, »die Marktwirtschaft als solche sozial ist, nicht, dass sie erst sozial gemacht werden muss«, hatte bald nichts mehr gegen das Adjektiv »sozial« einzuwenden.

Der Begriff »soziale Marktwirtschaft« bzw. »Soziale Marktwirtschaft« stammt denn auch nicht von Erhard, sondern von seinem Mitstreiter im Rat, dem Wirtschaftswissenschaftler Alfred Müller-Armack. Ende August 1948, auf dem CDU-Parteitag der britischen Zone in Recklinghausen sprach Erhard erstmals von »sozial-verpflichteter Marktwirtschaft«. Auch von »sozial gesteuerter« oder »sozial gebundener Marktwirtschaft« redete er unter dem Druck der Proteste vom Herbst 1948. Den Begriff »soziale Marktwirtschaft« übernahm Erhard erst 1949, nachdem er sich entschlossen hatte, seine Wirtschaftspolitik parteipolitisch nicht mehr zusammen mit den Freien Demokraten zu gestalten, die in allen Phasen der Auseinandersetzung während des Sommers und Herbstes 1948 hinter ihm gestanden hatten. Fortan wollte er sich auf die CDU/CSU zu stützen, auf diejenige der beiden großen Parteien, die wahrscheinlich in der Lage sein würde, dem »Wirtschaftsdiktator« durch einen Wahlsieg in den bevorstehenden Wahlen zum Bundestag wenigstens nachträglich noch die Legitimation für den von ihm mit dem Leitsatzegesetz unternommenen Schritt von der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft zu besorgen. Das setzte seitens der CDU/CSU die Bereitschaft voraus, Erhards marktwirtschaftliches Steuerungskonzept – freilich unter dem Begriff »Soziale Marktwirtschaft« – zu übernehmen. Die Lierung der CDU mit Erhard fand Mitte Juli 1949 statt, als die Christdemokraten zum Auftakt des Wahlkampfes zum Ersten Deutschen Bundestag ihre »Düsseldorfer Leitsätze« veröffentlichten, die die parteipolitisch-programmatische Ausgestaltung des marktwirtschaftlichen Konzeptes beinhalteten.

In die Zeit des Wahlkampfes fällt nach Recherchen des Währungshistorikers Werner Meyer auch die erstmalige Benutzung der Wortkombination »Soziale Marktwirtschaft« durch Erhard selbst, als er sich in seinem schwäbischen Wahlkreis in der »Heidenheimer Zeitung« mit einem Wahlauftritt vorstellte, der den Satz enthielt: »Das wirtschaftliche Programm ist klar: Wir vervollkommen und vollenden das System der Sozialen Marktwirtschaft.«

Erhard schrieb darüber später: »Der erste Wahlkampf ist praktisch nur um die Soziale Marktwirtschaft geführt worden und um die Probleme, die sich darum rankten, wie Preise, Selbständigkeit, Freiheit. In jenem ersten Wahlkampf waren ›Soziale Marktwirtschaft‹ und ›CDU‹ zu einer Identität geworden. So brauchte ich



»Rein ... und ... raus«, Frankfurter Rundschau, 12. Juni 1959.

auch bei allen späteren Wahlen nie mehr zu sagen, wo ich stehe, welcher Partei ich zugehöre. Es genügte, von der Sozialen Marktwirtschaft zu sprechen. Auch brauchte ich nicht mehr zu betonen, dass dies das Programm der CDU sei – es war mein Programm. Ich galt im Land als der Verkünder der Sozialen Marktwirtschaft.«

Woran sich Erhard öffentlich nicht so gern erinnerte: Für ihn bedeutete das Zusammengehen mit der CDU auch, sich in die politischen Vorstellungen des CDU-Vorsitzenden und ab September 1949 Bundeskanzlers Adenauer, dessen Wirtschaftsminister er wurde, einzupassen. Mit Adenauer hatte sich innerhalb der westdeutschen CDU jener Flügel durchgesetzt, der Privateigentum und Marktwirtschaft unterstützte. Adenauer war jedoch – anders als Erhard – kein totaler Anhänger des freien Marktes. Der Rheinländer war in erster Linie an der politischen Macht interessiert und durchaus zur Intervention in der Wirtschaft bereit, wenn er merkte, dass »zuviel Marktwirtschaft« ihm bei der Bevölkerung, d. h. in der Wählergunst, schadete.

»Ihm ging es viel mehr um die Erringung und Wahrung der politischen Macht als um die theoretische Reinheit der Wirtschaftspolitik. Diese pragmatische, um

nicht zu sagen opportunistische Haltung«, schreibt der Erhard-Biograf Mierzejewski, »ermöglichte es Adenauer, mit Erhard zusammenzuarbeiten.« Das war die eine Seite des Verhältnisses. Es existierte aber auch eine andere: Die unterschiedlichen Vorstellungen über die Stellung von Politik gegenüber der Ökonomie bedeuteten auch, dass Konflikte zwischen Adenauer und Erhard fast unvermeidlich waren. Im »heißen Herbst« 1948 hatte sich dies schon gezeigt, als Adenauer Erhard zu Zugeständnissen in der Preispolitik im Sinne einer Preisintervention durch die Administration gedrängt hatte.

In seiner Zeit als Bundeskanzler setzte Adenauer seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen notfalls auch gegen Erhard durch. So war das »Konsumbrot« keine Erfindung Erhards und fand anfangs auch nicht die Zustimmung des Wirtschaftsministers. Bei der Realisierung dieses Stücks »Planwirtschaft« hatte sich der Bundeskanzler durchgesetzt, der sich immer wieder gegen jegliche Brotpreiserhöhung ausgesprochen hatte und nicht zögerte, zur Sicherung niedriger Brotpreise mit staatlichen Maßnahmen in die Preisgestaltung einzugreifen. Auch andere Kabinetts- und CDU-Mitglieder, schreibt der Erhard-Biograf Mierzejewski, »waren durchaus bereit, zur Planwirtschaft zu greifen, um soziale Ziele zu erreichen und das Einkommen umzuverteilen – beides war Erhard ein Gräuel, unvereinbar mit seinem Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft«.

Druck auf Erhard übten mit Blick auf die wegen des Preisauflriebs 1950 wieder stärker unzufriedene Bevölkerung auch die Hohen Kommissare aus. Als der Amerikaner John McCloy, im März 1951 von der Bundesregierung – möglicherweise in Erinnerung an das, was sein Vorgänger Clay hatte unternehmen müssen, um der Unruhen in Stuttgart Herr zu werden – verlangte, »eine bedeutende Modifizierung der freien Marktwirtschaft« in der Bundesrepublik zugunsten staatlicher Regulierung vorzunehmen, hatte Erhard keine Chance, seine marktkonforme Abstinenz gegenüber ordnungs- und preispolitischen Eingriffen länger durchzuhalten. Adenauer erklärte in seiner Auseinandersetzung mit Erhard ganz offen, dass er die Marktwirtschaft nur solange zu unterstützen bereit wäre, wie sie erfolgreich sei. Der Wirtschaftsminister musste nachgeben und sich bereit erklären, vorübergehend die bisher verfolgte liberale Wirtschaftspolitik in »sensiblen Bereichen« zu revidieren und Bewirtschaftungsmaßnahmen beizubehalten bzw. wieder einzuführen.

Dies betraf vor allem die Landwirtschaft. Nach dem Auslaufen des Bewirtschaftungsnotgesetzes am 30. Juni 1950 wurden im zweiten Halbjahr 1950 und im ersten Halbjahr 1951 für Vieh, Fleisch, Zucker, Getreide, Futtermittel, Milch, Fett und Eier sogenannte Marktordnungsgesetze erlassen. Sie beruhten auf dem Eingriff des Staates in die Marktabläufe. Der am weitesten reichende Eingriff betraf das Getreide, dessen Preis vom Bundestag – entsprechend dem Gesetz über den Verkehr mit Getreide- und Futtermitteln vom November 1950 – jeweils im Voraus für das kommende Jahr festgelegt wurde. Anders als im Falle des im April 1951 beschlossenen »Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch« wurden im be-

reits zwei Monate vorher verabschiedeten Milch- und Fettgesetz die staatliche Festlegung von Preisen und Preispannen, z. B. für Butter, Schmalz und sonstige Fette, weitergeführt.

Die Bezeichnung »Marktordnungsgesetze« war euphemistisch. Mit Hilfe dieser Regelungen, die die Bewirtschaftungsvorgaben für Grundnahrungsmittel ersetzten, wurden nicht der Übergang zur Marktwirtschaft vollzogen, wie ihn Erhard seit dem Sommer 1948 für alle noch nach der Währungsreform bewirtschafteten Güter angestrebt hatte. Die Landwirtschaft blieb ein separat regulierter Bestandteil der bundesdeutschen Wirtschaft.

Bei der Schaffung der Marktordnungsgesetze standen zunächst soziale Begründungen im Vordergrund. Der Landwirtschaftsminister Wilhelm Niklas, der sie gegen Erhard mit Adenauers Unterstützung durchsetzte, verstand die Marktordnungsgesetze in erster Linie als Mittel zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung zu bezahlbaren Preisen. Der unmittelbare Anlass für die Fortsetzung der staatlichen Einmischung in die Landwirtschaft nach Aufhebung der Bewirtschaftungsgesetze waren steigende Weltmarktpreise für die Ausgangsprodukte der Nahrungsmittel im Gefolge des Koreakrieges, die auf die Binnenmarktpreise überzuschwappen drohten. Die in den meisten Marktordnungsgesetzen festgelegte Preisbindung sollte in erster Linie niedrige und stabile Preise für Grundnahrungsmittel sichern.

Später, als die Weltmarktpreise wieder gesunken waren, hatten die Marktordnungsgesetze eine positive sozialpolitische Wirkung vor allem für die Produzenten, die deutschen Landwirte, für die sie eine wichtige einkommensstabilisierende Maßnahme darstellten. Dadurch fallen sie seit etwa Mitte der 1950er Jahre aus dem uns interessierenden Zusammenhang heraus. Wenn der Agrarsektor oft auch weiterhin gegenüber der freien Marktwirtschaft ordnungspolitisches Fremdgebiet blieb, unterschied sich die Begründung für die Sonderrolle der Landwirtschaft doch entscheidend von der 1948 bis 1953 geltenden. Es ging nicht mehr um Zugeständnisse an die breite Masse der Bevölkerung, deren Gerechtigkeitsgefühl respektiert und deren Lebensstandard gesichert werden sollte, sondern um die Verwirklichung von Gruppeninteressen eines Teils der Produktionsmitteleigentümer.

Die Erkenntnis dieses Funktionswandels schlug sich im Laufe der ersten Hälfte der 1950er Jahre in einem Wandel der Haltung der Gewerkschaften zur staatlichen Regulierung des Agrarsektors nieder. Waren es lange Zeit die Gewerkschaften gewesen, die sich gegen Erhards Absichten, den freien Markt auf die Landwirtschaft auszudehnen, gewehrt hatten, so plädierten sie später unter den veränderten Rahmenbedingungen für die Abschaffung der Marktordnungsgesetze, d. h. für die Ausdehnung der marktwirtschaftlichen Regulierung auf den Bereich der landwirtschaftlichen Produktion. Jedoch gelang es der Agrarlobby, den Ausschluss des Agrarsektors aus der freien Preisbildung aufrechtzuerhalten.

Parallel zu Maßnahmen für die staatlichen Absicherung des Lebensstandards wurde in der Bundesrepublik seit 1949 durch eine Reihe von Gesetzen ein sozia-

les Netz geknüpft, das über das, was in der Weimarer Republik auf diesem Gebiet vor allem von sozialdemokratisch geführte Regierungen erreicht worden war, hinausging.

Als Auftakt kann die schrittweise Realisierung des mit der Währungsreform versprochenen Lastenausgleichs gelten. Noch vor der Gründung der Bundesrepublik und – von der CDU aus gesehen – rechtzeitig vor den ersten Bundestagswahlen wurde am 8. August 1948 das »Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände« erlassen, das eine vorläufige Regelung der Abgaben und Leistungen für die dringendsten Notfälle brachte. Dem Soforthilfegesetz, durch das Leistungen von insgesamt vier Milliarden DM an die am stärksten durch Krieg, Kriegsfolgen und Währungsreform Benachteiligten zur Verteilung gelangten, folgte am 14. August 1952 das abschließende Gesetz über den Lastenausgleich.

Es beinhaltete drei einmalige Sondersteuern: erstens eine Vermögensabgabe, die von dem zum Währungsstichtag, dem 20. Juni 1948 vorhandenen steuerpflichtigen Vermögen in Höhe von 50 Prozent erhoben wurde. Die Abgabe sollte sich auf 30 Jahre verteilen, so dass sie in der Regel aus den laufenden Gewinnen bzw. Einnahmen bestritten werden konnte. Zweitens wurde eine Hypothekengewinnabgabe erhoben, die dem Schuldner jenen Vorteil entziehen sollte, den ihm ursprünglich die Währungsreform mit der Verminderung des ursprünglichen Schuldenbetrags auf ein Zehntel gebracht hatte. Drittens hatten Gewerbebetriebe eine Gewinnabgabe zu entrichten. Sie sollte den ungerechtfertigten Vorteil ausgleichen, der den Betrieben dadurch entstanden war, dass ihre Schulden durch die Währungsreform auf ein Zehntel verringert worden waren. Da aber zugleich auch ihre Forderungen zehn zu eins abgewertet worden waren, wurde dieser Verlust angerechnet und die Abgabe nur von dem verbleibenden Saldo erhoben.

Zum zweiten Schwerpunkt der staatlichen Sozialgesetzgebung der Anfangsjahre der Bundesrepublik wurde die Regulierung der Wohnungswirtschaft. Im Sommer 1948 war die westdeutsche Bevölkerung im Vergleich zum Vorkriegsstand um 123 Prozent gestiegen, während der benutzbare Wohnraum nur 75 Prozent des Standes von 1939 ausmachte. Unter diesen Umständen war an eine Überleitung des Wohnungsbereichs in die Marktwirtschaft erst einmal nicht zu denken, wenn nicht durch Mietsteigerungen Unmut und Unruhen bei einem großen Teil der Bevölkerung provoziert werden sollten.

Deshalb wurde die staatliche Regulierung des Wohnraumes und der Mieten, deren Zwangsbewirtschaftung durch die Bestimmungen zur Währungs- und Wirtschaftsreform ohnehin vorerst nicht aufgehoben worden war, auch in den Folgejahren noch beibehalten. Die Mieten waren in der Währungsreform 1 : 1 umgestellt worden, und der seit 1936 geltende Mietpreisstopp verlängerte sich. Schon um die niedrigen Mieten gewährleisten zu können, musste die öffentliche Wohnraumbewirtschaftung fortgeführt werden. Da eine rasche Beseitigung des Wohnraumdefizits auf privatwirtschaftlicher Ebene unter diesen Umständen nicht gewährleistet war, musste sich der Staat planmäßig um den Wohnungsneubau kümmern. Im

Dezember 1949 begann das eigens für die Wohnraumbewirtschaftung geschaffene »Ministerium für den Wohnungsbau« mit der Ausarbeitung eines Wohnungsbaugesetzes, das im April 1950 in Kraft treten konnte.

Im Rahmen des ersten Wohnungsbaugesetzes wurden innerhalb von sechs Jahren drei Millionen Wohnungen gebaut. Dieses Wohnungsbauprogramm war auf den schnellen Bau möglichst vieler Wohnungen abgestellt. Nach Größe, Ausstattung und Mietbelastung waren die neu errichteten Sozialwohnungen »für die breiten Schichten des Volkes« bestimmt.

Aus dem sozial differenzierenden Wirken der Marktgesetze weitgehend herausgenommen blieb auch der Wohnungsbestand, der den Krieg überstanden hatte. Die staatliche Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen, die in der Nachkriegszeit für eine möglichst gerechte Verteilung des Wohnraumes zu sorgen hatte, wurde während der gesamten fünfziger Jahre aufrechterhalten.

Ein weiterer Schwerpunkt sozialpolitischer Maßnahmen bestand seit Anfang 1950 in der Auflegung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen zugunsten der Arbeitslosen, deren Zahl seit der Währungsreform deutlich zugenommen hatte. Die Quote war von drei Prozent zur Zeit der Währungsreform auf über zwölf Prozent im März 1950 angestiegen. Über zwei Millionen Menschen waren damals in der Bundesrepublik arbeitslos.

Um das Arbeitsbeschaffungsprogramm gab es Streit. Erhard weigerte sich lange mit ordnungspolitischen Argumenten. »Kreditschöpfung und Arbeitsbeschaffungsprogramm«, kommentierte er die sozialpolitischen Bestrebungen anderer Kabinettsmitglieder, »vor diesen Begriffen allerdings fasst mich ein Schauer.« Doch ein erstes Konjunkturprogramm musste er 1950, auch weil die Hohen Kommissare die Situation ernster einschätzten als der Wirtschaftsminister, durchführen. Ein zweites konnte er nur dank des einsetzenden Koreabooms verhindern. In Zusammenhang mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde 1952 die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg geschaffen. Ab Mitte der 1950er Jahre richteten sich die sozialpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung auch auf die nicht arbeitsfähigen und die alten Menschen (Rentenanpassungsgesetz).

Es lässt sich vermuten, dass die entsprechenden Sozialprogramme der Jahre 1950 bis 1952 nicht nur ein Ergebnis der Erwartungen und der vorauszusehenden Proteste der eigenen Bevölkerung gewesen sind, sondern auch mit Blick auf die politischen Zielsetzungen der DDR entstanden. »Nahezu alles, was in der Bundesrepublik nach 1949 geschah«, schreibt Manfred Görtemaker in seiner Geschichte der Bundesrepublik, »war direkt oder indirekt auf die DDR – den ideologischen Gegner, machtpolitischen Rivalen und sozialökonomischen Antipoden – bezogen.« Das galt auch für Wirtschaft und Gesellschaft und in besonderem Maße für die Sozialpolitik. Unter diesem Aspekt ist es nicht verwunderlich, dass die Verabschiedung des umfangreichen Wohnungsbauprogramms im Bundestag im April 1950 im Prinzip Parteienkonsens war, denn sie geschah fast einstimmig. Es war

ein Programm, das, wie der Historiker Thränhardt schreibt »an den Bedürfnissen (d. h. nicht an der zahlungsfähigen Nachfrage – J. R.) orientiert war und stark sozialistische Züge trug«.

Orientiert man sich also nicht einseitig, unterscheidet man stärker zwischen lauthals vorgetragener Programmatik und widerwillig geduldeter Realität, dann liest sich die Frühgeschichte der Bundesrepublik nicht so, wie sie die Historiker heute vielfach beschreiben. Sie war keineswegs die konsequente Verwirklichung des Erfolgsrezepts eines »Wirtschaftsfachmannes mit großen Visionen«.

Erstens bestimmte Ludwig Erhard nicht allein die Wirtschaftspolitik. Neben ihm sind die Westalliierten, Adenauer und weitere mit Finanz- und Wirtschafts- und Sozialfragen befasste Minister als Gestalter in die Betrachtung einzubeziehen.

Zweitens war die Wirtschaftsentwicklung in den Jahren nach 1948 keineswegs, wie in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik gern behauptet, alleinige Konsequenz der Realisierung »eines streng marktwirtschaftlichen Kurses«. Viel eher als von einer Marktwirtschaft ist für die damalige Zeit von einer gemischten Wirtschaft zu sprechen. Diese Mischung bestand keineswegs allein darin, dass neben der Marktregulierung noch sozial abfedernde Maßnahmen existierten. Vielmehr war die Wirtschaftslenkung ordnungspolitisch zwiespältig. Sie bewegte sich zwischen staatlicher Steuerung und Marktregulierung. Der Wirtschaftshistoriker Harm Schröter spricht von der »Koexistenz liberalisierter und regulierter Verbrauchsgütermärkte«. Den von Ambrosius beschworenen »Methodenmonismus« gab es in der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik nicht. »Systemfremde Elemente« konnte sich – zumindest bis 1952/53 – behaupten.

Insofern erweist sich die Auffassung der INSM von der frühen Bundesrepublik als äußerst einseitig. Deren Beweisführung besteht im Wesentlichen darin, dass Erhards marktwirtschaftliche Programmatik mit den hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten jener Jahre in direkten Zusammenhang gebracht wird. Dieser Zusammenhang ist aber erst einmal temporal, er ist nicht zwingend kausal.

Man könnte in Anbetracht der wirklichen Verhältnisse mit der gleichen Berechtigung behaupten, die Wachstumserfolge seien darauf zurückzuführen, dass es gelang, verschiedene ordnungspolitische Elemente zu koordinieren. Die Vorstellung von »gemischten Lenkungssystemen« ist zwar eher keynesianischem als neoliberalen Denken eigen, hat aber ebenso ihre Berechtigung wie die daraus zu ziehende Schlussfolgerung, dass nur eine »gemischte Wirtschaft« das meiste aus dem gegebenen Wachstumspotential herausholen kann. Nicht von einem Wirtschaftstheoretiker, wohl aber von dem britischen Wirtschaftsjournalisten Will Hutton, einem aufmerksamen Beobachter der modernen Wirtschaftsentwicklung, stammen die 1990 für den »Guardian« niedergeschriebenen Sätze: »Am besten funktionieren diejenigen kapitalistischen Wirtschaften, die sich bei der Leitung der Wirtschaft am wenigsten an die kapitalistische Ideologie halten. Am schlechtesten funktionieren diejenigen Wirtschaften, in denen Leute das Sagen haben, die sich auf eine politische Philosophie stützen ...«

Über eine »politische Philosophie« im Huttonschen Sinne verfügte zweifellos Erhard. Dass er sich wegen der Proteste der Bevölkerung und wegen des Widerstands von Adenauer und der Westalliierten, die vermeiden wollten, dass die Bevölkerung revoltierte, nicht durchsetzen konnte, hat nach dieser Interpretation den wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik Ende der 1940er und in den 1950er Jahren eher begünstigt als gehemmt, vielleicht gar erst ermöglicht.

Eine derartige Aussage spricht nur auf den ersten Blick gegen Erhard. Ihm alle wirtschaftspolitischen Verdienste abzusprechen, wäre ungerechtfertigt. Denn Erhards Verdienst bleibt es, mit seinem Leitsatzgesetz und dem Festhalten an der marktwirtschaftlichen Öffnung auch unter den Bedingungen des »heißen Herbstes« jenes gemischte Lenkungssystem, das er eigentlich gar nicht wollte, erst ermöglicht zu haben.

Doch soll hier nicht versucht werden, ein Dogma – dass der unbedingten Wirksamkeit der reinen Marktlehre – durch ein anderes – dass der Überlegenheit gemischter Steuerungsmechanismen – zu ersetzen. Vielmehr sollte davon ausgegangen werden, dass ein so außerordentliches Wachstum, wie es die Bundesrepublik seit 1947/48 aufwies, nicht allein der einen oder anderen ordnungspolitischen Ursache geschuldet gewesen sein kann.

Prollius nennt neben der von ihm verfochtenen »fundamentalen ordnungspolitischen Transformation« noch drei weitere Ursachen des »westdeutschen Wirtschaftswunders«: die guten Startbedingungen, die Übernahme der Modernisierungsleistungen der USA-Wirtschaft und die Eingliederung der westdeutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft. Hentschel benennt für das westdeutsche Wirtschaftswunder insgesamt drei Ursachen: »Die Wirtschafts- und Währungsreformen bereiteten ihm den Boden, der Export gab ihm zwei Jahre später aufgrund und infolge des internationalen Koreabooms die wesentlichen Impulse, die Investitionen verliehen ihm Tragkraft.«

Der Wirtschaftshistoriker Abelshäuser legt in Anknüpfung an den ungarischen Wirtschaftshistoriker Ferenc Janossy bei seiner Erklärung des bundesdeutschen Wirtschaftswunders vor allem Wert auf ein Phänomen, das er als Rekonstruktionsperiode bezeichnet: Was besagt diese These? Ausgangspunkt bei Janossy ist die Idee eines gleichbleibenden Trends, der dem Wirtschaftswachstum aller Volkswirtschaften seit ihrer Industrialisierung zugrunde liegt: Dieser Trend beschreibe das jeweilige Produktionsmaximum. Er wird vor allem durch das Arbeitskräftepotential und dessen Qualifikationsstruktur bestimmt. In Zeiten normalen Wirtschaftswachstums entspricht dem Wachstum des Arbeitskräftepotentials ein komplementäres Wachstum des Kapitalstocks und seiner technischen Zusammensetzung. Langfristig kommt nach Janossy für die Aufrechterhaltung des Wachstumstrends der Kapitalakkumulation jedoch nur eine untergeordnete Rolle zu, da der menschlichen Qualifikation eine jahrzehntelange Ausbildung zugrunde liegt, während das Sachkapital relativ leicht produziert und damit auch reproduziert werden kann. Kommt es in Folge von Krisen zu einem Einbruch der Produktions-

und Investitionstätigkeit, im Kriegsfall zu erheblichen Zerstörungen des Kapitalstocks, können diese Verluste erstaunlich rasch wettgemacht werden, sofern das technische Wissen und die Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials – wie das in Deutschland der Fall war – erhalten bleibt bzw. sich fortentwickelt hat.

Je weiter das tatsächliche Produktionsniveau durch Krieg und Kriegsfolgen hinter den Trend zurückfällt, ein desto rascheres Wachstum sei deshalb anschließend zu erwarten. In der Aufholphase sind Investitionen insofern von zentraler Bedeutung, weil diese das Missverhältnis zwischen einer hochentwickelten menschlichen Qualifikationsstruktur und einer unzureichenden und veralteten Struktur des Anlagevermögens beseitigen. Je mehr sich die Produktion dem langfristigen Trend annähert, desto geringere Wachstumsraten sind mit der gleichen Investitionsquote zu erzielen. Eine erfolgreiche wirtschaftliche Rekonstruktion ist abgeschlossen, wenn der langfristige Wachstumstrend wieder erreicht wird.

Hentschel kommt, die verschiedenen Ursachen des außergewöhnlich hohen und langen Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik bedenkend, bezüglich der uns hier besonders interessierenden Bedeutung der angewandten Wirtschaftsstrategien zu einem bemerkenswerten Schluss. »Zur längerfristig ununterbrochenen Erfolgsgeschichte geriet die wirtschaftliche Entwicklung ... nicht etwa infolge nennenswerter wirtschaftspolitischer Maßnahmen und Entscheidungen, sondern infolge von Voraussetzungen und Zufällen, Umständen und Verhaltensweisen, deren Wirksamkeit Wirtschaftspolitik weitgehend überflüssig machte. Das Zusammentreffen und die förderlichen Wechselwirkungen jener Voraussetzungen, Zufälle, Umstände und Verhaltensweisen waren das, was die westdeutsche Wirtschaft vor anderen europäischen Wirtschaften begünstigte und auszeichnete, nicht deren Ordnung.«

Das Wirtschaftswunder war also nach Hentschel nicht auf die Verwirklichung des Rezepts eines genialen Lenkers zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Wahrnehmung von Möglichkeiten – natürlich nicht nur durch Erhard oder Adenauer, sondern vor allem wohl durch eine fähige, leistungswillige Arbeiterschaft, die den weiterhin über die Produktionsmittel Verfügenden im »heißen Herbst« 1948 einen von ihnen als lebensnotwendig angesehenen Anteil am wirtschaftlichen Gesamtprodukt abgetrotzt hatte.

Vom Nutzen eines Blicks zurück in die Geschichte

In den vorangegangenen Kapiteln konnte sich der Leser ein Bild von der Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik zwischen 1948 und 1952/53 machen. Dieses Bild widerspricht in wesentlichen Punkten jenem, das heute von maßgeblichen Politikern, Ökonomen, vielfach auch von Historikern, gezeichnet wird. Insbesondere Personen, die der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« verbunden sind, betrachten die Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik sehr einseitig als Durchbruch und Triumph der Marktwirtschaft. Eines ist jedoch klar: Den von ihnen zum Hauptzeugen für die Richtigkeit ihrer gegenwärtigen Politik des Sozialabbaus erhobenen Ludwig Erhard, der sich bei der Durchführung der Währungs- und Wirtschaftsreform im Sommer 1948 angeblich »auch über strikte Weisungen der Siegermächte hinwegsetzte« und den Westdeutschen eine »marktwirtschaftliche Radikalkur« verordnete, gab es so in der Wirklichkeit nicht. Zwar gab es den Wirtschaftsminister im Kabinett der Regierung von Kanzler Konrad Adenauer, dem »die Freiheit von Preisen und Produktion entscheidend war«. Aber ungeachtet dessen konnte der doch nicht mit der »durchgesetzten Vorstellung«, dass der Staat nicht direkt in Preis- und Lohnbildung sowie Produktion eingreift«, regieren.

Auch war es keineswegs so, dass erst der wirtschaftliche Erfolg den »Ausbau des Sozialen in der Marktwirtschaft« ermöglichte, wie es Erhard propagiert hatte. Denn die Bestimmungen, zur Absicherung des Lebensstandards und zur sozialen Sicherung kamen nicht im Ergebnis geduldigen Wartens der Bevölkerung auf die Früchte marktgerechter Wirtschaftspolitik zustande, sondern aufgrund sozialer Proteste erheblichen Ausmaßes. Die Beibehaltung bzw. der Ausbau nicht marktgerechter Elemente in den der Währungsreform folgenden Jahren war von der Furcht, dass sich Massenproteste wiederholen könnten, ebenso diktiert wie von der Furcht, dass das konkurrierende sozialistische Regime im Osten Deutschlands aus den Auseinandersetzungen im westlichen Teil Deutschlands Profit schlagen könnte.

Die tatsächliche Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik bietet also wenig historische Substanz, mit der die von der INSM eingeforderte »marktwirtschaftliche Radikalkur« begründet werden kann. Wie kam es dann aber fünfzig Jahre später zu einer groß angelegten Kampagne intensiv betriebener Rückbesinnung auf »eine wuchtige Persönlichkeit«, die »dickköpfig, Zigarre rauchend, ein anderes (Wirtschafts)-System erdachte«?

Es wäre wohl naiv zu glauben, die realitätsferne Schilderung der Leistungen des ersten bundesdeutschen Wirtschaftsministers wäre zustande gekommen, weil die Initiatoren der INSM bzw. die Historienschreiber sich allzu gutgläubig auf Erhards Memoiren gestützt hätten, in denen er tatsächlich das Bild vom Wirtschaftsfachmann, der seine großen Visionen gegen alle Widerstände durchsetzt,

verbreitet hat. Es dürfte vielmehr so sein, dass die Initiatoren der INSM, um »für eine konsequent marktwirtschaftliche Erneuerung in Deutschland Mehrheiten zu gewinnen«, eine Legende brauchten – die Legende vom deutschen Wirtschaftswunder. Damit sollte bewiesen werden, dass das Ende »sozialpolitisch motivierter Eingriffe in den Arbeits-, Wohnungs- oder Gesundheitsmarkt« für die Mehrheit der Bevölkerung nicht die Einschränkung des Lebensstandards und die Verringerung der sozialen Sicherheit nach sich zöge, sondern – ein zweites Wirtschaftswunder oder doch wenigstens »zwei bis drei Prozent Wachstum auf mittlere Sicht«. Und für diese Konstruktion ist ihnen die im Gedächtnis der Bevölkerung als »Vater des Wirtschaftswunders« positiv besetzte Person eines Ludwig Erhard gerade gut genug.

Natürlich ist die einseitige Sicht auf die Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik durch Anhänger des Neoliberalismus bzw. durch die Verfechter einer unbedingten Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik noch kein Grund, daran zu zweifeln, dass ein Blick zurück in die Geschichte nicht von Nutzen sein kann. Nicht dass rückblickende Analysen überhaupt unnütz wären – historische Rekonstruktionen hatten für die Gesellschaft immer große Bedeutung. Eine Orientierungshilfe, um sich in der Gegenwart der Bundesrepublik zurechtzufinden und sich um Wege in die Zukunft Gedanken zu machen, findet sich in der Vergangenheit allemal, solange man sie nicht versucht, im Sinne erwünschter Aussagen zurechtzubiegen.

Welche Erkenntnisse lassen sich also aus dem »heißen Herbst« 1948 und den folgenden Jahren in der Auseinandersetzung mit jenen ziehen, die da meinen, die Bundesrepublik habe heute nur die Chance zwischen Überleben durch marktwirtschaftliche Radikalkur und dem Dahinsiechen als bröckelnder Sozialstaat? Meines Erachtens sind hier in erster Linie drei zu nennen:

An erster Stelle sei die Erkenntnis angeführt, dass sich für die propagierte »Alles oder Nichts«-Perspektive – totale Marktwirtschaft oder ökonomisch-sozialer Niedergang – keine Rechtfertigung aus den Anfängen der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte ergibt. Vielmehr lässt sich aus dem Geschehen in der Bizone bzw. in der Bundesrepublik ableiten, dass die Regulierung der Wirtschaft über den Markt und ihre zusätzliche Regulierung über den Staat, dass also Wirtschaftsaufschwung und Sozialstaat sich durchaus miteinander vertragen, ein deutliches Zuviel des einen oder des anderen dem Wirtschaftswachstum sogar abträglich sein kann.

Die Wirtschaftsgeschichte der frühen Bundesrepublik war nicht, wie die INSM glauben machen will, die »Geschichte der Realisierung einer großen Vision« – der des Ordoliberalismus –, sondern das Resultat von Interessenkämpfen, von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und zwischen deren Interessenvertretern. Was die Zeit des Spätsommers und Herbstes 1948 dabei aus der späteren westdeutschen Geschichte heraushebt, ist die Unmittelbarkeit der Auseinandersetzung. Diese wurde nämlich nicht hauptsächlich zwischen den Par-

teien im (Wirtschafts-)Parlament geführt oder durch Wahlen entschieden, sondern auf der Straße, auf den Marktplätzen, in der Auseinandersetzung zwischen Betriebsbelegschaften und Betriebsinhabern, letztlich zwischen den Regierenden, ob es sich nun um Deutsche oder Alliierte handelte, und der Bevölkerung. Die Gesellschaft eroberte sich ein Gewicht als letztlich unabhängige Macht.

Was man in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, ob Wirtschafts-, Sozial- oder Politikgeschichte, meist vermisst, das ist die Darstellung der Rolle der Bevölkerung, sind die Zeugnisse ihrer elementaren Gestaltungskraft. Der Generalstreik war nicht in erster Linie eine von den Gewerkschaften aufgefahrene Drohkulisse zur Durchsetzung einer Teilnahme an der Wirtschaftslenkung, sondern vor allem eine Willenskundgebung der Masse der Bevölkerung, die nach der als Betrug an den Interessen des kleinen Mannes empfundenen Währungs- und Wirtschaftsreform soziale Gerechtigkeit verlangte. Anders gesagt: Im Herbst 1948 hatte die Bevölkerung der Westzonen genug von Erhards Monolog, in dem ihr nur die Rolle des Ausführenden zudedacht war, dessen, der die Ärmel hochkrepelt und mit niedrigem Lohn dazu beiträgt, die Akkumulation des Kapitals zu ermöglichen, damit diese den raschen Wirtschaftsaufschwung bringt. Die Bevölkerung erzwang vielmehr einen Dialog, in den sie ihre Vorstellungen mit einbringen konnte.

Die Gewerkschaften hatten den Konflikt zwischen Gewinnern und Verlierern der Währungs- und Wirtschaftsreform zunächst unterschätzt und sich in ihm erst engagiert, als sie fürchten mussten, durch Untätigkeit in Preis- und Versorgungsfragen ihre Vertrauens- und Machtposition in der Arbeiterschaft zu verlieren. Für viele Gewerkschaftsführer blieb der Generalstreik vom 12. November 1948 nur die Fortsetzung ihres seit einigen Jahren geführten Kampfes um die politische Mitgestaltung der Nachkriegsgesellschaft. Die Gegenseite, der Unternehmensinteressen vertretende Wirtschaftsrat und die das private Unternehmertum als Garanten der von ihnen favorisierten kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Entwicklung sehende Militärregierung, blieb in der Auseinandersetzung um die strategischen gewerkschaftlichen Forderungen siegreich: Es gab weder Sozialisierung noch wirtschaftliche Mitbestimmung im eigentlichen – betriebsökonomische Entscheidungen betreffenden – Sinne und erst recht nicht die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern an Entscheidungen auf regional- oder volkswirtschaftlicher Ebene.

Was es aber gab, war das Eingehen – man kann auch formulieren, das Einknicken – der Herrschenden vor dem Willen der Bevölkerungsmehrheit, die sich gegen die absolute und relative Verschlechterung ihres Lebensstandards wandte und auf korrigierenden sozial- und wohlfahrtspolitischen Maßnahmen bestand. Diese Anpassung der Politik der Regierenden an das im Ergebnis des »heißen Herbstes« 1948 veränderte Kräfteverhältnis vollzog sich nicht über Proklamationen, sondern durch eine Reihe – einzeln betrachtet wenig spektakulärer – Einzelmaßnahmen.

Ein – zumindest in den Augen des »kleinen Mannes« – wesentlicher Teil des Eingehens auf seine Forderungen ist allerdings für die Geschichtsschreibung kaum konkret nachweisbar, so wichtig der Schritt auch war. Es ist die Rede vom weit-

gehenden Verzicht der Schichten, die in der Bundesrepublik Deutschlands von Unternehmensgewinn und von Einkommen aus Vermögen lebten, auf »demonstrativen Konsum«. Was unmittelbar nach der Währungsreform bei der Bevölkerung so große Erbitterung hervorrief, wurde offensichtlich rasch wieder aufgegeben. Diese Einstellung hat danach lange vorgehalten. Zur Abkehr auf eine relative Bescheidenheit im Lebensstil kam es in der Bundesrepublik erst im neuen Jahrhundert, als sich die neue Managergeneration ungeachtet sinkender Reallöhne und teilweise sogar verringernder Nominallohne wie selbstverständlich exorbitante Gehaltssteigerungen zu genehmigen begann und ihr Desinteresse an der Reaktion der Mehrheit auf diese Provokation öffentlich bekundete. Bezogen auf die »heutigen Eliten in Wirtschaft und Politik« kritisierte ein Publizist in der »Zeit« vom 1. Dezember 2005, dass sie »so weit von der Krankenschwester entfernt sind, wie es Adenauer oder Erhard nie waren«.

Leichter gemacht hatte den Regierenden ihre Entscheidung, dass nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Bevölkerung während des »heißen Herbstes« die bestehende Herrschaftsstruktur nicht in Frage stellten, auch wenn es ihr nicht nur um die Bestrafung der »Währungsgewinnler«, sondern auch um den Rücktritt Erhards ging. Die Einforderung des Dialogs mit den Regierenden durch die Bevölkerung setzt eben auch deren prinzipielle Akzeptanz als Dialogpartner voraus.

Ein solcher Ausgang des »heißen Herbstes« 1948 war nicht unvermeidlich, so sehr wir auch dazu neigen, einmal Geschehenes, sofern es sich um prägende Ereignisse handelt, als unvermeidlich aufzufassen. Es hätte auch anders kommen können, und nicht nur die ersten, sondern alle zehn Forderungen der Gewerkschaft für den Generalstreik wären erfüllt worden, wenn z. B. nicht General Clay, sondern ein überzeugter Anhänger des New Deal an der Spitze der amerikanischen Militärregierung gestanden hätte. Oder wenn das State Department unmittelbare Einfluss auf die Entwicklung in der amerikanischen Besatzungszone gehabt hätte, bzw. wenn die Briten nicht wirtschaftlich und politisch so geschwächt gewesen wären, dass sie auf ihre eigenen ordnungspolitischen Vorstellungen für die Wirtschaft der Westzonen hätten verzichten müssen.

Es ist aber auch vorstellbar, dass sich Clay – hinter dem Unmut eine kommunistische Verschwörung witternd und durch einmal gemachte Zugeständnisse die weitere Erosion der gerade wiederhergestellten marktwirtschaftlichen Ordnung in den Westzonen fürchtend – gegenüber den Forderungen der Bevölkerung so kompromisslos hart gezeigt hätte, wie schon einmal in Stuttgart. Dann hätte Erhard sich nicht korrigieren müssen. Dann hätte es eine Soziale Marktwirtschaft nicht gegeben bzw. sie wäre nicht mehr gewesen als ein Slogan. Doch weder das eine noch das andere ist geschehen. Es gab genügend Umstände, die die dann tatsächlich eingetretene Entwicklung erlaubten.

Die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik, das ergibt sich also zweitens aus der Rekonstruktion der Ereignisse des 2. Halbjahres 1948, ist nicht im Monolog entstanden, sondern im Dialog, in der Auseinandersetzung zwischen den Re-

gierenden und der Bevölkerung, als Kompromiss zwischen gegensätzlichen, aber nicht unversöhnlichen Interessenlagen. Der »heiße Herbst« war der Höhepunkt dieses Dialoges. Seine Ergebnisse haben die Wirtschafts- und Sozialentwicklung der Bundesrepublik noch lange Zeit geprägt.

Die Bevölkerung als eine ihr ureigenstes Interesse verfolgende, in der Auseinandersetzung machtvoll handelnde, in Äußerungen ihrer Wut nicht immer zielgerecht agierende, die Geschehnisse ihres Landes mitbestimmende Kraft – das stärker herauszuarbeiten, sollte mehr als bisher die Aufgabe der Historiker sein, die sich mit der Geschichte der Bundesrepublik beschäftigen. Aus dieser Sicht bleibt da noch viel aufzuarbeiten.

Wenn man dann den Blick von der Geschichte auf die Gegenwart lenkt, dann sollte eine dritte bedeutsame Erkenntnis nicht vergessen werden: Dass es sich für alle Beteiligten lohnen kann, wenn die verletzten Gefühle der nach sozialer Gerechtigkeit verlangenden Bevölkerung von den Regierenden nicht einfach ignoriert werden.



Das Wirtschaftswunder.

Abkürzungsverzeichnis

BBZ	Britische Besatzungszone
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BICO	Bipartite Control Office
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DM	Deutsche Mark
ERP	European Recovery Program
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei
IFO	Institut für Wirtschaftsforschung
INSM	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MP	Military Police
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
RM	Reichsmark
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StEG	Staatliche Erfassungsstelle für öffentliches Gut
US	United States
USA	United States of America
VWG	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet

Chronik der Ereignisse

30. August 1945: Konstituierung des Alliierten Kontrollrats als »oberste Regierungsgewalt in Deutschland«.

1. Januar 1947: Zusammenlegung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone).

22.-25. April 1947: Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der britischen Zone (DGB BBZ).

Mai 1947: Gründung einer losen »Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber der Westzone« für die Bizone (Vorstufe zum BDA).

4. Juni 1947: Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone.

6.-7. Juni 1947: In München scheidet die einzige gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz.

25. Juni 1947: Konstituierung des Bizonen-Wirtschaftsrates (»Erster Wirtschaftsrat«) in Frankfurt am Main als oberstes (deutsches) Organ der Bizone. Er besteht aus 52 von den Landtagen delegierten Abgeordneten und besitzt legislative Rechte.

9. August 1947: Die Befugnis zur Preisbildung geht in der Bizone im Wesentlichen auf den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt am Main über.

26. November 1947: Der Parteivorstand der SED ruft zur Durchführung eines Deutschen Volkskongresses für Einheit und Frieden auf.

7.-8. Januar 1948: Umbildung des Wirtschaftsrates. Er erhält u. a. einen wissenschaftlichen Beirat.

9. Februar 1948: »Frankfurt Charta« tritt in Kraft. Sie beinhaltet die Schaffung eines Länderrates neben dem umgebildeten Wirtschaftsrat und eines Verwaltungsrates als Oberleitung der Wirtschaftsverwaltungen (»Zweiter Wirtschaftsrat«), zu dessen Oberdirektor Hermann Pünder gewählt wird. Diese Institutionen fungieren als Quasi-Regierung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

24. Februar 1948: Gründung der Arbeitsgemeinschaft Eisen und Metall (Vorstufe zum BDI).

Februar 1948: Der Ökonom Leonhard Miksch, der mit Erhard in Gedankenaustausch steht, verfasst eine Denkschrift für die Verwaltung für Wirtschaft, in der die Grundsätze für die Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform darlegt.

2. März 1948: Der Wirtschaftsrat wählt einen Verwaltungsrat, der aus dem Oberdirektor und Direktoren mit Ministerialbefugnissen besteht. Darunter befindet sich auch eine Verwaltung für Wirtschaft.

6. März 1948: Erste Phase der Londoner Sechsmächtekonferenz (der westliche Besatzungsmächte und der Beneluxstaaten) beendet: Empfehlungen, in Westdeutschland ein föderatives Regierungssystem zu errichten sowie über die Einbeziehung der drei Westzonen in den Marshallplan.

20. März 1948: Die Sowjetunion stellt als Protest gegen die Londoner Beschlüsse ihre Arbeit im Alliierten Kontrollrat in Berlin ein.

1. April 1948: Der Personen- und Gütertransport zwischen den Westzonen und Berlin (West) wird durch sowjetische Inspektionen erschwert.

2. April 1948: Ludwig Erhard wird Direktor der Verwaltung für Wirtschaft.

3. April 1948: Präsident Truman unterzeichnet das Auslandshilfegesetz. Wichtigster Bestandteil ist der Marshallplan.

4. April 1948: Ein Übergangsgesetz über »Preisbildung und Preisüberwachung« betraut den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft mit der Preisbildung.

17. April 1948: Schaffung des Volkseigentums in der SBZ auf Basis der von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmten Unternehmen.

18. April 1948: Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsrats spricht sich mehrheitlich für eine grundlegende ordnungspolitische Reform aus.

19. April 1948: Erhard erklärt vor den Wirtschaftsministern der Länder in Königstein im Taunus seine Absicht, das Bewirtschaftungssystem erheblich zu lockern.

21. April 1948: Erhard bekräftigt vor der Vollversammlung des Wirtschaftsrats seine Absicht, die Bewirtschaftung so rasch wie möglich zugunsten der freien Marktwirtschaft abzuschaffen.

22. Mai 1948: Die Unabhängige Gewerkschaftsopposition in Berlin (West) löst sich vom FDGB und wird später Bestandteil des DGB.

23. Mai 1948: In der sowjetischen Besatzungszone beginnt die Unterschriftensammlung zu einem Volksbegehren für ein Gesetz über die deutsche Einheit.

25. Mai 1948: Erhard stellt auf einer Sitzung der Direktoren des Wirtschaftsrates erste Thesen zur Preispolitik vor.

7. Juni 1948: Zweite Phase der Sechsmächtekonferenz in London empfiehlt den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder in den übergebenen »Frankfurter Dokumenten«, mit der Ausarbeitung einer Verfassung zu beginnen.

10. Juni 1948: Das Leitsätze-gesetz wird in erster Lesung im Wirtschaftsrat mehrheitlich angenommen.

16. Juni 1948: Ende der Viermächte-Militärverwaltung Berlins.

17./18. Juni 1948: Erhard legt auf einer Sitzung des Wirtschaftsrates das Leitsätze-gesetz vor. Es wird endgültig gegen die Vertreter von KPD und SPD mit 50 zu 37 Stimmen angenommen.

18. Juni 1948: Um 18 Uhr verkünden die drei Militärgouverneure die Währungsreform. Die Reichsmark verliert ihre Gültigkeit, die DM wird zum offiziellen Zahlungsmittel in Westdeutschland. Berlin (West) soll aus der Währungsreform ausgeklammert bleiben.

20. Juni 1948: Beginn des Umtausches von RM in DM durch Austeilung des Kopfgeldes von 40 DM. Die Freigabe der Preise wird angekündigt.

21. Juni 1948: Erhard erläutert die Währungsreform in einer Rundfunkansprache.

23. Juni 1948: Die Militärregierung der drei Westzonen beschließt erhebliche Steuerentlastungen per Gesetz.

23. Juni 1948: Durchführung einer Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone.

23. Juni 1948: Einführung der DM in Berlin (West). Sie gilt dort zunächst nicht als alleiniges Zahlungsmittel.

24. Juni 1948: Das Leitsätzegesetz tritt in Kraft.

25. Juni 1948: Eine Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung regelt den Modus der Preisfreigaben nach der Währungsreform.

Juni 1948: Beginn der Blockade von Berlin (West).

25. Juni 1948: Beginn der Luftbrücke nach Berlin (West).

27. Juni 1948: Erlass eines Umstellungsgesetzes, das die Bedingungen für den Umtauschkurs RM – DM 10:1 bekannt gibt.

30. Juni 1948: Briten und Amerikaner genehmigen das Leitsätzegesetz.

30. Juni 1948: Die SED schlägt der Deutschen Wirtschaftskommission einen Zweijahrplan für die Jahre 1949 und 1950 vor.

30. Juni 1948: Die Alliierten genehmigen den Wegfall des größten Teils der Bewirtschaftungsanordnungen.

1. Juli 1948: Die Militärgouverneure der drei Westzonen überreichen den Regierungschefs der elf westdeutschen Länder in Frankfurt die auf den Londoner Empfehlungen basierenden alliierten Vorschläge zur Bildung einer westdeutschen Verfassungsgebenden Versammlung.

10. Juli 1948: Der Deutsche Volksrat in Berlin (Ost) zählt 15 Millionen Ja-Stimmen beim Volksbegehren für die Einheit Deutschlands.

15. Juli 1948: Die Anordnung der Militärgouverneure Clay und Robertson verbietet die Sozialisierung des Kohlebergbaus bis zum Inkrafttreten einer westdeutschen Verfassung.

29. Juli 1948: Der Chef des Stabes der Sowjetsektion der Alliierten Kommandantur gibt bekannt, dass der Sowjetkommandeur in Zukunft nicht mehr an den Sitzungen des Stabes des Alliierten Kontrollrates teilnehmen wird.

1. August 1948: Die wirtschaftliche Vereinigung der französischen Zone mit der Bizone wird verkündet.

17. August 1948: Erhard verteidigt seine Reformen vor dem Wirtschaftsrat. Ein Misstrauensantrag gegen ihn wird mit 47 gegen 36 Stimmen abgewiesen.

17.-19. August 1948: Letzte Interzonenkonferenz aller deutschen Gewerkschaften in Lindau am Bodensee.

Ende August 1948: Erhard spricht auf dem CDU-Parteitag der britischen Zone erstmals von »sozial verpflichteter Marktwirtschaft«.

1. September 1948: Einsetzung des Parlamentarischen Rates in Bonn zur Ausarbeitung eines Grundgesetzes für die Bundesrepublik.

1. Oktober 1948: Die drei Militärgouverneure erlassen das vierte und letzte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens, womit die Umtauschaktion im Rahmen der Währungsreform beendet wird. Insgesamt wurden je 100 RM gegen 6,50 DM eingetauscht.

7. Oktober 1948: Gesetz gegen Preistreiberei erlaubt die strafrechtliche Verfolgung überhöhter Preise, wird aber kaum angewandt.

22. Oktober 1948: Der Deutsche Volksrat billigt auf seiner fünften Tagung einstimmig einen Verfassungsentwurf für eine deutsche demokratische Republik, die dem Deutschen Volkskongress zur Annahme vorgelegt wird.

28. Oktober 1948: »Stuttgarter Vorfälle«.

Oktober 1948: Aufhebung der Rationierung von Kartoffeln. Beginn der Abschaffung der Lebensmittelkarten.

1. November 1948: Das »Jedermann-Programm« läuft an.

3. November 1948: Das vom Wirtschaftsrat in Frankfurt am Main einstimmig genehmigte Gesetz zur Aufhebung des Lohnstopps tritt in Kraft.

5. November 1948: Führende Gewerkschaftsvertreter legen dem Verwaltungsrat der Bizone ein Zehnpunkte-Programm zur Regulierung der Wirtschaft vor.

8. November 1948: Treffen von Gewerkschaftsführern und Besatzungsoffizieren in Melle bei Osnabrück. Zustimmung des Militärs zum Generalstreik unter strengen Auflagen.

9.-10. November 1948: Tagung des Wirtschaftsrates. Zweiter Misstrauensantrag gegen Erhard mit 51 gegen 43 Stimmen der SPD und KPD abgelehnt. Abgelehnt wird auch das 10-Punkte-Programm der Gewerkschaften.

11. November 1948: Die Gewerkschaftsführer der Bizone geben die Durchführung des geplanten Generalstreiks bekannt.

11. November 1948: Erhards Rundfunkansprache gegen den Generalstreik.

12. November 1948: Generalstreik in der Bizone.

15. November 1948: Die ersten 50 Verkaufsstätten der HO für den freien Verkauf von Konsumgütern werden in der SBZ eröffnet.

16. November 1948: Konstituierung eines Preisrates als Kontrollbehörde in Westdeutschland.

27. November 1948: Erweiterung der Deutschen Wirtschaftskommission durch Einbeziehung von Abgeordneten der Länderparlamente der SBZ.

Dezember 1948: Misstrauensantrag gegen Erhard im Wirtschaftsrat abgewiesen.

5. Dezember 1948: Berlin ist politisch und administrativ endgültig geteilt.

10. Dezember 1948: Der Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates in Bonn beendet die erste Lesung des Grundgesetzes.

23. Dezember 1948: Einspruch des Länderrates gegen die Verlängerung des Leitsatzgesetzes.

3. Januar 1949: Hunderte von Sirenen der großen Industriebetriebe in der sowjetischen Besatzungszone kündigen den Beginn des zweijährigen Wiederaufbauplanes an.

19. Januar 1949: Verlängerung des Leitsatzgesetzes. Erhard setzt sich damit erneut durch.

28. Januar 1949: Gründung der Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Weg zum BDA.

19. März 1949: Der Deutsche Volksrat verabschiedet in Berlin (Ost) die »Verfassung für eine deutsche demokratische Republik«.

20. März 1949: Die DM wird in Berlin (West) alleiniges Zahlungsmittel.

8. April 1949: Die Bizone wird durch den politischen Anschluss der französische Zone zur Trizone.

8. Mai 1949: Der Parlamentarischer Rat nimmt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland an.

12. Mai 1949: Aufhebung der Blockade von Berlin (West).

12. Mai 1949: Die drei Militärgouverneure genehmigen das Grundgesetz.

15. Mai 1949: Die Vertreter der drei Westmächte erlassen eine Verordnung, nach welcher die Entnazifizierung bis 1. Juni d. J. abzuschließen ist.

18. Mai 1949: Bei den Wahlen zum deutschen Volkskongress stimmten 66,1 Prozent der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone für die Kandidaten des deutschen Volkskongresses.

24. Mai 1949: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt in Kraft.

24. Mai 1949: Erste allgemeine HO-Preissenkung für Lebensmittel und Gebrauchsgüter sowie für Textilien und Lederwaren.

29./30. Mai 1949: 3. Deutscher Volkskongress in der SBZ. Wahl des zweiten Deutschen Volksrates.

3. Juli 1949: Der Vorsitzende der Deutschen Wirtschaftskommission in Berlin (Ost), Heinrich Rau, fordert den Oberdirektor des Zweizonen-Wirtschaftsamtes, Hermann Pünder, zur Bildung eines Gesamtdeutschen Wirtschaftsausschusses auf.

15. Juli 1949: Die CDU übernimmt auf ihrem Parteitag in den »Düsseldorfer Leitsätzen« die »Soziale Marktwirtschaft« in ihr Programm.

8. August 1949: Erlass des Soforthilfegesetzes zur vorläufigen Regelung des Lastenausgleichs.

14. August 1949: Wahlen zum Ersten Deutschen Bundestag.

21. August 1949: Das DM-Bilanzgesetz regelt im Nachvollzug der Währungsreform den Aktienumtausch und ermöglicht eine für die Unternehmen günstige Aktienumstellung.

15. September 1949: Konrad Adenauer (CDU) wird zum Bundeskanzler gewählt.

20. September 1949: Bildung der Bundesregierung. Ludwig Erhard wird Wirtschaftsminister im ersten Kabinett Adenauer.

21. September 1949: Das Besatzungsstatut wird in Kraft gesetzt. An die Stelle der bisherigen Militärregierung tritt der Rat der Hohen Kommissare. Besatzungsrecht behält Vorrang vor bundesdeutschem Recht.

7. Oktober 1949: Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik. Der zweite Deutsche Volksrat konstituiert sich als Provisorische Volkskammer und setzt die Verfassung in Kraft.

12.-14. Oktober: Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) der Bundesrepublik Deutschland in München.

19. Oktober 1949: Gründung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen industrieller Verbände. Seit Januar 1950 trägt er den Namen Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

11. November 1949: Ein Volkskammergesetz gibt allen ehemaligen Mitgliedern der NSDAP das aktive und passive Wahlrecht wieder, soweit diese sich nicht bis dahin der Strafvollstreckung entzogen haben.

Januar 1950: Aufhebung der Rationierung der Grundnahrungsmittel mit Ausnahme von Zucker in der Bundesrepublik.

31. Januar 1950: Freigabe der noch regulierten Fleischpreise.

April 1950: Abschaffung der letzten Lebensmittelkarte nach Aufhebung der Rationierung von Zucker.

24. April 1950: Erstes Wohnungsbaugesetz tritt in Kraft.

30. Juni 1950: Auslaufen des Bewirtschaftungsnotgesetzes.

Juni 1950: Das Bundeskabinett beschließt ein Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen (»Konsumbrotprogramm«).

25. Juli 1950: Der III. Parteitag der SED beschließt den ersten Fünfjahrplan (1951-1955).

15. Oktober 1950: Der Bundestag verabschiedet Richtlinien zum Abschluss der Entnazifizierung in den Ländern der Bundesrepublik.

4. November 1950: Marktordnungsgesetz für Getreide und Futtermittel.

November 1950: Gründung des Bundesverbands der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

5. Januar 1951: Marktordnungsgesetz für Zucker.

28. Februar 1951: Marktordnungsgesetz für Milch, Milcherzeugnisse und Fette.

6. März 1951: Die Alliierte Hohe Kommission beendet die Überwachung der Bundes- und Ländergesetzgebung.

25. April 1951: Marktordnungsgesetz für Vieh- und Fleischprodukte.

4. Mai 1951: Bildung des Landes Baden-Württemberg aus den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

31. Juni 1951: Offizieller Schlusstermin für die im Nachvollzug der Währungsreform durch die Aktiengesellschaften vorzunehmende DM-Eröffnungsbilanz.

25. Juli 1951: Preisfreigabe für Margarine.

Oktober 1951: Abschaffung der Bewirtschaftung für Marmelade, Kunsthonig, Sirup und Seife in der DDR. Erste wesentliche Verbrauchsgüter erfassende Einschränkung der Rationierung unter Beibehaltung der Festpreisbindung.

14. August 1952: Der Bundestag beschließt das Lastenausgleichsgesetz, das bereits mit der Währungsreform vom Juni 1948 angekündigt worden war.

2. Oktober 1952: Anweisung des Wirtschaftsministeriums, um zu verhindern, dass das subventionierte Brotgetreide an Tiere verfüttert wird.

Februar 1953: Ende des Konsumbrotprogramms.

28. Mai 1958: Die Volkskammer der DDR beschließt Abschaffung der Lebensmittelkarten (unter Beibehaltung der Festpreisbindung).

Genutzte Literatur und Quellen

Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik beziehungsweise zur deutschen Zeitgeschichte nach 1945

- Abelshauer, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945-1980), Frankfurt/ Main 1983.
- Abelshauer, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2004.
- Benz, Wolfgang: Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946-1949, Frankfurt am Main 1984.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv (Hrsg.): Grundlagen der Sozialpolitik (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 1), Baden-Baden 2001.
- Fülberth, Georg: Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 2007.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
- Jarusch, Konrad: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, Bonn 2004.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1982.
- Kistler, Helmut: Bundesdeutsche Geschichte. Die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, Stuttgart 1990.
- Klump, Rainer: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik, Wiesbaden 1985.
- Klump, Rainer (Hrsg.): 40 Jahre Deutsche Mark. Die politische und ökonomische Bedeutung der westdeutschen Währungsreform von 1948, Stuttgart 1989.
- König, Johann-Günther: Die Lobbyisten. Wer regiert uns wirklich? Düsseldorf 2007.
- Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland, München 1990.
- Meyer, Werner: Mythos Deutsche Mark. Zur Geschichte einer abgeschafften Währung, Berlin 2001.
- Müller, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn 2003.
- Nachdenken. Ludwig Erhard und seine Politik, Bonn/Berlin 1997.
- Nützenadel, Alexander: Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974, Göttingen 2005.
- Prollius, Michael von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006.
- Redler, Lucy: Politischer Streik in Deutschland nach 1945, Köln/Karlsruhe 2007.
- Roesler, Jörg: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945-1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipzig 2006.
- Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.
- Schildt, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2005.

- Schmidt, Manfred G.: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Opladen 1998.
- Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989 und 2000.
- Schönhoven, Klaus: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1987.
- Steiner, André (Hrsg.): Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln/Weimar/Wien 2006.
- Thranhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1996.
- Weimer, Wolfram: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998.
- Wilhelmy, Veit: Der politische Streik in der Bundesrepublik Deutschland (Manuskript), Wiesbaden, Juni 2007.
- Wolfrum, Edgar: Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2005.

Monographien und Sammelbände zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik

- Abelshäuser, Werner: Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Besatzungszone, Stuttgart 1975.
- Ambrosius, Gerd: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1977.
- Badstübner, Rolf: Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Berlin (O) 1965.
- Benz, Wolfgang: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986.
- Becker, Josef/Stammen, Theo/Waldmann, Peter (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979.
- Beier, Gerhard: Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt am Main 1975.
- Bergmann, Theodor (Hrsg.): »Klassenkampf & Solidarität«. Geschichte der Stuttgarter Metalller und Metalllerinnen, Hamburg 2007.
- Boyer, Christoph: Zwischen Zwangswirtschaft und Gewerbefreiheit. Handwerk in Bayern 1945-1949, München 1992.
- Deutsche Sozialpolitik im Neuen Aufbruch. Bericht des Arbeitgeber-Ausschusses NRW über die Jahre 1945-1948, Düsseldorf 1949.
- Echternkamp, Jörg: Nach dem Krieg. Alltagsnot, Neuorientierung und Last der Vergangenheit 1945-1949, Zürich 2003.
- Drexler, Alexander: Planwirtschaft in Westdeutschland 1945-1948, Stuttgart 1985.
- Freick, Siegfried: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Weichenstellungen für ein halbes Jahrhundert, Schkeuditz 2001.
- Heininger, Horst: Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft 1945-1950, Berlin (O) 1959.

- Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Bonn 1996.
- Kuczynski, Jürgen: Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland nach 1945 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I, Bd. 7a), Berlin (O) 1963.
- Petzina, Dietmar/Euchner, Walter: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949, Düsseldorf 1984.
- Pirker, Theo: Die blinde Macht – Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland. Teil I (1945-1952). Vom »Ende des Kapitalismus« zur Zähmung der Gewerkschaften, Berlin 1979.
- Pirker, Theodor (Hrsg.): Die bizonalen Sparkommissare. Öffentliche Finanzkontrolle im Spannungsfeld zwischen Eigen- und Fremdinteresse während der Vor- und Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992.
- Plumpe, Werner: Vom Plan zum Markt. Wirtschaftsverwaltung und Unternehmerverbände in der britischen Zone, Düsseldorf 1987.
- Pünder, Tilman: Das Bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946-1949, Rastatt 1966.
- Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen: Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979.
- Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen: Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1983.
- Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945-1952: Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der BRD, Frankfurt am Main 1977.
- Schmidt, Ute/Fichter, Tilmann: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48, Berlin 1973.
- Schröter, Harm: Konsumpolitik und »Soziale Marktwirtschaft«. Die Koexistenz liberalisierter und regulierter Verbrauchsgütermärkte in der Bundesrepublik der 1950er Jahre, in: Berghoff, Hartmut (Hrsg.): Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
- Tilly, Richard: Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit, in: ders. (Hrsg.): Geschichte der Wirtschaftspolitik vom Merkantilismus zur sozialen Marktwirtschaft, München/Wien 1993.
- Trittel: Günter J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949), Frankfurt am Main 1990.
- Wengst, Udo: Die Zeit der Besatzungszonen 1945-1949. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd.2), Baden-Baden 2001.
- Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979.
- Woller, Hans: Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986.

Zeit-Fragen: 50 Jahre Marshall-Plan, Bonn/Berlin 1997.

Zündorf, Irmgard: Der Preis der Marktwirtschaft. Staatliche Preispolitik und Lebensstandard in Westdeutschland 1948 bis 1963, München 2006.

Biografien

Backer, John H.: Die deutschen Jahre des Generals Clay, München 1983.

Clay, Lucius de Bignon: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt am Main 1950.

Henkel, Hans-Olaf: Die Macht der Freiheit. Erinnerungen, München 2000.

Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996.

Mierzejewski, Alfred C.: Ludwig Erhard, Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, Biografie, München 2005.

Viehöfer, Else/Viehöfer, Josef: Hans Böckler, Köln/Berlin 1952.

Quellenpublikationen

Brunner, Detlev (Hrsg.): Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948, Essen 1996.

Die Gewerkschaftsbewegung der britischen Zone. Geschäftsbericht des DGB (BBZ) 1947-1949, Köln 1949.

Mielke, Siegfried/Rüters, Peter/Becker, Michael (Bearbeiter): Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945-1949 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 7), Köln 1991.

Kleßmann, Christoph/Wagner, Georg (Hrsg.): Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945-1990. Texte und Dokumente, München 1993.

Petrak, Kirsten/Petzina, Dietmar/Plumpe, Werner: Adenauers Welt. Ein Lesebuch zur Alltags- und Sozialgeschichte der frühen Republik, Essen 2006.

Ruhl, Klaus-Jörg (Hrsg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, München 1989.

Protokoll des Außerordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes (BBZ) vom 16.-18. 6. 1948 in Recklinghausen, Köln (ohne Jahresangabe).

Protokoll: Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes, München 12.-14. Oktober 1949, Köln 1989.

Zeitungen und Zeitschriften

Abendpost
Der Bund
Fränkische Landeszeitung
Frankfurter Rundschau
Neuer Vorwärts
Neues Deutschland
Der Spiegel
Süddeutsche Zeitung
Stuttgarter Zeitung
Der Tagesspiegel
Der Telegraph
The Times
Tribüne
Die Welt
Westfälische Rundschau
Die Zeit

Nachschlagewerke

Becker, Josef/Stammen, Theo/Waldmann, Peter (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999.

Burrichter, Clemens/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin 2006.

Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955, Allensbach 1956.

Gablers Wirtschaftslexikon, 14. Auflage, Wiesbaden 1997.

Schäfers, Bernhard/Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn 2001.

Vaubel, Roland /Hans D. Barbier: Handbuch Marktwirtschaft, Pfullingen 1986.

Weisz, C.: OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, München 1994.

Chroniken

Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin, Geschichtliche Zeittafel 1945-1953, Berlin 1954.

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil III. Von 1945 bis 1963, Berlin 1967.

Lehmann, Hans Georg: Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis heute, München 1989.

Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945-2000, Bonn 2002.

Internetveröffentlichungen

INSM 1: Fragen und Antworten zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

INSM 2: Initiative Aktuell.

INSM 3: Die Legende vom Deutschen Wirtschaftswunder.

INSM 4: Thomas Straubhaar: Was vom Erbe Erhards bleibt.

INSM 5: Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung: Thesenpapier »Soziale Gerechtigkeit morgen.«

INSM 6: Interview Hans Tietmeyer.

INSM 7: »Verwirklicht die Freiheit in allen Lebensbereichen«. Peter Gillies fiktives Interview mit den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Autor

Jörg Roesler (geb. 1940) studierte Wirtschaftswissenschaften und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er war danach am Institut für Wirtschaftsgeschichte der dortigen Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (Ordinarius: Jürgen Kuczynski) vorwiegend in der Lehre tätig und forschte 1970/71 am Lehrstuhl »Gegenwärtiger Imperialismus« der Leningrader Universität. 1974 wechselte er an die Akademie der Wissenschaften der DDR. Am dortigen Institut für Wirtschaftsgeschichte leitete er die Forschungsgruppe »Sozialistische Länder«. Nach Promotion (1968) und Habilitation (1975) erhielt er 1982 die Akademie-Professur. Seine erste Monographie über die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR erschien 1978. Vorlesungen zur Wirtschaftsgeschichte hielt er weiterhin – in den 1980er Jahren an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst und als Gastdozent an der der Universität Liverpool. Bis Ende 1991 wurde sein Forschungsbereich – wie die gesamte Akademie der Wissenschaften – abgewickelt. Danach arbeitete er bis 1995 als wissenschaftlicher Mitarbeiter unter Jürgen Kocka am heutigen Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. In diese Zeit fallen zwei Gastprofessuren in Kanada: 1992 an der McGill-University in Montreal und 1994/95 an der University of Toronto. Thema war jeweils die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte, speziell der Vergleich zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Nach zeitweiliger Arbeitslosigkeit und ABM war er seit 1999 als freischaffender Wirtschaftshistoriker mit Forschungen und Publikationen zu Firmengeschichten und Beiträgen für die politische Bildung tätig. Er hielt im Fach Wirtschaftsgeschichte Seminare im Rahmen von Weiterbildungslehrgängen für Offiziere der Bundeswehr sowie Vorlesungen an der Universität der Künste in Berlin-Charlottenburg. 2006 übernahm er eine weitere Gastprofessur an der State University in Portland/OR, USA. Im gleichen Jahr veröffentlichte er ein Buch über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Entwicklung beider deutscher Staaten (»Momente deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte«). Jörg Roesler ist Mitglied der Gelehrtenegesellschaft »Leibniz-Sozietät«, die ihren Sitz in Berlin hat.

